

# Amtsblatt

## der Europäischen Union

C 292

47. Jahrgang

Ausgabe  
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 30. November 2004

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I *Mitteilungen***Kommission**

2004/C 292/01	Euro-Wechselkurs .....	1
2004/C 292/02	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3646 — MABSA/Belgian State/BIAC/JV) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall <sup>(1)</sup> .....	2
2004/C 292/03	Staatliche Beihilfe — Tschechische Republik — Staatliche Beihilfe C 27/04 (ex CZ 49/03) Agrobanka Praha, a.s./GE Capital Bank, a.s. — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag <sup>(1)</sup> .....	3
2004/C 292/04	Veröffentlichung der endgültigen Rechnungsabschlüsse der Agenturen und Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2003 .....	20
	<b>Europäische Zentralbank</b>	
2004/C 292/05	Empfehlung der Europäischen Zentralbank vom 16. Juli 2004 über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank im Bereich der Zahlungsbilanz, des Auslandsvermögensstatus sowie des Offenlegungstableaus für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität (EZB/2004/16)	21

II *Vorbereitende Rechtsakte*

.....

DE

III *Bekanntmachungen*

**Kommission**

2004/C 292/06

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen VP/2004/017 — Haushaltslinie 04.02.10 — Innovative Maßnahmen, die gemäß Artikel 6 der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds durchgeführt werden: „Transfer und Verbreitung von Innovationen aus Projekten, die im Rahmen von Artikel 6 der ESF-Verordnung durchgeführt wurden“ ..... 63



## I

(Mitteilungen)

## KOMMISSION

Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>

29. November 2004

(2004/C 292/01)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,3247	LVL	Lettischer Lat	0,6858
JPY	Japanischer Yen	136,24	MTL	Maltesische Lira	0,4328
DKK	Dänische Krone	7,4287	PLN	Polnischer Zloty	4,2122
GBP	Pfund Sterling	0,70100	ROL	Rumänischer Leu	38 922
SEK	Schwedische Krone	8,9210	SIT	Slowenischer Tolar	239,79
CHF	Schweizer Franken	1,5170	SKK	Slowakische Krone	39,275
ISK	Isländische Krone	86,47	TRL	Türkische Lira	1 896 900
NOK	Norwegische Krone	8,0700	AUD	Australischer Dollar	1,6890
BGN	Bulgarischer Lew	1,9559	CAD	Kanadischer Dollar	1,5675
CYP	Zypern-Pfund	0,5796	HKD	Hongkong-Dollar	10,3010
CZK	Tschechische Krone	31,020	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8502
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	2,1690
HUF	Ungarischer Forint	246,54	KRW	Südkoreanischer Won	1 387,09
LTL	Litauischer Litas	3,4528	ZAR	Südafrikanischer Rand	7,7180

(<sup>1</sup>) Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**  
**(Sache COMP/M.3646 — MABSA/Belgian State/BIAC/JV)**  
**Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall**

(2004/C 292/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 18. November 2004 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Macquarie Airports Brussels S.A. („MABSA“, Luxemburg), das der Gruppe Macquarie Group (Australien) angehört, und der Staat Belgien erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung die gemeinsame Kontrolle bei dem Unternehmen International Airport Company N.V./S.A. („BIAC“, Belgien) durch Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— MABSA: Erwerbsvehikelgesellschaft

— Macquarie Group: Bankgeschäft, vor allem in Australien, und

— BIAC: Eigentümer und Betreiber des sich in Zaventem befindenden Brussels National Airport.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass die angemeldete Transaktion unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Gemäß der Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren zur Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse nach Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(2)</sup> ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3646 — MABSA/Belgian State/BIAC/JV, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Kanzlei Fusionskontrolle  
J-70  
B-1049 Bruxelles/Brussel

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

<sup>(2)</sup> Zu finden auf der Internetseite der Generaldirektion Wettbewerb:  
[http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/legislation/consultation/simplified\\_tru.pdf](http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/legislation/consultation/simplified_tru.pdf).

**STAATLICHE BEIHILFE — TSCHECHISCHE REPUBLIK****Staatliche Beihilfe C 27/04 (ex CZ 49/03) Agrobanka Praha, a.s./GE Capital Bank, a.s.****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2004/C 292/03)

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

Mit Schreiben vom 14. Juli 2004, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission der Tschechischen Republik ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission hat beschlossen, gegen bestimmte andere im nachfolgenden Schreiben beschriebene Maßnahmen keine Einwände zu erheben.

Die Beteiligten sind aufgefordert, ihre Stellungnahme zu der Maßnahme, deretwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Direktion H2  
Rue de Spa 3  
B-1049 Brüssel  
Fax: (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden der Tschechischen Republik übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

**ZUSAMMENFASSUNG****Verfahren**

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2003, das am 23. Dezember 2003 einging, wurden bei der Kommission im Rahmen des „Übergangsmechanismus“ gemäß Anhang IV.3 der Beitrittsakte, die Teil des EU-Beitrittsvertrags ist, Maßnahmen zugunsten der Agrobanka, Praha a.s. („AGB“) und der GE Capital Bank, a.s. („GECB“) angemeldet. Nach Durchsicht der Unterlagen forderte die Kommission am 12. Februar 2004 ergänzende Informationen an. Die Antworten auf das Auskunftersuchen gingen am 9. März 2004 ein. Im März und April fanden mehrere Treffen mit den tschechischen Behörden und den Begünstigten statt. Mit Schreiben, das am 30. April 2004 bei der Kommission einging, zogen die tschechischen Behörden die Anmeldung zurück; an demselben Tag reichten sie eine neue Anmeldung ein.

Bei der Kommission sind mehrere Beschwerden bezüglich der von den tschechischen Behörden an alle tschechischen Banken, einschließlich AGB und GECB, vergebenen staatlichen Beihilfen eingegangen.

**Beschreibung der Maßnahmen**

AGB operierte in der Vergangenheit als private Universal- und Geschäftsbank in der Tschechischen Republik. Am 17. September 1996 wurde AGB wegen finanzieller Schwierigkeiten unter Zwangsverwaltung gestellt. Danach wurden innerhalb von AGB zwei getrennte Einheiten, AGB1 — der die Zuständigkeit für das Bankgeschäft übertragen wurde — und AGB2, geschaffen. Nach einer Ausschreibung wurde AGB1 im Juni 1998 an GECB veräußert.

Ab 1996 gewährten die tschechischen Behörden der AGB und später — nach dem Verkauf von AGB1 — auch der GE-Gruppe finanzielle Unterstützung zur Umstrukturierung des Bankgeschäfts von AGB. Von diesen Maßnahmen hat die tschechische Republik der Kommission im Rahmen des Übergangsmechanismus gemäß Anhang IV.3 der Beitrittsakte folgende Maßnahmen zur Genehmigung mitgeteilt:

„Einlagensicherung“: Nach Verhängung der Zwangsverwaltung gegen die AGB am 17. September 1996 erteilte die CNB allen Gläubigern und Einlegern der AGB eine Garantie, um einen Ansturm auf die Bank zu beenden.

„Liquiditätshilfe“: CNB gewährte der AGB eine Liquiditätshilfe in Form einer Kreditlinie. Am 18. September 1996 erhielt die Bank die erste Kreditlinie in Höhe von 6 000 Mio. CZK. Ihre maximale Höhe erreichte die Kreditlinie am 15. Januar 1998 mit 22 500 Mio. CZK. Die maximale Inanspruchnahme der Kreditlinie war im Februar 1998 mit 22 100 Mio. CZK zu verzeichnen. Die Liquiditätshilfe endete bei Einstellung der Zwangsverwaltung und Entzug der Banklizenz am 17. September 1998.

„Erfolgreicher Versuch einer Kapitalerhöhung bei der AGB“: Die CNB wies ihre Tochtergesellschaft Česká finanční s.r.o. („Česká finanční“) an, sich an einer Kapitalerhöhung bei der AGB durch Zeichnung einer neuen Emission von AGB-Anteilen zu beteiligen. Am 2. April 1998 zeichnete Česká finanční die neuen Anteile für einen Preis von 9 000 Mio. CZK, der am 6. April 1998 an AGB ausgezahlt wurde.

Die Kapitalerhöhung wurde jedoch von einem Minderheitsaktionär von AGB angefochten, und ein tschechisches Gericht unterbrach den Kapitalerhöhungsprozess im Mai 1998. CNB versuchte, den Betrag von 9 000 Mio. CZK wieder zu erlangen. Im März 2004 zog sich CNB jedoch aus dem mit dem Ziel der Wiedererlangung des Betrages angestrengten Rechtsstreit gegen AGB zurück.

„Kaufpreis“: Ursprünglich bot GECB für AGB1 einen Kaufpreis von 2 000 Mio. CZK in bar im Gegenzug zu einem bereinigten Buchwert von AGB1 von 4 000 Mio. CZK. Da der Buchwert von AGB1 in Wirklichkeit geringer war, musste er angehoben werden, um den Kaufpreis zu erreichen. Die Parteien beschlossen, dies in Form einer Erhöhung des Gesellschaftskapitals der GECB aus CNB-Mitteln nach dem Erwerb von AGB1 zu realisieren.

Infolge von Verhandlungen zwischen CNB und GECB wurde sowohl der Kaufpreis als auch der bereinigte Buchwert gesenkt. Letztendlich wurde ein Kaufpreis von 304,154 Mio. CZK entrichtet.

„Kapitalerhöhung bei der GECB“: Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass der Kaufpreis für AGB1 von der Erreichung des angestrebten bereinigten Buchwerts von 2 500 Mio. CZK abhängig war, da sich die tschechischen Behörden bereit erklärten, GECB für die Übernahme von Verpflichtungen, die über den Wert der im Rahmen des Kaufs der AGB1 erworbenen Vermögenswerte hinausgingen, zu kompensieren.

Da der Buchwert von AGB1 zum 21. Juni 1998 negativ war, wurde der angestrebte Buchwert von AGB1 durch eine Kapitalzuführung seitens der CNB erreicht. Diese Finanzspritze erfolgte durch eine Kapitalerhöhung im Umfang von 19 717,5 Mio. CZK bei der GECB.

„Garantien und Entschädigungen“: Im Rahmen der Veräußerung von AGB1 an GECB stimmte AGB als Verkäufer einer Reihe von Garantien und Entschädigungen zu, die in der am 21. Juni 1998 unterzeichneten „Garantieurkunde“ (Deed of Warranties) näher dargelegt sind. Zwar war CNB nicht Vertragspartei, doch wurden die Verpflichtungen, die AGB in der „Garantieurkunde“ einging, von CNB in der am 22. Juni 1998 unterzeichneten „Entschädigungsvereinbarung“ (Indemnity Agreement) unterstützt. Die „Entschädigungsvereinbarung“ wurde am 25. April 2004 durch die „Erste Änderung der Entschädigungsvereinbarung“ geändert. Die Vereinbarungen enthalten verschiedene Garantien zugunsten der GE-Gruppe. Die Garantien sind in abstrakten Begriffen beschrieben.

### Würdigung

Die Kommission ist der Ansicht, dass die „Einlagensicherung“, die „Liquiditätshilfe“, der „erfolgreiche Versuch einer Kapitalerhöhung bei der AGB“, der „Verkaufspreis“, die „Kapitalerhöhung bei GECB“ sowie jene „Garantien und Entschädigungen“, die bereits vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik ausgelaufen waren, nach dem Beitritt nicht anwendbar sind.

Jene „Garantien und Entschädigungen“, die zum Zeitpunkt des Beitritts nicht ausgelaufen waren, gelten als nach dem Beitritt anwendbar, da das Engagement der Tschechischen Republik nach dem Beitritt zunehmen kann.

Nach Ansicht der Kommission stellen die „Garantien und Entschädigungen“, die vor dem Beitritt nicht ausgelaufen sind, eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar.

Die Kommission hat die Beihilfe im Lichte der Leitlinien für die Beurteilung von staatlichen Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten<sup>(1)</sup> („Leitlinien 1994“) analysiert. Diese Analyse hat bei der Kommission ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt ausgelöst:

- Die Kommission bezweifelt ernsthaft, dass GECB und die übrigen Unternehmen der GE-Capital-Gruppe, denen „Garantien und Entschädigungen“ zugute kamen, berechnete Unternehmen im Rahmen der Leitlinien 1994 sind, da diese Unternehmen nicht in Schwierigkeiten waren.
- Die Kommission bezweifelt ernsthaft, dass die „Garantien und Entschädigungen“ Teil eines kohärenten Planes zur Umstrukturierung der AGB sind. Der mit der Anmeldung unterbreitete Umstrukturierungsplan stammt von Dezember 2003. Offenbar hat zuvor kein umfassender Plan bestanden.

(<sup>1</sup>) ABl. C 368 vom 23.12.1994, S. 12.

- Die Kommission bezweifelt ernsthaft, dass die finanzielle Unterstützung nicht über das für die Umstrukturierung des Bankengeschäfts der AGB nötige Maß hinausging und Kompensationsmaßnahmen für Wettbewerber einschließt. Die von der AGB und der GE-Gruppe entfalteten Bemühungen zur Kompensierung der von den tschechischen Behörden gewährten Hilfe gehen offenbar nicht über das hinaus, was für eine Umstrukturierung des Bankengeschäfts der AGB erforderlich war.
- Die Kommission bezweifelt ernsthaft, dass die Beihilfe strikt auf das für die Umstrukturierung des Bankengeschäfts der AGB erforderliche Minimum begrenzt war. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Beiträge der Anleger im normalen Geschäftsverlauf erfolgten, um den Nutzen für das Unternehmen zu optimieren. Außerdem deutet die hohe Eigenkapitalquote der GECB darauf hin, dass die Beihilfe nicht auf das Minimum begrenzt war.
- Ferner bezweifelt die Kommission ernsthaft, dass Artikel 46 Absatz 2 des Europa-Abkommens in diesem Zusammenhang anwendbar ist. Die Bestimmung findet sich im Kapitel „Niederlassung“ des Europa-Abkommens, weshalb die Kommission der Auffassung ist, dass sie sich nicht auf staatliche Beihilfen bezieht. Außerdem sind die Bedingungen des Artikels 46 Absatz 2 des Europa-Abkommens ihrer Ansicht nach nicht erfüllt, da „Garantien und Entschädigungen“ eine individuelle Maßnahme sind, die von keiner Finanzaufsichtsbehörde eingeführt wurde.

Deshalb ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt ernsthafte Zweifel bestehen, ob die Umstrukturierung des Bankengeschäfts der AGB den in den Leitlinien 1994 niedergelegten Kriterien entspricht und ob die Maßnahme als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar betrachtet werden kann. Daher hat die Kommission beschlossen, das förmliche Prüfverfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

#### WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Komise chce informovat Českou republiku, že po prozkoumání informací poskytnutých vašimi orgány k výše citovaným oznámeným opatřením dospěla k rozhodnutí, že řada z nich není použitelná po přistoupení. V případě určitých záručních opatření se Komise rozhodla zahájit postup předepsaný v článku 88(2) Smlouvy o založení ES.

#### I. POSTUP

1. Dopisem s datem 18. prosince 2003, zaevidovaným 23. prosince 2003, dostala Komise oznámení o opatřeních ve prospěch Agrobanky, Praha a.s. („AGB“) a GE Capital Bank, a.s. („GECB“), a to v rámci procedury ‚prozatímního mechanismu‘ stanoveného v Příloze IV.3 Aktu o přistoupení, který tvoří součást Smlouvy o přistoupení k Evropské unii. Po přezkoumání dokumentace požádala Komise 12. února 2004 o další informace. Odpověď na žádost o tyto informace došla 9. března 2004. V měsících březen a duben se pak uskutečnila řada porad s českými orgány a příjemci. Dopisem, který Komise obdržela 30. dubna 2004, české orgány oznámení stáhly; téhož dne předložily nové oznámení.
2. Komise obdržela několik stížností na státní podporu, kterou české orgány poskytly všem českým bankám, včetně AGB a GECB.

#### II. OBJASNĚNÍ SITUACE

##### 1. Příjemci podpory

3. AGB, která byla založena v roce 1990, působila v České republice vesměs jako univerzální obchodní banka. V roce 1995 byla pátou největší bankou a vůbec největší soukromou bankou. S ohledem na její finanční potíže jí byla v září 1998 zrušena bankovní licence a v současnosti se nachází v procesu likvidace.
4. K zakládajícím akcionářům AGB patřila Československá obchodní banka, a.s. („ČSOB“), Ministerstvo zemědělství České republiky, Agropol, a.s., Agrodát, státní podnik a Stavoinvest Banská Bystrica. V roce 1995 získala kontrolu v AGB skupina Motoinvest.

5. Po vyhlášení nucené správy dne 17. září 1996 byly v AGB vytvořeny dva samostatné subjekty, AGB1 a AGB2. AGB1 zdědila základní bankovní aktivity. V červnu 1998 byla AGB1 prodána GECB. Zbývající části AGB jsou stále v procesu likvidace.
6. GECB byla založena v roce 1998 kvůli akvizici AGB1. Nyní působí jako univerzální banka v České republice. GECB je zcela vlastněna společností GE Capital International Holdings Corporation, U.S.A. („GECIH“).

## 2. Finanční situace AGB

7. Podle informací v citovaném oznámení začaly potíže AGB už v roce 1993/1994. V polovině devadesátých let procházel celý český bankovní sektor vážnou ekonomickou krizí. České orgány konstatují, že tato krize zasáhla také AGB. Navíc pak prudká expanze AGB, spolu s nedostatky v řízení rizik a nedostatečnými interními kontrolami vedly k postupnému zhoršování kvality půjčkového portfolia AGB.
8. České orgány informovaly Komisi, že v roce 1993 vykazovala AGB ztráty ve výši CZK 2.000 milionů a že hodnota jejího vlastního jmění byla záporná (CZK -515 milionů).
9. V roce 1993 Česká národní banka („ČNB“) AGB nařídila, aby vypracovala a realizovala ‚konsolidační program‘, který by měl obnovit její kapitálovou přiměřenost. České orgány tvrdí, že ‚konsolidační program‘ neměl zahrnovat opatření, poskytovaná nebo udělovaná státem. Měl spíše zavést důkladnější dohled nad AGB.
10. České orgány konstatují, že v roce 1996 přestala AGB dodržovat podmínky ‚konsolidačního programu‘, pustila se do vysoce rizikových operací, setkávala se s problémy s likviditou a snižováním kvality svých aktiv. Krize likvidity a neochota akcionářů činit odpovídající nápravné kroky vedly nakonec 17. září 1996 k vyhlášení nucené správy nad AGB.
11. K finanční situaci AGB české orgány uvádějí, že audit provedený po vyhlášení nucené správy (rozvaha s datem 16. září 1996) odhalil ztrátu ve výši CZK -8.487 milionů a zůstatek vlastního jmění CZK -5.476 milionů. Pravidelný výroční audit rozvahy s datem 31. prosince 1996 zaznamenal ztrátu ve výši CZK -10.097 milionů a zůstatek vlastního jmění CZK -6.328 milionů.
12. České orgány konstatují, že se záměrem zabránit negativním důsledkům pro celý český bankovní sektor zahájily realizaci opatření, jejichž cílem bylo zajistit záchranu a restrukturalizaci AGB. Protože ale výše zmíněné audity, které byly provedeny po vyhlášení nucené správy, odhalily ztráty převyšující kapitál banky, dospěly české orgány k závěru, že nejlepším způsobem, jak zajistit dlouhodobou životaschopnost AGB, bude vytvoření samostatné organizační jednotky, AGB1, určené pro provádění základních bankovních činností AGB. Následně byla AGB1 prodána strategickému investorovi, a to cestou otevřeného, bezpodmínečného a transparentního nabídkového řízení.

## 3. Veřejná soutěž

13. Nucený správce vyhlásil veřejnou soutěž na prodej AGB1 v dubnu 1997. Při následujícím nabídkovém řízení, které bylo – podle českých orgánů- otevřené, transparentní a bezpodmínečné, zůstala nakonec GE Capital Corporation jedinou stranou se zájmem o koupi AGB1. Dne 22. června 1998 byla pak AGB1 prodána GECB za zhruba CZK 304 milionů.
14. Po odprodeji AGB1 ve prospěch GECG přešel zbytek AGB, včetně AGB2, do likvidace. V probíhajícím likvidačním procesu je jediným věřitelem AGB ČNB.

## 4. Současná finanční situace GECB

15. Od doby, kdy GECB převzala bankovní aktivity AGB, se její výsledky podstatně zlepšily. Její čistý příjem se zvýšil z asi CZK -16.500 milionů v roce 1998, kdy byla GECB založena a koupila AGB1, na asi CZK 980 milionů v roce 1999, na asi CZK 720 milionů v roce 2000, na asi CZK 840 milionů v roce 2001 a na asi CZK 910 milionů v roce 2002. Kapitálová přiměřenost GECB činila v roce 1999 74 %, v roce 2000 48 %, v roce 2001 41 % a v roce 2002 30 %.

### 5. Úsilí vynakládané ze strany AGB, GECB a GECIH

16. České orgány tvrdí, že AGB, GECIH a GECB přijaly opatření na zmírnění státní účasti na restrukturalizaci AGB.
17. Kompenzační kroky AGB sestávaly z úkonů směřujících k dosažení likvidity vlastních aktiv AGB a zejména z odprodeje některých dceřiných společností AGB bance Raiffeisen Bank. Tím se také měl snížit tržní podíl AGB, měřený podílem AGB na celkových bankovních aktivech nebo aktivech určitých tříd. Vedle toho měla AGB snížit početní stav svých zaměstnanců ze zhruba 3.500 v roce 1996 na asi 2.500 zaměstnanců v roce 1998.
18. GECB a GECIH měly přispět k restrukturalizaci zaplacením kupní ceny, prostřednictvím záruk v ‚Listině záruk‘ a protizáruky ve ‚Smlouvě o odškodnění‘, na jejímž základě GECIH převzala na sebe závazek ČNB (‚Záruka pro vkladatele‘) vůči věřitelům AGB. Skupina GE měla navíc přispět cestou ‚opce s právem prodeje‘, která je podrobněji popisována dále, a nakonec také svou vynikající pověstí.

### III. POPIS OPATŘENÍ

19. České orgány poskytly informace o následujících opatřeních:
20. ‚Záruka pro vkladatele‘: Při vyhlášení nucené správy nad AGB dne 17. září 1996 vydala ČNB záruky všem věřitelům a vkladatelům AGB, aby tak zamezila útoku na vklady banky.
21. Záruka pokrývala především všechny závazky AGB, včetně z nich splatného úroku, zaznamenané v účetní evidenci ABG k 17. září 1996. Všechny dluhy se splatností k pevnému datu byly zaručeny až ke dni splatnosti. Dluhy bez pevného data splatnosti byly zaručeny na dobu dvanácti měsíců od ukončení nucené správy nad AGB. Navíc veškeré záruky vydané v AGB po 17. září 1996 byly zajištěny k datu jejich splatnosti nebo na dobu dvanácti měsíců po skončení nucené správy, podle toho, co by nastalo dříve. Výše citovaná záruka neurčovala žádný horní limit pro zajišťované závazky vůči věřitelům AGB. České orgány nás informovaly, že jediným potenciálním nárokem, který na základě Záruky pro vkladatele zbývá, je vklad CZK [...] (\*). Tento vklad má splatnost v roce 2005.
22. ‚Podpora na posílení likvidity‘: ČNB poskytla AGB finanční podporu ve formě úvěrového limitu. První úvěrový limit, který byl poskytnut 18. září 1996, činil CZK 6.000 milionů. Dne 15. ledna 1998 dosáhl úvěrový limit maximální hodnoty CZK 22.5000 milionů. K maximálnímu čerpání došlo v únoru 1998, ve výši CZK 22.100 milionů. Podpora na posílení likvidity skončila s ukončením nucené správy a zrušením bankovní licence dne 17. září 1998.
23. Dne 17. září 1998 se ČNB a AGB dohodly, že AGB musí svůj dluh vůči ČNB splatit z výnosů likvidačního procesu do 31. prosince 2004. ČNB ovšem může dobu splácení prodloužit. Závazek splatit částky čerpané v rámci úvěrového limitu zůstal po prodeji AGB1 v AGB.
24. ‚Neúspěšný pokus navýšit kapitál AGB‘: ČNB uložila své dceřiné společnosti Česká finanční s.r.o. (‚Česká finanční‘), aby se podílela na navýšení kapitálu v AGB cestou upsání nové emise akcií AGB. Dne 2. dubna 1998 upsala Česká finanční nové akcie za protihodnotu CZK 9.000 milionů. Tato úhrada byla ve prospěch AGB zaplacená 6. dubna 1998.
25. Minoritní akcionář AGB ale navýšení kapitálu napadl a český soud v květnu 1998 proces navýšování kapitálu zastavil. Po skončení nucené správy pak valná hromada akcionářů zrušila rozhodnutí navýšit kapitál AGB a proto se nakonec Česká finanční nestala akcionářem AGB. Kdyby bylo navýšení a upsání akcií ze strany České finanční úspěšné, Česká finanční by získala v AGB vlastnický podíl ve výši 68 %.
26. Česká finanční se snažila vymoci zpět částku CZK 9.000 milionů u soudu s poukazem na neoprávněný majetkový prospěch. ČNB, která v roce 2002 převzala pohledávku od České finanční, se také pokusila vymoci částku zpět. Nicméně v březnu 2004 ČNB odstoupila od soudního sporu proti AGB, protože považovala za obchodně rozumnější ve sporu nepokračovat.
27. ‚Kupní cena‘: ze strany GECB původně nabídnutá kupní cena činila CZK 2.000 milionů v hotovosti za upravenou hodnotu čistých aktiv AGB1 ve výši CZK 4.000 miliony. Protože hodnota čistých aktiv AGB1 byla ve skutečnosti menší, musela být hodnota čistých aktiv zvýšena, aby dosáhla kupní ceny. Smluvní strany rozhodly, že se tak stane formou navýšení akciového kapitálu v GECB, za které po koupi AGB1 zaplatí ČNB.

(\*) Tajné informace.

28. V průběhu následujících jednání mezi ČNB a GECB byla kupní cena i upravená hodnota čistých aktiv snížena o stejnou částku, s cílem vyhnout se zbytečným hotovostním výměnám. Především tedy byla kupní cena snížena na CZK 500 milionů – za úpravu hodnoty čistých aktiv AGB na CZK 2.500 milionů. Kupní cena se ve světle výpočtu upravené hodnoty čistých aktiv ke dni transakce stala předmětem další úpravy. Nakonec zaplacená kupní cena činila CZK 304,154 milionů.
29. ‚Zvýšení kapitálu v GECB‘: Toto opatření je třeba posuzovat s ohledem na to, že kupní cena za AGB1 byl závislá na dosažení cílové upravené hodnoty čistých aktiv AGB1 ve výši CZK 2.500 milionů, protože české orgány se zavázaly kompenzovat GECB za převzetí závazků převyšujících hodnotu aktiv nabytých při koupi AGB1.
30. Protože čistá aktiva AGB1 měla k 21. červnu 1998 zápornou hodnotu, bylo cílové hodnoty čistých aktiv AGB1 dosaženo kapitálovou injekcí ze strany ČNB. Tato kapitálová injekce byla provedena cestou zvýšení kapitálu v GECB.
31. Podle ‚Rámcové smlouvy‘ mezi ČNB, GECB a GECIH, uzavřené 22. června 1998, se ČNB zavázala vložit do vlastního jmění GECB kapitálový vklad ve výši CZK 19.717,5 milionů a zvýšit tak upravenou hodnotu čistých aktiv AGB1 na požadovanou výši CZK 2.500 milionů. Bylo to provedeno tak, že ČNB upsala deset akciových podílů v GECB za celkovou cenu 19.717,5 milionů. Po určitých potížích s registrací kapitálového navýšení byla takto transakce nakonec zaregistrována dne 25. března 2003 v Pražském obchodním rejstříku. Následně pak v roce 2003 ČNB prodala těchto 10 akcií GECIH, za celkovou úhradu CZK 1.000.
32. ‚Záruky a odškodnění‘: Při prodeji AGB1 ve prospěch GECB se AGB jako prodávající AGB1 dohodla na řadě záručních úmluv, které jsou uvedeny v ‚Listině záruk‘, podepsané 21. června 1998. ČNB nebyla smluvní stranou této dohody. Nicméně závazky učiněné AGB formou ‚Listiny záruk‘ ČNB podpořila cestou ‚Smlouvy o odškodnění‘, podepsané 22. června 1998. ‚Smlouva o odškodnění‘ byla 25. dubna 2004 pozměněna ‚změnou Smlouvy o odškodnění číslo 1‘<sup>(2)</sup>. České orgány poskytly seznam záručních úmluv v Příloze 23 k Plánu záchranu a restrukturalizace (Příloha 23<sup>1</sup>), který je součástí oznámení. Uvádí se nicméně, že tento seznam není kompletní.
33. Podle informací poskytnutých českými orgány platnost mnoha záruk uvedených v ‚Listině záruk‘ a ve ‚Smlouvě o odškodnění‘ vypršela 22. června 2001. Týká se to následujících záručních úprav z ‚Listiny záruk‘, jak jsou sumarizovány pod položkami č. A.1-A.18 Přílohy 23:
- Článek 2.2. (Organizace)
  - Článek 2.3 (Integrované investice a AVE Leasing)
  - Článek 2.5 (Souhlasy)
  - Článek 2.5 (Bez porušování)
  - Článek 2.6. (Finanční výkazy)
  - Článek 2.9. (Půjčky)
  - Článek 2.10 (Nemovitý majetek)
  - Článek 2.11 (Hmotná aktiva)
  - Článek 2.12 (Smlouvy)
  - Článek 2.13 (Dodržování předpisů)
  - Článek 2.15 (Úmluvy o oddělení práv)
  - Článek 2.16 (Zaměstnanci, programy zaměstnaneckých výhod)
  - Článek 2.17 (Pojištění)
  - Článek 2.18 (Soudní spory)
  - Článek 2.19 (Práva k duševnímu vlastnictví)
  - Článek 2.21 (Vytvoření Nové Agrobanky a Staré Agrobanky)
  - Článek 2.23 (Makléř a zprostředkovatelé)
  - Článek 2.7 (Žádná neohlášená pasiva)

<sup>(2)</sup> Pokud není uvedeno jinak, vztahují se všechny odkazy na ‚Smlouvu o odškodnění‘ na Smlouvu o odškodnění ve znění ‚změny Smlouvy o odškodnění číslo 1‘ z 25. dubna 2004.

34. Na základě informací, které poskytly české orgány, jsou záruční úmluvy, jejichž platnost nevypršela před přistoupením České republiky k Evropské unii, sumarizovány následujícím způsobem:

„Záruky a odškodnění“, jejichž platnost vyprší 22. června 2008:

Obsah	Limitování částky
Odškodnění za případný soudní spor, který negativně poznamená bankovní činnost: AGB se zavázala odškodnit GECIH, GECG a další odškodňované osoby kupujícího (kupující) za případné ztráty vyplývající z nároků uplatněných proti kupujícímu v důsledku záležitosti, ke které došlo před datem uzavření a která negativně poznamená bankovní činnost. Článek 5.1(a)(1) <sup>(3)</sup>	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Odškodnění za porušení zákona: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za případné ztráty vyplývající z porušení nějakého platného zákona nebo předpisu, kterého se prodávající dopustil před datem uzavření a které negativně poznamenává bankovní činnost. Článek 5.1(a)(ii)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Odškodnění za pracovněprávní spor: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za případné ztráty vyplývající z nároků uplatněných proti GECB některým zaměstnancem v souvislosti s nějakým skutečným nebo údajným úkonem nebo opomenutím ze strany prodávajícího před datem uzavření. Článek 5.1(a)(v)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Odškodnění za pracovněprávní spor: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za případné ztráty vyplývající z nároků týkajících se nějaké smluvní povinnosti nebo povinnosti zaměstnání v případě zaměstnance, který byl ponechán, nebo v případě dřívějšího, stávajícího či budoucího zaměstnance prodávajícího, který je zaměstnancem ve vztahu k AGB2. Článek 5.1(a)(vi)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Žaloba na prohlášení smlouvy týkající se prodeje AGB1 ve prospěch GECB za neplatnou, podaná 27. července 1998 u Krajského obchodního soudu v Praze Václavem Sládkem proti AGB v likvidaci a kupujícímu; a ve spojení s minoritními akcionáři AGB jako vedlejšími žalujícími stranami. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žaloba na prohlášení smlouvy týkající se prodeje AGB1 ve prospěch GECB za neplatnou, podaná 22. června 2001 u Krajského obchodního soudu v Praze Petrem Maurem, Františkem Vysloužilem, Pavlem Tykačem, Karlem Tománkem, Pavlem Šimkem a Tomášem Fohlerem proti AGB v likvidaci a kupujícímu a Jiřímu Klumparovi; a ve spojení s minoritními akcionáři AGB jako vedlejšími žalujícími stranami (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žaloba na prohlášení smlouvy o prodeji AGB1 za neplatnou, podaná 18. června 2002 u Městského soudu v Praze HZ Praha, spol. s.r.o. proti AGB v likvidaci, kupujícímu a Jiřímu Klumparovi. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žádost o registraci prodeje AGB1 v Obchodním rejstříku, podaná 18. října 1999, u které je žadatelem současná AGB v likvidaci a ke které se pražský Městský úřad státního zástupce připojil jako strana řízení. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Případný nárok na odškodnění týkající se platnosti či legitimnosti prodeje AGB1 ve prospěch kupujícího, uplatněný: — Prodávajícím, ČNB nebo akcionářem, likvidátorem, konkursním správcem, auditorem nebo nuceným správcem prodávajícího — Členem podnikového orgánu prodávajícího nebo kupujícího — Zaměstnancem, vypůjčovatelem, klientem, půjčovatelem nebo věřitelem prodávajícího nebo kupujícího — Dědicem, právním nástupcem nebo nabyvatelem, likvidátorem, konkursním správcem, správcem k převzetí majetku, svěřeneckým správcem nebo nuceným správcem (respektive osobou, která má podobné pravomoci), nebo sdružením jednoho nebo více výše uváděných jednotlivých funkcí nebo subjektů, nebo — Českým státním zástupcem, českým kriminálním orgánem nebo českým daňovým orgánem, který má nad prodávajícím nebo kupujícím pravomoc. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů

<sup>(3)</sup> Pokud není uvedeno jinak, jsou všechny odkazy na články odkazy na články „Listiny záruk“.

„Záruky a odškodnění“, jejichž platnost vyprší 22. června 2010

Obsah	Limitování částky
Daně: AGB ujišťuje, že (i) splnila příslušné požadavky na daň vybíranou srážkou, předepsanou na základě všech platných zákonů, (ii) že oznámila kupujícímu existenci všech daní, které jsou podle nároků daňového orgánu splatné a dlužné ze strany AGB, (iii) že není v běhu žádný daňový audit, nebo že podle vědomostí AGB nehrozí v souvislosti s nějakými daněmi, splatnými ze strany AGB, (iv) že se nedopustila ani nedopouští porušování nějakého použitelného daňového zákona, což by navodilo vznik závazku pro kupujícího a (v) že kupujícímu nebude uložena v souvislosti s uskutečněním předpokládaných transakcí žádná daň. Článek 2.14(c) a (d)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Ekologické záležitosti: AGB ujišťuje, že nakolik si je vědoma, nejsou v prostorech AGB1 uloženy žádné nebezpečné látky v koncentracích překračujících úroveň povolenou platným zákonem. Článek 2.20.	Souhrnný limit CZK 5 000 milionů
Daně v souvislosti s transakcí: AGB ujišťuje, že kupujícímu nebudou předepsány v důsledku uskutečnění prodeje žádné daně. Článek 2.14(e)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Neobchodní aktiva a pasiva: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za případné ztráty vyplývající z nároků týkajících se neobchodních aktiv nebo neobchodních pasiv. Článek 5.1(a)(iv)	Souhrnný limit CZK 5 000 milionů
Celní dluhy a dluhy na spotřební dani: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za ztráty vyplývající z nároků uplatněných proti němu ze strany českých celních a pro spotřební daň příslušných orgánů v souvislosti s AGB celní zárukou. Článek 5.1(a)(iv)	Souhrnný limit CZK 5 000 milionů

„Záruky a odškodnění“, jejichž platnost vyprší 22. června 2013

Obsah	Limitování částky
Operace AGB1: AGB ujišťuje, že s výjimkou toho, co je uvedeno v přehledu oznamovacích povinností za dokumenty o transakci, nejsou součástí AGB1 žádná další aktiva či pasiva. Článek 2.22.	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Oprávnění: AGB ujišťuje o své plné pravomoci a oprávnění podepsat smluvní dokumentaci a uskutečnit transakci. AGB dále ujišťuje, že smlouvy jsou pro ni závazné a na ní vymahatelné. Článek 2.4.	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Platnost prodeje: AGB se zavázala odškodnit kupujícího za případnou ztrátu vyplývající z nároku týkajícího se platnosti nebo ústavní legitimnosti prodeje AGB1. Článek 5.1.(a)(iii)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů

„Záruky a odškodnění“, jejichž platnost vyprší 15 let po uzavření

Obsah	Limitování částky
Ekologické ztráty: AGB se zavazuje odškodnit kupujícího za případnou ekologickou ztrátu, kterou kupující může utrpět v souvislosti s nějakými provozními prostory AGB1 a která bude způsobena stavem existujícím před uzavřením. Článek 5.1.(b)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů

35. „Opce s právem prodeje“: Dne 22. června 1998 uzavřely ČNB a GECIH „Smlouvu o opci s právem prodeje“, která stanovuje, že za určitých okolností je GECIH oprávněná požadovat, aby ČNB odkoupila od GECIH všechny její akcie v GECB.
36. České orgány uvedly, že v současnosti zbývají jen dvě možné události, které by GECIH umožnily využít opci s právem prodeje. Šlo by o 1) o rozhodnutí nebo rozsudek nařizující nebo prohlášující transakce podle Kupní smlouvy za nulové nebo neplatné, respektive že budou reverzovány, nebo že se nějaká část aktiv AGB1 vrací, nebo by šlo 2) o rozhodnutí ČNB neprovést náhradu škody podle „Smlouvy o odškodnění“ v částce překračující CZK 2.000 milionů respektive o opomenutí ČNB tyto platby provést.

37. ČNB má právo napravit událost, která by vedla k využití opce s právem prodeje, tím, že by GECB a GECIH uvedla do stejné situace, v níž by byly, kdyby k takové události nedošlo. Uvádí se, že by to mohlo znamenat platby nebo převod aktiv do GECB. Platnost opce s právem prodeje vyprší 22. června 2008.

#### *Cena při uplatnění opce s právem prodeje*

38. Cena, za kterou musí ČNB odkoupit všechny akcie v GECB, se liší podle data, k němuž bude opce s právem prodeje využita. Od června 2003 do dne, kdy platnost opce s právem prodeje vyprší, se bude tato cena rovnat nejvyšší z následujících položek:
- upravené reverzní částce,
  - hodnotě čistých aktiv GECB ke dni, kdy je cena při uplatnění opce stanovena,
  - poctivé tržní hodnotě GECB ke dni, kdy je cena při uplatnění opce stanovena. Když je tedy kupní cena určována podle poctivé tržní hodnota, nebudou události, které spustily proces uplatnění opce s právem prodeje, brány v potaz.

#### IV. ŽÁDOST O POSOUZENÍ

39. Ve svém oznámení požádaly české orgány Komisi o rozhodnutí na základě prozatímního mechanismu z Přílohy IV.3 Aktu o přistoupení, tj. ve věci ‚Záruky pro vkladatele‘, ‚Podpory na posílení likvidity‘, ‚Neúspěšného pokusu navýšit kapitál AGB‘, ‚Kupní ceny‘, ‚Zvýšení kapitálu v GECB‘, jakož i některých ‚Záruk a odškodnění‘. Tyto ‚Záruky a odškodnění‘ jsou uvedeny v Příloze 4 k oznámení a obsahují následující položky:

Záruky a odškodnění, jejichž platnost vyprší 22. června 2008

Obsah	Limitování částky
Žaloba na prohlášení smlouvy týkající se prodeje AGB1 ve prospěch GECG za neplatnou, podaná 27. července 1998 u Krajského obchodního soudu v Praze Václavem Sládkem proti AGB v likvidaci a kupujícímu; a ve spojení s minoritními akcionáři AGB jako vedlejšími žalujícími stranami. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žaloba na prohlášení smlouvy týkající se prodeje AGB1 ve prospěch GECB za neplatnou, podaná 22. června 2001 u Krajského obchodního soudu v Praze Petrem Maurem, Františkem Vysloužilem, Pavlem Tykačem, Karlem Tománkem, Pavlem Šimkem a Tomášem Fohlerem proti AGB v likvidaci, kupujícímu a Jiřímu Klumparovi; a ve spojení s minoritními akcionáři AGB jako vedlejšími žalujícími stranami. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žaloba na prohlášení smlouvy o prodeji AGB1 za neplatnou, podaná 18. června 2002 u Městského soudu v Praze HZ Praha, spol. s.r.o. proti AGB v likvidaci, kupujícímu a Jiřímu Klumparovi. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Žádost o registraci prodeje AGB1 v Obchodním rejstříku, podaná 18. října 1999, u které je žadatelem současná AGB v likvidaci a ke které se pražský Městský úřad státního zástupce připojil jako strana řízení. (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů
Případný nárok na odškodnění týkající se platnosti či legitimnosti prodeje AGB1 ve prospěch kupujícího, uplatněný: <ul style="list-style-type: none"> <li>— Prodávajícím, ČNB nebo akcionářem, likvidátorem, konkursním správcem, auditorem nebo nuceným správcem prodávajícího</li> <li>— Členem podnikového orgánu prodávajícího nebo kupujícího</li> <li>— Zaměstnancem, vypůjčovatelem, klientem, půjčovatelem nebo věřitelem prodávajícího nebo kupujícího</li> <li>— Dědicem, právním nástupcem nebo nabyvatelem, likvidátorem, konkursním správcem, správcem k převzetí majetku, svěřeneckým správcem nebo nuceným správcem (respektive osobou, která má podobné pravomoci), nebo sdružením jednoho nebo více výše uváděných jednotlivých funkcí nebo subjektů, nebo</li> <li>— Českým státním zástupcem, českým kriminálním orgánem nebo českým daňovým orgánem, který má nad prodávajícím nebo kupujícím pravomoc.</li> </ul> (Odškodnění je založeno na článku 4.1 Smlouvy o odškodnění)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů

Záruky a odškodnění, jejichž platnost vyprší 22. června 2010

Obsah	Limitování částky
Daně: AGB ujišťuje, že (i) splnila příslušné požadavky na daň vybíranou srážkou, předepsanou na základě všech platných zákonů, (ii) že oznámila kupujícímu existenci všech daní, které jsou podle nároků daňového orgánu splatné a dlužné ze strany AGB, (iii) že není v běhu žádný daňový audit, nebo že podle vědomostí AGB nehrozí v souvislosti s nějakými daněmi, splatnými ze strany AGB, (iv) že se nedopustila ani nedopouští porušování nějakého použitelného daňového zákona, což by navodilo vznik závazku pro kupujícího a (v) že kupujícímu nebude uložena v souvislosti s uskutečněním předpokládaných transakcí žádná daň. Článek 2.14(c) a (d)	Souhrnný limit CZK 2 000 milionů
Daně v souvislosti s transakcí: AGB ujišťuje, že v důsledku uskutečnění prodeje nebudou kupujícímu předepsány žádné daně. Článek 2.14(e)	Souhrnný limit CZK 15 000 milionů

40. Tato limitovaná žádost o posouzení tedy nepostihuje ostatní záruční úmluvy podle ‚Záruk a odškodnění‘, jakož i ‚opce s právem prodeje‘.
41. Především je třeba konstatovat, že podle prozatímního mechanismu z Přílohy IV.3 Aktu o přistoupení neplatí pro přistupující země povinnost oznamovat opatření. Vzhledem k jejich potenciálnímu zařazení na seznam existujících podpor ve smyslu článku 88(1) Smlouvy o založení ES se přistupující země mohou samy rozhodnout, která opatření budou chtít oznámit.
42. Komise nicméně soudí, že záruční úmluvy oznámené na účelem rozhodnutí Komise jsou neoddělitelně svázány s ostatními ‚Zárukami a odškodněními‘, které české orgány vyřadily z působnosti své žádosti o posouzení. Všechna práva a povinnosti, která jsou vymahatelná podle záručních úmluv, ať už spadají či nespádají do žádosti o posouzení, vyplývají ze stejných smluv: z ‚Listiny záruk‘ a ‚Smlouvy o odškodnění‘. Proto je neleželo uměle oddělovat. V důsledku toho bude Komise posuzovat veškeré ‚Záruky a odškodnění‘ v jejich úplnosti.
43. Oproti tomu ‚opce s právem prodeje‘ tvoří odlišnou úmluvu, uzavřenou příslušnými stranami zvlášť. Proto Komise považuje toto opatření za samostatné, které je možné oddělit od ostatních opatření. Protože se Česká republika rozhodla toto opatření neoznámit, nebude tedy ‚opce s právem prodeje‘ při stávajícím posuzování projednávána a nebude k ní přijímáno rozhodnutí.

## V. POSOUZENÍ

### 1. Použitelnost po přistoupení

#### 1.1. Právní rámec – Procedura ‚prozatímního mechanismu‘

44. Příloha IV.3 Aktu o přistoupení stanovuje proceduru ‚prozatímního mechanismu‘. Ta představuje právní rámec pro posuzování režimů podpor a individuálních podpůrných opatření, které nabyly účinnosti v novém členském státě přede dnem přistoupení a jsou po přistoupení nadále použitelné; tento postup platí pro ty režimy a opatření, které ještě nebyly zahrnuty do seznamu ‚existujících podpůrných‘ opatření, připojeném k Příloze IV a které nabyly účinnosti od 10. prosince 1994 dále. Opatření, která jsou použitelná po přistoupení a která nabyly účinnosti před 10. prosincem, jsou považována při přistoupení za existující podporu ve smyslu článku 88(1) Smlouvy o založení ES. V této souvislosti je relevantním kritériem právně závazný akt, kterým se kompetentní vnitrostátní orgány zavázaly poskytnout podporu<sup>(4)</sup>.
45. V rámci prozatímního mechanismu se slučitelnost podpůrných opatření, použitelných po přistoupení, se společným trhem musí nejdříve posuzovat na úrovni vnitrostátního orgánu, odpovědného za dohled nad státní podporou (v České republice to je Úřad pro ochranu hospodářské soutěže (OPC)).
46. ‚Státní orgán pro dohled‘ může hledat právní jistotu tak, že předmětná opatření oznámí Evropské komisi. Na základě tohoto oznámení bude pak Komise posuzovat slučitelnost oznámených opatření se společným trhem.

<sup>(4)</sup> Rozhodnutí Soudu první instance ze 14. ledna 2004 v případě T-109/01 *Fleuren Compost v Komise* nyr, odstavec 74.

47. Když bude mít Komise vážné pochybnosti o slučitelnosti oznámených opatření s *acquis communautaire*, může do třech měsíců ode dne, kdy obdržela kompletní oznámení, vznést své námítky.
48. Jestliže naopak Komise do této lhůty své námítky nevznese, bude se mít za to, že oznámená opatření představují existující podporu ode dne přistoupení.

#### Podpůrná opatření, která nejsou použitelná po přistoupení

49. Podpůrná opatření, která nejsou použitelná po přistoupení, nemůže Komise na základě postupů předepsaných v článku 88 přezkoumávat. Protože cestou prozatímního mechanismu se pouze zjišťuje, zda dané opatření znamená existující podporu z hlediska postupů při poskytování státních podpor po přistoupení, nevyžaduje na Komisi, ani ji nezmocňuje k přezkoumávání podpůrných opatření, která nejsou po přistoupení použitelná.
50. Na základě nastíněného právního rámce má tedy zásadní význam první posouzení, zda jsou oznámená opatření použitelná po přistoupení.
51. Jen ta opatření, která mohou i po přistoupení vést k poskytnutí další podpory nebo ke zvýšení částky už poskytnuté podpory, se mohou na základě prozatímního mechanismu kvalifikovat pro statut existující pomoci – pokud přitom splňují příslušné podmínky a mohou se tudíž stát předmětem tohoto mechanismu. Na druhé straně platí, že prozatímní mechanismus nemá žádný smysl v případě podpůrných opatření, která už byla s konečnou platností a bezpodmínečně poskytnuta ve stanovené částce ještě před přistoupením. Pro rozhodnutí, zda tomu tak opravdu je, je i zde relevantním kritériem právně závazný akt, kterým se příslušné vnitrostátní orgány zavázaly podporu poskytnout.
52. Tento výklad je v souladu s cílem, účelem a logikou prozatímního mechanismu a kontroly nad státní podporou obecně. Kromě toho s ohledem na zjišťování bezprostředního ekonomického dopadu takových státních intervencí platí, že nové opatření musí být posuzováno v okamžiku, kdy je podpora poskytována. Právní závazek státu je tím hlavním, co souvisí s poskytnutím podpory, nikoli její pouhé vyplacení. Jakákoli platba, současná či budoucí, prováděná na základě právního závazku, představuje akt prosté realizace a nelze ji vykládat jako novou či další podporu. Proto podle Komise musí být k tomu, aby bylo opatření posouzeno jako použitelné po přistoupení, prokázáno, že je schopno přinést další výhodu, která nebyla známa, nebo která nebyla přesně známa, když byla podpora poskytnuta.
53. Na základě tohoto kritéria Komise považuje za použitelná po přistoupení následující podpůrná opatření:
  - Jakékoli podpůrné režimy, které nabyly účinnosti přede dnem přistoupení a na jejichž základě a bez potřeby dalších prováděcích opatření mohou být poskytovány po přistoupení individuální podpory podnikům definovaným v rámci aktu obecným a abstraktním způsobem;
  - Podpora, která není svázána s konkrétním projektem a která je poskytnuta před přistoupením jednomu nebo několika podnikům na dobu neurčitou a/nebo v nedefinované částce;
  - Individuální podpůrná opatření, u nichž není ke dni poskytnutí podpory známo přesné vystavení státu ekonomickým závazkům (to bylo blíže vysvětleno v dopise Komise českým orgánům z 19. března 2004).
54. Ve svém dopise ze 4. srpna 2003, zaslaném Misi České republiky u EU, informovaly složky Komise Českou republiku, jak chápou pojem „použitelné po přistoupení“ v souvislosti s individuálními podpůrnými opatřeními:
55. „Individuální podpůrná opatření, jak jsou definována v článku 1 (e) procedurálního nařízení, jsou považována za „použitelná po přistoupení“, jestliže pravděpodobně zvýší závazky státu po dni přistoupení. GŘ pro hospodářskou soutěž soudí, že tato podmínka by měla jmenovitě platit v případě osvobození od nebo snížení povinných poplatků (např. osvobození nebo snížení daní, povinných příspěvků na sociální zabezpečení), pokud tyto výhody platí nadále po přistoupení, dále v případě záruk nebo finančních nástrojů, jako jsou úvěrové linky a „čerpací práva“, jejichž platnost pokračuje po dni přistoupení. Ve všech takových případech mohou být předmětná opatření považována za nadále použitelná po přistoupení; přestože bylo opatření oficiálně přijato, v době poskytnutí podpory není celkový závazek plynoucí z toho pro stát znám.“
56. Komise považuje individuální opatření za použitelná po přistoupení ve smyslu Přílohy IV.3 Aktu o přistoupení, jestliže ke dni poskytnutí pomoci není přesně známa hrozba ekonomických závazků pro stát a ke dni přistoupení je stále neznáma.

57. V případě záruk musí být splněny následující podmínky, aby bylo dané opatření považováno za nepoužitelné po přistoupení.
- Rizika jsou přesně definována a zahrnuta do kompletního seznamu, který byl uzavřen ke dni přistoupení.
  - Existuje celkový strop pro splatné částky.
  - Spor se týká událostí, které se udály přede dnem poskytnutí náhrady škod a nikoli nějakých budoucích událostí.

#### 1.2. Individuální opatření

58. ‚Záruka pro vkladatele‘: Záruka pro vkladatele, kterou ČNB ručila za závazky všem ručitelům AGB, převzala po prodeji AGB1 ve prospěch GECB právě GECB. Jestliže ale GECIH využije na základě ‚Smlouvy o opci s právem prodeje‘ tuto svou opci, může být ČNB opět podle Záruky vkladatelům odpovědná. Nicméně podle Záruky pro vkladatele zůstává jen jeden nárok, který je jasně definovaný. Komise proto považuje potenciální hrozbu z toho plynoucí za jasně definovanou před přistoupením a předmětné opatření za nepoužitelné po přistoupení.
59. ‚Podpora na posílení likvidity‘: ČNB poskytla AGB úvěrový limit v konečné výši CZK 22.500 milionů. Tato podpora na posílení likvidity skončila v září 1998. Předpokládalo se, že tento závazek by měla AGB splatit z výnosů likvidačního procesu do 31. prosince 2004. Protože podpora na posílení likvidity byla ukončena v září 1998, nevede už k žádnému dalšímu ohrožení České republiky. Splátky z výnosů likvidačního procesu hrozbu pro Českou republiku jen zmírní. Proto není toto opatření považováno za použitelné po přistoupení.
60. ‚Neúspěšný pokus o navýšení kapitálu AGB‘: V roce 1998 se dceřiná společnost ČNB, Česká finanční, pokusila zúčastnit na navýšení kapitálu v AGB zakoupením nových akcií za protihodnotu CZK 9.000 milionů. Částka CZK 9.000 milionů byla ve prospěch AGB zaplacená 6. dubna 1998, po soudním řízení a konečném rozhodnutí valné hromady akcionářů AGB kapitál nenavyšovat se ČNB pokusila vyplacené prostředky vymoci zpět. Pokusu o zpětné vymožení prostředků se ale v březnu 2004 vzdala.
61. Pokus o navýšení kapitálu AGB byl jednorázovým opatřením, které bylo uskutečněno před přistoupením a které už nezvyšuje hrozbu závazků pro Českou republiku. Rovněž pokus o zpětné vymáhání částky byl zastaven před přistoupením České republiky k Evropské unii. V tomto ohledu tedy platí, že hrozba závazků pro Českou republiku se nemůže po přistoupení dále zvýšit. V důsledku toho není neúspěšný pokus o navýšení kapitálu AGB, včetně pokusu o zpětné vymožení vyplacené částky považován za opatření použitelné po přistoupení.
62. ‚Kupní cena‘: Konečná kupní cena za koupi AGB1, kterou zaplatila GECG/GECIH, byla stanovena na CZK 304,154 milionů. Toto opatření nevede k žádnému dalšímu ohrožení České republiky. V důsledku toho není považováno za použitelné po přistoupení.
63. ‚Zvýšení kapitálu v GECB‘: V červenci 1998 upsala ČNB deset nových akcií GECB a zaplatila za ně CZK 19.717,5 milionů. Šlo o jednorázové opatření, které nepovede k nějakému dalšímu ohrožení České republiky. Proto je považováno za nepoužitelné po přistoupení.
64. ‚Záruky a odškodnění‘: Ve ‚Smlouvě o odškodnění‘ přijala ČNB zpět závazky učiněné AGB jako podávajícím AGB1 v ‚Listině záruk‘. Obě smlouvy obsahují různé záruční úmluvy ve prospěch GECB a GECIH.
65. Následující záruční úmluvy ‚Listiny záruk‘, jak jsou sumarizovány v položkách č. A.1-A.18 v Příloze 23, tj.: článek 2.2 (Organizace), článek 2.3 (Integrované investice a AVE Leasing), článek 2.4 (Souhlasy), článek 2.5 (Bez porušování), článek 2.6 (Finanční výkazy), článek 2.9 (Půjčky), článek 2.10 (Nemovitý majetek), článek 2.11 (Hmotná aktiva), článek 2.12 (Smlouvy), článek 2.13 (Dodržování předpisů), článek 2.15 (Úmluvy o oddělení práv), článek 2.16 (Zaměstnanci, programy zaměstnanek-kých výhod), článek 2.17 (Pojištění), článek 2.18 (Soudní spory), článek 2.19 (Práva k duševnímu vlastnictví), článek 2.21 (Vytvoření Nové Agrobanky a Staré Agrobanky), článek 2.23 (Makléř a zprostředkovatelé), článek 2.7 (Žádná neohlášená pasiva) už přestaly platit k 22. červnu 2001. Po přistoupení České republiky k Evropské unii se proto prostřednictvím těchto záruk nezvyšuje hrozba závazků pro Českou republiku. Komise proto považuje tyto specifické záruky za nepoužitelné po přistoupení.

## Nekompletní seznam

66. V případě záručních úmluv, jejichž platnost nevypršela před přistoupením, musí být splněny podmínky předepsané výše v článku V.1.1, aby mohlo být záruky považovány za nepoužitelné po přistoupení. Jmenovitě musí být přesně definován rozsah působnosti záruk, a to prostřednictvím kompletního seznamu nároků.
67. České orgány předložily seznam nároků v Příloze 23. České orgány ale přitom výslovně konstatovaly, že seznam není kompletní. V důsledku toho má Komise vážné pochybnosti, zda je toto kritérium splněno.

## Nedostatečně přesná definice rizik

68. Jiným kritériem pro označení záruky za nepoužitelnou po přistoupení je to, že příslušná rizika pro přistupující zemi jsou přesně definována. Komise soudí, že České republice hrozící rizika nejsou prostřednictvím ‚Záruk a odškodnění‘, jejichž platnost neskončila před přistoupením, dostatečně definována.
69. Například v případě odškodnění za soudní spor, který negativně poznamenal bankovní činnost podle článku 5.1(a)(i), se může hrozba závazků pro Českou republiku zvýšit, protože nelze předvídat, kolik nároků může vzniknout na základě abstraktních podmínek ustanovení. Komise se proto domnívá, že rizika ohrožující Českou republiku nejsou přesně definována a dané opatření je použitelné po přistoupení. Stejně argumenty platí pro všechna ostatní opatření, uváděná českými orgány v Příloze 23, včetně těch záručních úmluv, na které se české orgány pokoušejí omezit svou žádost o rozhodnutí cestou procedury prozatímního mechanismu.
70. V případě daňových nároků v článku 2.14(c), (d) a článku 2.14(e) ‚Listiny záruk‘ se může hrozba závazků pro Českou republiku po přistoupení zvýšit. Ustanovení týkající se daňových záruk nespecifikují individuální události, které by mohly spustit proces odškodnění. Výsledkem je navíc to, že potenciální hrozbu pro Českou republiku, plynoucí z těchto událostí, není možné vyčíslit.
71. Také v případě článku 4.1 ‚Smlouvy o odškodnění‘ není riziko hrozící České republice dostatečně definováno. České orgány uvádějí v rámci tohoto ustanovení pět ‚nároků‘. Čtyři z nich se týkají konkrétních soudních řízení stran článku 4.1 ‚Smlouvy o odškodnění‘. Pátý nárok popisuje abstraktním způsobem procedury, které mohou podle článku 4.1 vzniknout a které mohou přinést další nároky. Nelze proto určit, kolik nároků může celkem vzniknout na základě článku 4.1 ‚Smlouvy o odškodnění‘. V důsledku toho Komise soudí, že rizika hrozící České republice nejsou přesně definována.

## Nedostatečně stanovený strop pro splatné částky

72. Záruky uváděné českými orgány jsou předmětem různých stropů, které limitují maximální hrozbu závazku pro Českou republiku podle jednotlivých záruk. Ovšem GECIH může využít ‚opci s právem prodeje‘, pokud ČNB odmítne nějakou platbu překračující částku CZK 2.000 milionů. ‚Opce s právem prodeje‘ by tedy mohla zrušit platnost stropů příslušných pro ‚Záruky a odškodnění‘.
73. Vcelku podle záručních úmluv, jejichž platnost nevypršela před přistoupením, není hrozba závazku pro Českou republiku přesně definována, do kompletního seznamu, uzavřeného ke dni přistoupení, nejsou zahrnuty všechny potenciální nároky a nároky postrádají dostatečně jistý strop.
74. ‚Opce s právem prodeje‘: V případě, že koupě AGB1 je prohlášena za nulovou nebo je shledána neplatnou nebo reverzovanou, GECIH může uplatnit opci s právem prodeje s tím, že ČNB bude povinna koupit všechny akcie GECB. Totéž platí, pokud se ČNB rozhodne neprovést platby týkající se ‚záruk a odškodnění‘ překračující částku CZK 2 000 milionů. V tomto případě bude muset být určena kupní cena akcií v GECB a může se jednat buď o reverzní částku, hodnotu čistých aktiv, nebo poctivou tržní hodnotu GECB, aniž by byl brán zřetel na událost, která spustila právo uplatnit ‚opci s právem prodeje‘.
75. Komise soudí, že potencionální hrozba pro Českou republiku není dostatečně definována. Jmenovitě pak to, že cena, kterou ČNB musí zaplatit, se liší v závislosti na faktorech, které jsou nepředvídatelné, včetně toho, že událost, která spouští právo uplatnit opci s právem prodeje, není při výpočtu ceny brána v úvahu. Komise tedy soudí, že hrozba pro Českou republiku není před přistoupením jasně definována a že opce s právem prodeje je použitelná po přistoupení.

### 1.3. Závěry

76. Komise proto soudí, že:

a) následující opatření nejsou použitelná po přistoupení:

- ‚Záruka pro vkladatele‘,
- ‚Podpora na posílení likvidity‘,
- ‚Neúspěšný pokus o navýšení kapitálu AGB‘,
- ‚Kupní cena‘,
- ‚Zvýšení kapitálu v GECB‘
- ‚Záruky a odškodnění‘, jak jsou sumarizovány v položkách č. A.1-A.18 v Příloze 23 k Plánu záchrany a restrukturalizace, tj.: článek 2.2 (Organizace), článek 2.3 (Integrované investice a AVE Leasing), článek 2.4 (Souhlasy), článek 2.5 (Bez porušování), článek 2.6 (Finanční výkazy), článek 2.9 (Půjčky), článek 2.10 (Nemovitý majetek), článek 2.11 (Hmotná aktiva), článek 2.12 (Smlouvy), článek 2.13 (Dodržování předpisů), článek 2.15 (Úmluvy o oddělení práv), článek 2.16 (Zaměstnanci, programy zaměstnaneckých výhod), článek 2.17 (Pojištění), článek 2.18 (Soudní spory), článek 2.19 (Práva k duševnímu vlastnictví), článek 2.21 (Vytvoření Nové Agrobanky a Staré Agrobanky), článek 2.23 (Makléř a zprostředkovatelé), článek 2.7 (Žádná neohlášená pasiva).

b) Ostatní ‚Záruky a odškodnění‘ jsou opatření, která jsou použitelná po přistoupení.

## 2. Státní podpora ve smyslu článku 87(1) Smlouvy o založení ES

77. Podle článku 87(1) Smlouvy o založení ES se jedná o státní podporu, jestliže podporu poskytl členský stát nebo byla poskytnuta prostřednictvím státních prostředků jakýmkoli způsobem, který narušuje nebo hrozí narušením hospodářské soutěže zvýhodněním určitých podniků nebo výroby určitého zboží a který nepříznivě ovlivňuje obchod mezi členskými státy.
78. Prostřednictvím ‚Smlouvy o odškodnění‘ ČNB jako veřejný subjekt ručí za závazky AGB vůči GECB a GECIH. Z toho vyplývá, že záruční úmluvy vyžadují zapojení státních prostředků.
79. Komise soudí, že záruční úmluvy podle ‚Záruk a odškodnění‘ zvýhodňují GECB a GECIH. České orgány zasáhly s cílem usnadnit prodej soukromé banky jinému soukromému podniku. České orgány nebyly vlastníky banky a kupní cena za AGB1 byla zaplácena ve prospěch AGB. Kupní cena proto žádným způsobem nekompenzuje platby provedené českými orgány. České orgány a jmenovitě ČNB nebyly povinovány podpořit závazky přijaté ze strany AGB. V rozporu s názorem českých orgánů není možné takové jednání považovat za jednání v souladu s principem tržního investora.
80. Před vyhlášením nucené správy byla AGB pátou největší bankou a vůbec největší soukromou bankou v České republice. Po prodeji AGB1 je GECT nadále aktivní po celé České republice a patří do skupiny GE, která je globálním aktérem. České orgány samy uvádějí, že banky z EU podrobně sledovaly český trh kvůli investičním účelům v prvý čas. Kdyby byla AGB likvidována, pravděpodobně by mohly být jiné evropské banky s to, získat pro sebe činnost, kterou si zachovala GECB. S ohledem na všechny tyto skutečnosti Komise soudí, že záruční úmluvy narušují hospodářskou soutěž a nepříznivě ovlivňují obchod mezi členskými státy.
81. Záruční úmluvy, jejichž platnost nevypršela před přistoupením a které uzavřela ČNB ve prospěch AGB, GECB a GECIH, jsou proto považovány za státní podporu ve smyslu článku 87(1) Smlouvy o založení ES.

## 3. Odchyly podle článku 87(2) a (3) Smlouvy o založení ES

82. Protože ty ‚Záruky a odškodnění‘, jejichž platnost nevypršela před přistoupením, jsou považovány za použitelné po přistoupení a představují státní podporu ve smyslu článku 87(1) Smlouvy o založení ES, nebylo v jejich případě prováděno posouzení slučitelnosti podle článku 87(2) a (3) Smlouvy o založení ES.

83. Výjimky v článku 87(2) Smlouvy o přistoupení se nezadí být použitelné na daný případ, protože předmětná podpůrná opatření nemají sociální povahu, jsou poskytována ve prospěch individuálních spotřebitelů, nesměřují k odstranění škod způsobených přírodními pohromami nebo mimořádnými událostmi, ani nepředstavují podporu poskytnutou ve prospěch ekonomiky určitých oblastí Spolkové republiky Německo, postižených jejím rozdělením.
84. Další výjimky jsou stanoveny v článku 87(3)(a), (b) a (c) Smlouvy o založení ES.
85. Protože primárním cílem podpory je obnova dlouhodobé životaschopnosti podniku, který má potíže, přichází v úvahu jen výjimka podle článku 87(3)(c) Smlouvy o založení ES, kterou se povoluje státní podpora poskytnutá na rozvoj určitých hospodářských sektorů, pokud tato podpora nepříznivě neovlivní podmínky obchodu způsobem, který by byl v rozporu se společným zájmem.

### 3.2 1994 pokyny k RR (záchrana a restrukturalizace)

86. Stávající komunitární pokyny ke státní podpoře na záchranu a restrukturalizaci firem, které mají potíže<sup>(5)</sup> (Pokyny 1999), nabývaly účinnosti 9. října 1999. Pro opatření vyhlášená před 9. říjnem 1999 předepisují komunitární pokyny ke státní podpoře na záchranu a restrukturalizaci firem v potížích<sup>(6)</sup> (Pokyny 1994<sup>7</sup>) podmínky, za nichž bude taková podpora považována za slučitelnou. Úmluvy o „Zárukách a odškodnění“ byly podepsány 21. a 22. června 1998<sup>(7)</sup>. Komise proto soudí, že v daném kontextu platí Pokyny 1994.
87. Jak bylo výše vysvětleno, má Komise pravomoc přezkoumávat jen ta podpůrná opatření, která jsou považována za použitelná po přistoupení. České orgány nicméně oznámily opatření typu podpory na restrukturalizaci. Aby bylo možné posuzovat slučitelnost restrukturalizační podpory, bude nezbytné podívat se na pojetí restrukturalizace, jak je orgány schválily. Takto chápaná restrukturalizace, sestávající z různých opatření, byla financována nejasným způsobem celým souborem intervencí, schvalovaných orgány v rámci prodeje, bez ohledu na to, zda byly nebo nebyly použitelné. V důsledku toho je to právě celý komplet restrukturalizačních podpůrných opatření, který je třeba posuzovat podle kritérií slučitelnosti, předepsaných v Pokynech 1994, jako je obnova životaschopnosti, úměrnost podpory a zabránění zbytečnému narušení hospodářské soutěže.

### 3.3 Způsobilost firmy

88. Pokyny 1994 považují firmu za firmu v potížích, není-li schopna zotavit se pomocí vlastních prostředků nebo získáním prostředků, které potřebuje, od akcionářů nebo výpůjčkou.
89. V září 1996 vykazovala AGB ztráty ve výši CZK -8.487 milionů a zůstatek vlastního jmění CZK -5.476 milionů. Na základě těchto informací se zdá, že AGB nebyla schopna se zachránit bez státní intervence.
90. Kromě AGB je příjemcem „Záruk a odškodnění“ také GECB a její mateřská společnost GECIH. To navozuje otázku, zda GECB a GECIH mohou být považovány za firmy, které mají potíže.
91. GECB je společnost, která byla založena v roce 1998 pro účely akvizice AGB1. Jako nově vzniklý podnik by se GECB neměla kvalifikovat jako společnost, která je podle Pokynů 1994 oprávněná k podpoře. Navíc GECB patří ke GECIH a skupině GE, která potíže neměla. Komise má proto vážné pochybnosti, zda GECB a GECIH mohou být podle Pokynů 1994 považovány za firmy v potížích.

### 3.4 Podpora na záchranu a restrukturalizaci

92. Pokyny 1994 popisují podporu na záchranu jako opatření, která dočasně udržují postavení firmy, jež čelí výraznému zhoršování své finanční pozice. Taková opatření by zpravidla neměla pokračovat v platnosti po dobu delší jak šest měsíců. „Záruky a odškodnění“ ale dobu šesti měsíců překračují. Komise proto soudí, že tato podpora nesplňuje podmínky Pokynů 1994 pro podporu na záchranu.

### 3.5 Podpora na restrukturalizaci, plán restrukturalizace

93. Pokyny 1994 popisují podporu na restrukturalizaci jako podporu, která je součástí reálného, zpracovaného a dalekosáhlého plánu na obnovu dlouhodobé životaschopnosti firmy.

<sup>(5)</sup> Úř. věst. 288, 9.10.1999, s.2.

<sup>(6)</sup> Úř. věst. 355, 31.12.1995, s.1.

<sup>(7)</sup> Také všechna ostatní oznámená opatření byla přijata před 9.10.1999.

94. Restrukturalizační plán, předaný jako součást oznámení, nese datum prosinec 2003. V roce 1996, kdy české orgány zahájily uskutečňování intervencí zaměřených na AGB, komplexní plán restrukturalizace AGB neexistoval. České orgány přijaly řadu ad-hoc opatření a musely se přizpůsobit skutečnosti, že ztráty AGB byly větší, než očekávaly. Komise má proto vážné pochybnosti, zda ‚Záruky a odškodnění‘ patří do jednotného, propracovaného plánu na restrukturalizaci AGB.

#### Obnovení životaschopnosti

95. Aby mohlo být opatření podle Pokynů 1994 považováno za slučitelné, je nutné, aby plán restrukturalizace definoval nástroje, jejichž prostřednictvím bude v přiměřeném časovém rozpětí obnovena dlouhodobá životaschopnost a zdraví firmy. Musí to být provedeno na základě realistických předpokladů, co do budoucích provozních podmínek.
96. V daném případě jde o opatření, která byly přijata v minulosti. V principu by Komise měla situaci hodnotit v okamžiku, kdy byla podpora poskytnuta a zvažovat, zda byl přesně v tomto časovém okamžiku plán proveditelný. Protože ale tehdy žádný plán vyhlášen nebyl, může Komise provést jen faktické posouzení ve světle stávající situace firmy.
97. Na základě informací, které Komise obdržela, dospěla k předběžnému názoru, že bankovní činnost AGB byla úspěšně obnovena.

#### Vyhnout se zbytečnému narušení hospodářské soutěže

98. Pole Pokynů 1994 je další podmínkou, aby se příslušná opatření vyhnula, nakolik to je možné, nepříznivému ovlivnění hospodářské soutěže.
99. České orgány uvedly, že nápravné kroky AGB sestávaly ze snahy dosáhnout likvidity vlastních aktiv AGB, aby bylo možné v maximální možné míře pokrýt únik vkladů v průběhu nucené správy. Tato snaha měla zahrnovat prodej některých dceřiných společností AGB ve prospěch Raiffaisen Bank. Vedlo by to ke snížení tržního podílu AGB a také ke snížení stavu pracovníků AGB.
100. V případě GECB a GECIH zmiňují české orgány mezi nápravnými kroky kupní cenu zaplacenou za AGB1 a záruky jimi poskytnuté v ‚Listině záruk‘. Jmenovitě pak to, že GECIH měla na sebe převzít závazky ČNB podle ‚Záruky pro vkladatele‘.
101. Kromě toho je hodnota GECB v případě využití ‚opce s právem prodeje‘ zmiňována jako příspěvek investora. Nakonec je tu také zvláštní příspěvek skupiny GE Capital Group ve formě zpět získané reputace. Skutečnost, že se GE Capital Group stala investorem bankovní činnosti AGB, měla sama o sobě obnovit mezi věřiteli AGB1 vysokou úroveň důvěryhodnosti.
102. Hodnota různých snah, které vyvíjela AGB a nabyvatel, není vyčíslena a navíc má Komise vážné pochybnosti v tom smyslu, že tato opatření jdou za hranice toho, co bylo nezbytné pro restrukturalizaci bankovní činnosti AGB a zahrnují kompenzační opatření pro konkurenty.

#### Podpora úměrná nákladům na restrukturalizaci a jejím přínosům

103. Výše a míra podpory se musí omezovat na striktní minimum, potřebné k tomu, aby byla možná restrukturalizace firmy. Proto se očekává, že příjemci podpory sami významně přispějí na restrukturalizaci z vlastních prostředků nebo cestou externího komerčního financování.
104. České orgány tvrdí, že GECB uskutečnila několik investic a praktických restrukturalizačních kroků. Jmenovitě měla GECB zaplatit CZK 206 milionů, určených hlavně na úhradu redundantních nákladů. Navíc v období 1998 až 2002 prováděla další přímé investice v celkové výši CZK 2.040 milionů. Tyto investice se měly týkat implementace určitých nových a rozvoje starších informačních a bankovních systémů a byly zaměřeny na krytí potřebných nákladů na hardware, jakož i na rozvoj sítě pokladních automatů a poboček. GECB měla údajně rovněž investovat do optimalizace sítě poboček, školení personálu, podpory managementu a transferu know-how.
105. Komise má vážné pochybnosti, zda je možné tyto investice chápat jako příspěvek investora k restrukturalizaci AGB. Komise považuje tyto investice spíše za výdaje v rámci normálního chodu činnosti GECB s cílem optimalizovat přínosy.
106. Navíc má Komise na základě informací poskytnutých českými orgány vážné pochybnosti, zda se podpora striktně omezila na výši, nezbytnou pro restrukturalizaci AGB. Díky podpoře poskytnuté českými orgány dosáhla GECB velmi vysoké kapitálové přiměřenosti (74 % v roce 1999, 48 % v roce 2000, 41 % v roce 2001 a 30 % v roce 2002), což vyvolává vážné pochybnosti o úměrnosti podpory nákladům a přínosům restrukturalizace.

## VI. ČLÁNEK 46(2) EVROPSKÉ DOHODY

107. Článek 46(2) Evropské dohody stanovuje, že:  
,V případě finančních služeb, popisovaných v Příloze XVIa, není tato dohoda na újmu práva smluvních stran přijímat opatření, nezbytná pro uskutečňování monetární politiky smluvní strany, nebo z důvodů opatrnosti s cílem zaručit tak ochranu investorů, vkladatelů, držitelů dluhopisů nebo osob, vůči kterým platí fiduciární povinnost, respektive s cílem zajistit integritu a stabilitu finančního systému. Tato opatření se nebudou dopouštět národnostní diskriminace společností a občanů druhé smluvní strany v porovnání s vlastními společnostmi a občany’.
108. České orgány uvádějí, že oznámená opatření měla řešit bankovní krizi v České republice a jsou přesvědčeny, že na daný případ by měl být použit článek 46(2) Evropské dohody, aby tak byla ospravedlněna opatření zavedená ve prospěch AGB/GECB.
109. Komise má ale vážné pochybnosti, zda může být v tomto kontextu použit článek 46(2) Evropské dohody.
110. Především má Komise vážné pochybnosti, zda se článek 46(2) Evropské dohody vůbec na opatření státní podpory vztahuje, protože je součástí ‚ustavující kapitoly‘ Evropské dohody, zatímco ustanovení týkající se státních podpor jsou uváděna v článku 64 a následujících článcích Evropské dohody.
111. Kromě toho má Komise vážné pochybnosti, zda jsou splněny samotné podmínky článku 46(2) Evropské dohody. Článek 46(2) Evropské dohody povoluje opatření týkající se monetární politiky nebo institutu důvody opatrnosti. Komise soudí, že kvůli tomu se přípustná opatření omezují na opatření s obecným rozsahem použití, která byla přijata orgánem pro finanční dohled.
112. Komise je přesvědčena, že záruční úmluvy představují individuální opatření ve prospěch AGB/GECB a GECIH, která není možno považovat za nástroje k řešení bankovní krize v České republice. I když celý balík opatření mohl být zamýšlen jako prostředek proti útoku na vklady v bance a proti všeobecné krizi českého bankovního systému, má Komise vážné pochybnosti, zda ‚Záruky a odškodnění‘ byly navíc ke všem ostatním zavedeným opatřením pro dosažení tohoto cíle nezbytné.

## VII. ZÁVĚR

Na základě toho rozhodla Komise takto:

- následující opatření ve prospěch Agrobanky Praha, a.s./ GE Capital Bank, a.s., jak byla oznámena Českou republikou v rámci prozatímního mechanismu podle Přílohy IV.3 Aktu o přistoupení, nejsou použitelná po přistoupení: ‚Záruka pro vkladatele‘, ‚Podpora na posílení likvidity‘, ‚Neúspěšný pokus navýšit kapitál AGB‘, ‚Zvýšení kapitálu v GECB‘, jakož i ‚Záruky a odškodnění‘, která jsou sumarizována formou položek č. A.1-A.18 Přílohy 23 k Plánu záchrany a restrukturalizace, tj. článku 2.2 (Organizace), článku 2.3 (Integrované investice a AVE Leasing), článku 2.4 (Souhlasy), článku 2.5 (Bez porušování), článku 2.6 (Finanční výkazy), článku 2.9 (Půjčky), článku 2.10 (Nemovitý majetek), článku 2.11 (Hmotná aktiva), článku 2.12 (Smlouvy), článku 2.13 (Dodržování předpisů), článku 2.15 (Úmluvy o oddělení práv), článku 2.16 (Zaměstnanci, programy zaměstnaneckých výhod), článku 2.17 (Pojištění), článku 2.18 (Soudní spory), článku 2.19 (Práva k duševnímu vlastnictví), článku 2.21 (Vytvoření Nové Agrobanky a Staré Agrobanky), článku 2.23 (Makléř a zprostředkovatelé), článku 2.7 (Žádná neohlášená pasiva)
- ve světle předchozích skutečností Komise na základě postupu stanoveného v článku 88(2) Smlouvy o založení ES žádá Českou republiku o sdělení údajů, které by mohly napomoci k posouzení zbývajících ‚Záruk a odškodnění‘, a to do jednoho měsíce ode dne přijetí tohoto dopisu.

Žádá vaše orgány, aby ihned zaslaly kopii tohoto dopisu potenciálním příjemcům podpory.“

**Veröffentlichung der endgültigen Rechnungsabschlüsse der Agenturen und Einrichtungen für das Haushaltsjahr 2003**

(2004/C 292/04)

Die vollständige Veröffentlichung der endgültigen Rechnungsabschlüsse ist unter den folgenden Adressen veröffentlicht:

---

EUMC	<a href="http://eumc.eu.int">http://eumc.eu.int</a>
AESA	<a href="http://www.easa.eu.int">www.easa.eu.int</a>
EFIL	<a href="http://www.eurofound.eu.int/about/publicaccess/categories/finance/finance2004/index.htm">www.eurofound.eu.int/about/publicaccess/categories/finance/finance2004/index.htm</a>
EMSA	<a href="http://www.emsa.eu.int">www.emsa.eu.int</a>
EFSA	<a href="http://www.efsa.eu.int/about_efsa/efsa_funding/accounts/catindex_en.html">http://www.efsa.eu.int/about_efsa/efsa_funding/accounts/catindex_en.html</a>
AESS	<a href="http://agency.osha.eu.int/">http://agency.osha.eu.int/</a>
EMEA	<a href="http://www.emea.eu.int">www.emea.eu.int</a>
EAR	<a href="http://www.ear.eu.int">www.ear.eu.int</a>
ETF	<a href="http://www.etf.eu.int/WebSite.nsf/Pages/Annual+report?OpenDocument">http://www.etf.eu.int/WebSite.nsf/Pages/Annual+report?OpenDocument</a>
CDT	<a href="http://www.cdt.eu.int">www.cdt.eu.int</a>
CEDEFOP	<a href="http://www.cedefop.eu.int">www.cedefop.eu.int</a>
EEA	<a href="http://www.eea.eu.int">www.eea.eu.int</a>
OCVV	<a href="http://www.cpvo.eu.int/default.php?res=1&amp;w=1016&amp;h=571&amp;lang=en&amp;page=ocvv/financement.html">http://www.cpvo.eu.int/default.php?res=1&amp;w=1016&amp;h=571&amp;lang=en&amp;page=ocvv/financement.html</a>
OEDT	<a href="http://www.emcdda.eu.int/index.cfm?fuseaction=public.Content&amp;nNodeID=380&amp;sLanguageISO=EN">http://www.emcdda.eu.int/index.cfm?fuseaction=public.Content&amp;nNodeID=380&amp;sLanguageISO=EN</a>
OHMI	<a href="http://oami.eu.int/en/office/marque/finan.htm">http://oami.eu.int/en/office/marque/finan.htm</a>

---

# EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

## EMPFEHLUNG DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

vom 16. Juli 2004

**über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank im Bereich der Zahlungsbilanz, des Auslandsvermögensstatus sowie des Offenlegungstableaus für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität**

(EZB/2004/16)

(2004/C 292/05)

DER EZB-RAT —

gestützt auf die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, insbesondere auf Artikel 5.1 und Artikel 34.1 dritter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) umfassende und zuverlässige Statistiken zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus sowie das Offenlegungstableau für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität, in denen die Hauptpositionen ausgewiesen sind, die die monetäre Lage und die Devisenmärkte im Euro-Währungsgebiet beeinflussen. Die statistischen Anforderungen der Europäischen Zentralbank (EZB) in diesem Bereich sind in der Leitlinie EZB/2004/15 vom 16. Juli 2004 über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank im Bereich der Zahlungsbilanz, des Auslandsvermögensstatus sowie des Offenlegungstableaus für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität <sup>(1)</sup> festgelegt.
- (2) Artikel 5.1 Satz 1 der Satzung verpflichtet die EZB dazu, die zur Wahrnehmung der Aufgaben des ESZB erforderlichen statistischen Daten mit Unterstützung der nationalen Zentralbanken (NZBen) entweder von den zuständigen Behörden, die keine NZBen sind, oder unmittelbar von den Wirtschaftssubjekten einzuholen. Zu diesem Zweck arbeitet sie gemäß Artikel 5.1 Satz 2 mit den Organen und Einrichtungen der Gemeinschaft und den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder dritter Länder sowie mit internationalen Organisationen zusammen.
- (3) Die zur Erfüllung der Anforderungen der EZB im Bereich der Zahlungsbilanz- und Auslandsvermögensstatistik erforderlichen Daten können von den zuständigen Behörden, die keine NZBen sind, erhoben und/oder erstellt werden. Aus diesem Grunde ist gemäß Artikel 5.1 der Satzung für bestimmte, zur Erfüllung dieser Anforderungen wahrzunehmende Aufgaben die Zusammenarbeit zwischen der EZB bzw. den NZBen und den genannten zuständigen Behörden erforderlich. Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 2533/98 des Rates vom 23. November 1998 über die Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank <sup>(2)</sup> sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die organisatorischen Aufgaben im Bereich der Statistik wahrzunehmen und eng mit dem ESZB zusammenzuarbeiten, um die Erfüllung der sich aus Artikel 5 der Satzung ergebenden Pflichten sicherzustellen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 354 vom 30.11.2004.

<sup>(2)</sup> ABl. L 318 vom 27.11.1998, S. 8.

- (4) In den Fällen, in denen die Berichtspflichtigen gemäß nationalen Vorschriften und bewährter Berichtspraxis an andere zuständige Behörden, die keine NZBen sind, melden, müssen diese Behörden und ihre jeweiligen NZBen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die statistischen Anforderungen der EZB erfüllt werden. In Irland erfolgt die Erhebung und Erstellung der entsprechenden statistischen Daten durch das Central Statistics Office (CSO) und in Italien durch das Ufficio Italiano dei Cambi (UIC). Zur Erfüllung der statistischen Anforderungen der EZB sollten die Central Bank and Financial Services Authority of Ireland und das CSO sowie die Banca d'Italia und das UIC zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit sollte auch die Vereinbarung einer dauerhaften Datenübermittlungsstruktur umfassen, sofern das gleiche Ergebnis nicht bereits auf der Grundlage nationaler Rechtsvorschriften erzielt wird. Das UIC ist nach dem italienischen Decreto Legislativo Nr. 319/9 vom 26. August 1998 <sup>(1)</sup> eine ausführende Stelle der Banca d'Italia.
- (5) Gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Leitlinie EZB/2004/15 verwendet die EZB in den Fällen, in denen zuständige nationale Behörden, die keine NZBen sind, statistische Daten liefern, die als vertraulich gekennzeichnet sind, diese Daten ausschließlich zur Erfüllung von im Zusammenhang mit dem ESZB stehenden statistischen Aufgaben, es sei denn, die Berichtspflichtigen oder die betreffenden sonstigen juristischen oder natürlichen Personen, Rechtssubjekte oder Niederlassungen, von denen die Daten stammen, — vorausgesetzt, diese können als solche identifiziert werden — haben ausdrücklich ihre Zustimmung zur Verwendung solcher Daten zu anderen Zwecken gegeben.
- (6) Die Daten für die monatliche und vierteljährliche Zahlungsbilanzstatistik und für die vierteljährliche und jährliche Statistik zum Auslandsvermögensstatus, in denen die Hauptpositionen ausgewiesen sind, die die monetäre Lage und die Devisenmärkte im Euro-Währungsgebiet beeinflussen, sollten der Central Bank and Financial Services Authority of Ireland und der Banca d'Italia rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck sollten die erforderlichen statistischen Daten entsprechend den mit der jeweiligen NZB vereinbarten Modalitäten oder, wenn solche fehlen, im Fall der monatlichen Zahlungsbilanzstatistik bis zum 30. Arbeitstag nach dem Ende des Monats, auf den sich die Daten beziehen, im Fall der vierteljährlichen Zahlungsbilanzstatistik und der vierteljährlichen Statistik zum Auslandsvermögensstatus innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Quartals, auf das sich die Daten beziehen, und im Fall des jährlichen Auslandsvermögensstatus innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des Zeitpunkts, auf den sich die Daten beziehen, übermittelt werden.
- (7) Die zentralisierte Wertpapierdatenbank (Centralised Securities Database — CSDB), die künftig für viele verschiedene statistische (Erstellung und Aufbereitung) sowie nicht statistische (ökonomische Analyse, Analyse der finanziellen Stabilität und der operationalen Vorgänge) Zwecke verwendet wird, wird den NZBen zugänglich gemacht. Vorbehaltlich rechtlicher Auflagen wird der Dateninhalt zudem den zuständigen Behörden, die keine NZBen sind, zugänglich gemacht. Dies wird diese insbesondere bei der Aufbereitung der erforderlichen Daten für die Erstellung der Statistik über Transaktionen und Positionen des Euro-Währungsgebiets im Bereich der Wertpapieranlagen unterstützen. Durch die Kombination von Daten der CSDB mit Daten, die auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen erhoben wurden, sollte eine genaue Erstellung von Transaktionen und Positionen in Wertpapieranlagen, die von Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets begeben wurden und von Gebietsansässigen anderer Länder des Euro-Währungsgebiets gehalten werden, möglich sein. Dies wird letztlich die Erstellung einer Gliederung der Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen im Euro-Währungsgebiet nach Sektoren ermöglichen.
- (8) Es ist erforderlich, ein Verfahren zur effizienten Durchführung technischer Änderungen der Anhänge dieser Empfehlung zu entwickeln. Diese Änderungen dürfen jedoch weder den zugrunde liegenden konzeptionellen Rahmen ändern noch die Meldebelastung der Berichtspflichtigen in den Mitgliedstaaten berühren. Bei diesem Verfahren wird der Position des Ausschusses für Statistik des ESZB (Statistics Committee of the ESCB — STC) Rechnung getragen. Die NZBen und andere zuständige Behörden können technische Änderungen der Anhänge der vorliegenden Empfehlung über den Ausschuss für Statistik bzw. die betreffende Arbeitsgruppe vorschlagen.
- (9) Seit Verabschiedung der Empfehlung EZB/2003/8 vom 2. Mai 2003 über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank im Bereich der Zahlungsbilanz, des Auslandsvermögensstatus sowie des Offenlegungstableaus für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität <sup>(2)</sup>, wurden deutliche Fortschritte im Hinblick auf neue Anforderungen und Methoden zur Datenerhebung und -erstellung innerhalb des Euro-Währungsgebiets erzielt. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, die Empfehlung EZB/2003/8 durch die vorliegende Empfehlung zu ersetzen —

<sup>(1)</sup> Gazzetta ufficiale della Repubblica italiana, Nr. 206 vom 4.9.1998.

<sup>(2)</sup> ABl. C 126 vom 28.5.2003, S. 7.

HAT FOLGENDE EMPFEHLUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

#### **Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Empfehlung sind die nachfolgend aufgeführten Begriffe wie folgt zu verstehen:

- „teilnehmender Mitgliedstaat“: ein Mitgliedstaat, der die einheitliche Währung gemäß dem Vertrag eingeführt hat;
- „Gebietsansässiger“: der Begriff hat dieselbe Bedeutung wie in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 2533/98;
- „Euro-Währungsgebiet“: das Wirtschaftsgebiet der teilnehmenden Mitgliedstaaten und die EZB Gebiete, die zu Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gehören oder mit Letzteren assoziiert sind, werden in Anhang III, Tabelle 10 aufgeführt;
- „Eurosysteem“: die NZBen der teilnehmenden Mitgliedstaaten und die EZB;
- „grenzüberschreitende Transaktion“: jede Transaktion, die Forderungen oder Verbindlichkeiten vollständig oder teilweise begründet oder erfüllt, bzw. jede Transaktion, durch die ein Recht an einer Sache zwischen Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets und Gebietsfremden übertragen wird;
- „grenzüberschreitende Forderungen und Verbindlichkeiten“: der Bestand an finanziellen Forderungen und finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden. Grenzüberschreitende Forderungen und Verbindlichkeiten umfassen darüber hinaus auch i) Grund und Boden, materielle nicht produzierte Vermögensgüter sowie sonstiges unbewegliches Vermögen, die sich physisch außerhalb des Euro-Währungsgebiets und im Eigentum von Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets befinden bzw. die sich innerhalb des Euro-Währungsgebiets und im Eigentum von Gebietsfremden befinden; sowie ii) Gold und Sonderziehungsrechte (SZRe) im Besitz von Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets.

Die Begriffe „grenzüberschreitende Forderungen und Verbindlichkeiten“ und „grenzüberschreitende Transaktionen“ umfassen jedoch auch Positionen und Transaktionen in Forderungen bzw. Verbindlichkeiten von Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets gegenüber Gebietsansässigen anderer Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, soweit dies für die Erstellung der „Wertpapieranlagen“ und der „Vermögenseinkommen aus Wertpapieranlagen“ innerhalb der Zahlungsbilanzstatistik und der „Wertpapieranlagen“ innerhalb der Statistik über den Auslandsvermögensstatus, die das Euro-Währungsgebiet abdecken, erforderlich ist;

- „Währungsreserven“: hochgradig liquide und marktfähige Forderungen einwandfreier Bonität, die vom Eurosysteem gegenüber Gebietsfremden gehalten werden und auf Fremdwährung (d. h. nicht auf Euro) lauten. Sie umfassen darüber hinaus Gold, die Reservepositionen beim IWF sowie Sonderziehungsrechte (SZRe);
- „sonstige Fremdwährungsaktiva“: i) Forderungen des Eurosystems gegenüber Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets, die auf Fremdwährung (d. h. nicht auf Euro) lauten, sowie ii) auf Fremdwährung lautende Forderungen des Eurosystems gegenüber Gebietsfremden, die die Kriterien der Liquidität, Marktfähigkeit und einwandfreien Bonität nicht erfüllen;
- „reservenbezogene Verbindlichkeiten“: feststehende kurzfristige Netto-Abflüsse und kurzfristige Eventualnetto-Abflüsse innerhalb des Eurosystems, die den Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungsaktiva des Eurosystems ähnlich sind;
- „Zahlungsbilanz“: die Statistik, die in sachgemäßer Gliederung Auskunft über die grenzüberschreitenden Transaktionen während eines Berichtszeitraums gibt;
- „Offenlegungstableau für Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität“ (nachfolgend als „Offenlegungstableau“ bezeichnet): die Statistik, die in sachgemäßer Gliederung Auskunft über die Bestände an Währungsreserven, sonstigen Fremdwährungsaktiva sowie reservenbezogenen Verbindlichkeiten des Eurosystems zu einem Stichtag gibt;
- „Auslandsvermögensstatus“: die sachgemäß gegliederte statistische Aufstellung der Bestände an grenzüberschreitenden finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem Stichtag;
- „Datenerhebung auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen“: die Erhebung von Daten, die nach einzelnen Wertpapieren gegliedert sind.

*Artikel 2***Lieferung statistischer Daten an die NZBen**

(1) Insoweit die Adressaten der vorliegenden Empfehlung mit der Erhebung statistischer Daten über grenzüberschreitende Transaktionen und Positionen beauftragt sind, stellt jeder von ihnen sicher, dass diese Daten der jeweiligen NZB rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck sind, sofern mit der betreffenden NZB nichts anderweitiges vereinbart wurde, die erforderlichen statistischen Daten für die monatliche Zahlungsbilanzstatistik bis zum 30. Arbeitstag nach dem Ende des Monats, auf den sich die Daten beziehen, für die vierteljährliche Zahlungsbilanzstatistik und für den vierteljährlichen Auslandsvermögensstatus innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Quartals, auf das sich die Daten beziehen, und für den jährlichen Auslandsvermögensstatus innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des Zeitpunkts, auf den sich die Daten beziehen, zu übermitteln.

(2) Die Daten werden gemäß den statistischen Standards und Anforderungen der EZB in Bezug auf die Zahlungsbilanz und den Auslandsvermögensstatus, die in den Anhängen I, II, III, IV, V und VII dieser Empfehlung festgelegt sind, zur Verfügung gestellt. Unbeschadet der in Anhang VI dieser Empfehlung aufgeführten Überwachungsaufgaben der EZB überwachen die Adressaten der vorliegenden Empfehlung die Qualität und Zuverlässigkeit der statistischen Daten, die der jeweiligen NZB zur Verfügung gestellt werden.

*Artikel 3***Ständige Zusammenarbeit**

Die Adressaten dieser Empfehlung vereinbaren mit ihrer jeweiligen NZB schriftlich die geeigneten Modalitäten der Zusammenarbeit, um eine dauerhafte Datenübermittlungsstruktur zu gewährleisten, die die statistischen Standards und Anforderungen der EZB erfüllt, es sei denn, das gleiche Ergebnis wird bereits auf der Grundlage nationaler Rechtsvorschriften erzielt.

*Artikel 4***Vereinfachtes Änderungsverfahren**

Unter Berücksichtigung der Position des STC ist das Direktorium der EZB befugt, technische Änderungen der Anhänge dieser Empfehlung vorzunehmen, wenn durch diese Änderungen weder der zugrunde liegende konzeptionelle Rahmen geändert noch die Meldebelastung der Berichtspflichtigen in den Mitgliedstaaten berührt wird.

*Artikel 5***Schlussbestimmungen**

- (1) Diese Empfehlung ersetzt die Empfehlung EZB/2003/8.
- (2) Diese Empfehlung ist an das CSO in Irland und das UIC in Italien gerichtet.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 16. Juli 2004.

Der Präsident der EZB  
Jean-Claude TRICHET

---

## ANHANG I

## STATISTISCHE BERICHTSANFORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

**1. Statistische Pflichten der nationalen Zentralbanken (NZBen)**

- 1.1. Die NZBen stellen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Daten über grenzüberschreitende Transaktionen, Bestände an Währungsreserven, sonstige Fremdwährungsaktiva und reservenbezogene Verbindlichkeiten sowie über grenzüberschreitende Forderungen und Verbindlichkeiten zur Verfügung, die es der EZB ermöglichen, die Statistik über die aggregierte Zahlungsbilanz und den Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets sowie das Offenlegungstableau des Euro-Währungsgebiets zu erstellen. Die Daten werden gemäß den in Anhang III, Tabelle 13 enthaltenen Fristen zur Verfügung gestellt.
- 1.2. Wenn einzelne wichtige Ereignisse oder Revisionen zu signifikanten Datenveränderungen führen, oder auf Anfrage der EZB, müssen die Daten um ohne weiteres verfügbare Informationen zu den betreffenden Ereignissen und Gründen für die Revisionen ergänzt werden.
- 1.3. Die erforderlichen Daten für monatliche und vierteljährliche Transaktionen sowie vierteljährliche und jährliche Positionen werden der EZB gemäß den Anhängen II, III und IV zur Verfügung gestellt. Diese Anhänge entsprechen geltenden internationalen Standards, insbesondere der 5. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs des Internationalen Währungsfonds (Fifth edition of the International Monetary Fund Balance of Payments Manual — BPM5). Insbesondere die erforderlichen Daten über Transaktionen und Positionen bezüglich Forderungen aus Wertpapieranlagen in Wertpapieren des Euro-Währungsgebiets, nach Sektor des im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten gegliedert, werden gemäß Anhang II, Abschnitte 1.1, 1.2 und 3 sowie Anhang III, Tabellen 1, 2, 4 und 5 zur Verfügung gestellt.
- 1.4. Die erforderlichen Daten zur Zahlungsbilanz werden monatlich und vierteljährlich zur Verfügung gestellt. Die vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten enthalten eine geografische Gliederung im Hinblick auf die in Anhang III, Tabelle 9 aufgeführten Geschäftspartner. Die erforderlichen Daten zum Offenlegungstableau werden zum Ende des Monats, auf den sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus werden vierteljährlich und jährlich zur Verfügung gestellt. Die jährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus enthalten eine geografische Gliederung im Hinblick auf die in Anhang III, Tabelle 9 aufgeführten Geschäftspartner.
- 1.5. Für die Analyse der internationalen Rolle des Euro als Anlagewährung werden die erforderlichen, nach Währung gegliederten Daten halbjährlich gemäß Anhang III, Tabelle 6 zur Verfügung gestellt.
- 1.6. Ab März 2008 entsprechen die Datenerhebungssysteme im Bereich Wertpapieranlagen im Euro-Währungsgebiet einem der in Anhang VII genannten Modelle, beginnend mit den Daten über Transaktionen im Januar 2008 und über Positionen zum Jahresende 2007.

**2. Vorlagefrist**

- 2.1. Die zur Erstellung der monatlichen Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets erforderlichen Daten werden der EZB bis zum Geschäftsschluss des 30. Arbeitstages nach dem Ende des Monats, auf den sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.2. Die für die Erstellung der vierteljährlichen Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets erforderlichen Daten werden der EZB innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Quartals, auf das sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.3. Die für die Erstellung des Offenlegungstableaus des Eurosystems erforderlichen Daten werden der EZB innerhalb von drei Wochen nach dem Ende des Monats, auf den sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.4. Ab dem 1. Januar 2005 werden die für die Erstellung des vierteljährlichen Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets erforderlichen Daten der EZB innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Quartals, auf das sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.5. Die für die Erstellung des jährlichen Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets erforderlichen Daten werden der EZB innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des Jahres, auf das sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.6. Nach Emissionswährung und Sektor des Emittenten gegliederte Transaktionen und Positionen in Schuldverschreibungen werden der EZB innerhalb von sechs Monaten nach dem Ende des Zeitraums, auf den sich die Daten beziehen, zur Verfügung gestellt.
- 2.7. Revisionen, die die Zahlungsbilanz und den Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets betreffen, werden der EZB gemäß dem in Anhang V dargelegten Zeitplan zur Verfügung gestellt.
- 2.8. Die Erhebung der Daten auf nationaler Ebene erfolgt in der Weise, dass die in diesem Artikel genannten Fristen eingehalten werden können.

### 3. Übermittlungsstandard

Die erforderlichen statistischen Daten werden der EZB in einer Form zur Verfügung gestellt, die den in Anhang V dieser Empfehlung genannten Anforderungen entspricht.

### 4. Qualität der statistischen Daten

- 4.1. Unbeschadet der in Anhang VI genannten Überwachungsaufgaben der EZB stellen die NZBen die Überwachung und die Bewertung der Qualität der statistischen Daten sicher, die der EZB zur Verfügung gestellt werden, und dabei arbeiten sie gegebenenfalls mit den zuständigen Behörden, die keine NZBen sind, zusammen. Die EZB bewertet die Daten zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus sowie die Daten zum Offenlegungstableau des Euro-Währungsgebiets in vergleichbarer Weise. Diese Bewertung wird rechtzeitig vorgenommen. Das Direktorium der EZB berichtet dem EZB-Rat jährlich über die Qualität der Daten.
  - 4.2. Die Beurteilung der Qualität der Daten über Transaktionen und Positionen in Wertpapieranlagen sowie der Daten über das damit verbundene Vermögenseinkommen ist davon abhängig, dass die Abdeckung der Informationen über Wertpapiere in der zentralisierten Wertpapierdatenbank (Centralised Securities Database — CSDB) ausreichend ist. Als Verwalter der CSDB überwacht die EZB, ob die Abdeckung der Informationen über Wertpapiere ab Juni 2006 ausreicht, um es den NZBen oder gegebenenfalls den anderen zuständigen Behörden zu ermöglichen, den in Anhang VII festgelegten Qualitätsstandards ebenso wie anderen in dieser Empfehlung festgelegten Qualitätsstandards vollständig zu entsprechen.
  - 4.3. Für die Lieferung von Daten über Transaktionen und Positionen bezüglich Forderungen aus Anlagen in Wertpapieren des Euro-Währungsgebiets, die gemäß Anhang II, Abschnitte 1.1, 1.2 und 3 sowie Anhang III, Tabellen 1, 2, 4 und 5 nach Sektor des im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten gegliedert sind, ist die Verwendung von Schätzwerten gestattet bis die Verwendung von Datenerhebungssystemen, bei denen die Datenerhebung auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen erfolgt, verbindlich wird.
  - 4.4. Für die Lieferung von Daten über die Emissionswährung hinsichtlich der Daten über Wertpapieranlagen gemäß Anhang III, Tabelle 6 ist die Verwendung von Schätzwerten gestattet bis die Verwendung von Datenerhebungssystemen, bei denen die Datenerhebung auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen erfolgt, verbindlich wird.
  - 4.5. Die von der EZB durchgeführte Überwachung der Qualität der statistischen Daten kann auch die Überprüfung der vorgenommenen Revisionen dieser Daten umfassen: Zum einen um die jeweils aktuellste Auswertung der statistischen Daten zu berücksichtigen und somit deren Qualität zu verbessern, zum anderen um eine möglichst weitgehende Konsistenz zwischen den entsprechenden Zahlungsbilanzpositionen für die verschiedenen Berichtsfrequenzen zu gewährleisten.
-

## ANHANG II

## DIE STATISTISCHEN ANFORDERUNGEN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

## 1. Zahlungsbilanz

Die Europäische Zentralbank (EZB) schreibt Zahlungsbilanzstatistiken für zwei Berichtszeiträume vor: monatlich und vierteljährlich für die jeweiligen Kalenderberichtszeiträume. Die jährlichen Daten werden durch Addition der Daten, die die Mitgliedstaaten vierteljährlich für das betreffende Jahr melden, erstellt. Die Zahlungsbilanzstatistiken sollen so weit wie möglich mit anderen Statistiken, die für die Durchführung der Geldpolitik zur Verfügung gestellt werden, konsistent sein.

## 1.1. Monatliche Zahlungsbilanz

## Zweck

Zweck der monatlichen Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets ist es, die Hauptpositionen aufzuzeigen, die Einfluss auf die monetäre Entwicklung und die Devisenmärkte ausüben (vgl. Anhang III, Tabelle 1).

## Anforderungen

Es ist unerlässlich, dass sich die Daten zur Aufstellung der Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets eignen.

Angesichts der kurzen Frist für die Lieferung der monatlichen Zahlungsbilanzdaten, ihrer hochaggregierten Form und ihrer Verwendung als Entscheidungshilfe für die Geldpolitik sowie für Devisengeschäfte lässt die EZB, wo es unvermeidlich ist, gewisse Abweichungen von internationalen Standards (vgl. Artikel 2 Absatz 3 der Leitlinie EZB/2004/15) zu. Die Erstellung von Daten auf durchgehender Periodenabgrenzungs- oder Transaktionsbasis ist nicht erforderlich. In Abstimmung mit der EZB können die nationalen Zentralbanken (NZBen) die Daten zur Leistungs- und Kapitalbilanz auf der Basis von Zahlungsströmen zur Verfügung stellen. Falls zur Einhaltung der Meldefrist erforderlich, akzeptiert die EZB auch Schätzungen oder vorläufige Daten.

Für die Positionen der Zahlungsbilanzstatistik müssen Angaben über Forderungen und Verbindlichkeiten (bzw. Einnahmen und Ausgaben für die Positionen der Leistungsbilanz) gemacht werden. Dies erfordert im Allgemeinen, dass die NZBen bei den außenwirtschaftlichen Transaktionen durchgehend zwischen Transaktionen mit Gebietsansässigen anderer Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und Transaktionen mit Gebietsfremden unterscheiden.

Wenn sich der Teilnehmerkreis des Euro-Währungsgebiets ändert, müssen die NZBen ihre Abgrenzung der Definition der Länderzusammensetzung des Euro-Währungsgebiets ab dem Zeitpunkt, zu dem die Änderung wirksam wird, anpassen. Die NZBen des Euro-Währungsgebiets in seiner bisherigen Zusammensetzung sowie die NZBen der neuen teilnehmenden Mitgliedstaaten liefern bestmögliche Schätzwerte zu den historischen Daten über das erweiterte Euro-Währungsgebiet.

Um im Bereich der Wertpapieranlagen eine aussagekräftige Aggregation der Daten für das Euro-Währungsgebiet auf monatlicher Basis zu ermöglichen, muss zwischen Wertpapiertransaktionen, bei denen der Emittent im Euro-Währungsgebiet ansässig ist, und Wertpapiertransaktionen, bei denen der Emittent außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig ist, unterschieden werden. Die Statistik über Nettotransaktionen in „Wertpapieranlagen“ des Euro-Währungsgebiets wird wie folgt erstellt: Auf der Aktivseite durch Aggregation der gemeldeten Nettotransaktionen in Wertpapieren, deren Emittenten außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig sind; auf der Passivseite durch Saldierung der gesamten nationalen Nettoverbindlichkeiten aus Wertpapieren und der Nettotransaktionen jener Wertpapiere, deren Emittenten/Erwerber im Euro-Währungsgebiet ansässig sind.

Für die aggregierte Position „Vermögenseinkommen aus Wertpapieranlagen“ gelten analoge Berichtsanforderungen und Erstellungsmethoden.

Für die Erstellung der Zahlungsbilanzdaten zu geldpolitischen Zwecken müssen die NZBen die Daten nach institutionellen Sektoren gegliedert vorlegen. Für die monatliche Zahlungsbilanz gilt folgende Sektorgliederung:

- für Direktinvestitionen: i) MFI (ohne Zentralbanken) und ii) übrige Sektoren;
- für Wertpapieranlagen auf der Aktivseite: i) Währungsbehörden, ii) MFI (ohne Zentralbanken) und iii) Nicht-MFI;
- für den übrigen Kapitalverkehr: i) Währungsbehörden, ii) MFI (ohne Zentralbanken), iii) Staat und iv) übrige Sektoren.

Im Hinblick auf eine Gliederung der Zahlungsbilanz nach Sektoren, die eine Darstellung für geldpolitische Zwecke ermöglicht, müssen die NZBen ab dem in Anhang III, Tabelle 13 der vorliegenden Empfehlung genannten Zeitpunkt die Daten über die Nettotransaktionen in „Wertpapieranlagen“ von im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten gegliedert nach dem institutionellen Sektor, dem der Emittent angehört, zur Verfügung stellen. Darüber hinaus werden die Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen eine Gliederung nach dem institutionellen Sektor des inländischen Emittenten umfassen.

Die nach Sektor gegliederte Statistik über Nettotransaktionen in „Wertpapieranlagen“ auf der Passivseite wird dann durch Saldierung der gesamten nationalen Nettoverbindlichkeiten aus Wertpapieren des betreffenden Sektors und der entsprechenden Nettotransaktionen jener Wertpapiere, deren Emittenten/Erwerber im Euro-Währungsgebiet ansässig sind, erstellt.

Ab März 2008 erheben die NZBen (und gegebenenfalls andere zuständige nationale Behörden) für Transaktionen im Zusammenhang mit Januar 2008 Daten über Wertpapieranlagen gemäß einem der in der Tabelle in Anhang VII genannten Modelle.

## 1.2. Vierteljährliche Zahlungsbilanz

### Zweck

Zweck der vierteljährlichen Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets ist es, durch die Lieferung detaillierterer Daten eine tiefer gehende Analyse der außenwirtschaftlichen Transaktionen zu ermöglichen. Diese Statistik wird insbesondere für die Erstellung der nach Sektoren gegliederten Konten und die Finanzierungsrechnung des Euro-Währungsgebiets sowie für die in Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) erstellte Veröffentlichung der Zahlungsbilanz für das Euro-Währungsgebiet bzw. für die Europäische Union verwendet.

### Anforderungen

Die vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten stimmen so weit wie möglich mit internationalen Standards überein (vgl. Artikel 2 Absatz 3 der Leitlinie EZB/2004/15). Die geforderte Gliederung der vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten ist in Anhang III, Tabelle 2 dargestellt. Die in der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz verwendeten harmonisierten Konzepte und Definitionen sind in Anhang IV aufgeführt.

Die Gliederung der vierteljährlichen Leistungsbilanz entspricht im Großen und Ganzen derjenigen für die monatlichen Daten. Für die Position „Erwerbs- und Vermögenseinkommen“ ist jedoch eine detailliertere Gliederung auf vierteljährlicher Basis notwendig.

Bei der Erstellung der Kapitalbilanz richtet sich die EZB nach den in der 5. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs des Internationalen Währungsfonds (IWF) (nachfolgend als „BPM5“ bezeichnet) enthaltenen Anforderungen für die Position „Übriger Kapitalverkehr“. Das Präsentationsschema wurde jedoch geändert (d. h. die primäre Gliederung nach Sektoren). Diese Gliederung nach Sektoren ist allerdings mit der im BPM5 enthaltenen vereinbar, die BPM5-Instrumenten Priorität einräumt. Analog zum BPM5-Präsentationsschema werden Sorten und Einlagen getrennt von Krediten und dem übrigen Kapitalverkehr aufgeführt.

Die NZBen müssen in ihren vierteljährlichen Zahlungsbilanzstatistiken zwischen Transaktionen mit anderen teilnehmenden Mitgliedstaaten und den Transaktionen mit allen übrigen Ländern unterscheiden. Wie bei den monatlichen Daten ist auch bei den vierteljährlichen Daten im Bereich der Wertpapieranlagen die folgende Trennung erforderlich: zum einen Wertpapiertransaktionen, bei denen der Emittent im Euro-Währungsgebiet ansässig ist, zum anderen Wertpapiertransaktionen, bei denen der Emittent außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig ist. Die Statistik über Nettotransaktionen in „Wertpapieranlagen“ des Euro-Währungsgebiets wird wie folgt erstellt: Auf der Aktivseite durch Aggregation der gemeldeten Nettotransaktionen in Wertpapieren, deren Emittenten außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig sind; auf der Passivseite durch Saldierung der gesamten nationalen Nettoverbindlichkeiten aus Wertpapieren und der Nettotransaktionen jener Wertpapiere, deren Emittenten/Erwerber im Euro-Währungsgebiet ansässig sind.

Für die Position „Vermögenseinkommen aus Wertpapieranlagen“ gelten analoge Berichtsanforderungen und Erstellungsmethoden.

Für die Position „Direktinvestitionen“ müssen die NZBen vierteljährlich eine Gliederung nach Sektoren „MFI (ohne Zentralbanken)/Nicht-MFI“ einreichen. Für Wertpapieranlagen auf der Aktivseite und die Position „Übriger Kapitalverkehr“ entspricht die Gliederung der Meldungen nach dem institutionellen Sektor den Standardkomponenten des IWF, die i) Währungsbehörden, ii) MFI (ohne Zentralbanken), iii) Staat und iv) übrige Sektoren umfassen.

Für die Erstellung der Statistiken über Nettotransaktionen von Verbindlichkeiten aus Wertpapieren des Euro-Währungsgebiets nach dem Sektor der im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten entsprechen die Anforderungen an die vierteljährlichen Daten im Großen und Ganzen denjenigen für die monatlichen Zahlungsbilanzdaten.

Für die Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets werden vierteljährlich periodengerecht abgegrenzte Vermögenseinkommensdaten gemeldet. In Übereinstimmung mit dem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verlangt das BPM5 die Erfassung von Zinszahlungen auf Periodenabgrenzungsbasis, wobei diese Anforderung sowohl die Leistungsbilanz (Vermögenseinkommen) als auch die Kapitalbilanz betrifft.

## 2. Offenlegungstableau

### Zweck

Das Offenlegungstableau ist eine monatliche Bestandsstatistik der Währungsreserven, sonstiger Fremdwährungsaktiva sowie reservenbezogener Verbindlichkeiten der NZBen und der EZB, die sich nach der Vorlage des gemeinsamen IWF/Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)-Offenlegungstableaus richtet. Diese Daten ergänzen die in der Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets und im Auslandsvermögensstatus enthaltenen Daten über Währungsreserven.

### Anforderungen

Die Währungsreserven des Euro-Währungsgebiets sind hochgradig liquide und marktfähige Forderungen einwandfreier Bonität, die von der EZB („zusammengelegte Währungsreserven“) und den NZBen („nicht zusammgelegte Währungsreserven“) gegenüber Gebietsfremden gehalten werden und auf Fremdwährung (d. h. nicht auf Euro) lauten, Gold, Reservepositionen beim IWF und Sonderziehungsrechte (SZRe). Sie können auch Finanzderivate einschließen. Die Währungsreserven werden auf Bruttobasis ohne Verrechnung der reservenbezogenen Verbindlichkeiten erfasst. Die Gliederung der von den NZBen geforderten Daten ist in Anhang III, Tabelle 3, Abschnitt I.A. dargestellt.

Fremdwährungsaktiva des Eurosystems, die diese Definition nicht erfüllen, d. h. i) Forderungen gegenüber Gebietsansässigen sowie ii) Forderungen gegenüber Gebietsfremden, die die Kriterien der Liquidität, Marktfähigkeit und einwandfreien Bonität nicht erfüllen, werden in der Position „Sonstige Fremdwährungsaktiva“ des Offenlegungstableaus erfasst (Anhang III, Tabelle 3, Abschnitt I.B.).

Auf Euro lautende Forderungen gegenüber Gebietsfremden und auf Fremdwährung lautende Guthaben der Regierungen der teilnehmenden Mitgliedstaaten zählen nicht zu den Währungsreserven, sondern werden unter der Position „Übriger Kapitalverkehr“ erfasst, wenn sie Forderungen gegenüber Gebietsfremden darstellen.

Außerdem werden Daten über feststehende kurzfristige Netto-Abflüsse und kurzfristige Eventualnetto-Abflüsse des Eurosystems im Zusammenhang mit Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungsaktiva des Eurosystems, den so genannten „reservenbezogenen Verbindlichkeiten“, in Anhang III, Tabelle 3, Abschnitte II bis IV erfasst.

### 3. Auslandsvermögensstatus

#### Zweck

Der Auslandsvermögensstatus ist eine Bestandsstatistik der außenwirtschaftlichen Forderungen und Verbindlichkeiten des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zur Analyse der Geld- und Währungspolitik sowie der Devisenmärkte. Er trägt insbesondere zur Beurteilung der Anfälligkeit der Mitgliedstaaten gegenüber außenwirtschaftlichen Entwicklungen sowie zur Überwachung der Entwicklung der vom Geld haltenden Sektor im Ausland gehaltenen Beständen an liquiden Anlageformen bei. Diese statistischen Daten sind für die Erstellung des Kontos der übrigen Welt in der vierteljährlichen Kapitalbilanz des Euro-Währungsgebiets äußerst wichtig und können zudem zur Erstellung der Zahlungsbilanzstromgrößen beitragen.

#### Anforderungen

Für die Bestände zum Ende des Berichtszeitraums benötigt die EZB vierteljährlich und jährlich Statistiken zum Auslandsvermögensstatus.

Die Daten zum Auslandsvermögensstatus entsprechen so weit wie möglich internationalen Standards (vgl. Artikel 2 Absatz 3 der Leitlinie EZB/2004/15). Die EZB erstellt den Auslandsvermögensstatus für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes. Die Gliederung des Auslandsvermögensstatus für das Euro-Währungsgebiet wird in Anhang III, Tabelle 4 dargestellt.

Der Auslandsvermögensstatus weist die Vermögensbestände zum Ende des jeweiligen Berichtszeitraums aus, bewertet zu den Marktpreisen am Ende des Berichtszeitraums. Bestandsänderungen könnten sich aufgrund der folgenden Faktoren ergeben. Erstens: Die Bestandsänderungen im Laufe des Referenzzeitraums sind zum Teil durch finanzielle Transaktionen bedingt, die in der Zahlungsbilanz erfasst sind. Zweitens: Ein Teil der Bestandsänderungen zwischen zwei Stichtagen ergibt sich aus Preisänderungen der aufgeführten Forderungen und Verbindlichkeiten. Drittens: Falls Vermögensbestände auf andere Währungen als auf die für den Auslandsvermögensstatus verwendete Recheneinheit lauten, so werden Wechselkursschwankungen ebenfalls den Wert dieser Bestände beeinflussen. Schließlich wird jede sonstige Änderung der Bestände, die nicht in den oben erwähnten Faktoren begründet ist, als „sonstige Vermögensänderungen“ berücksichtigt.

Ein genauer Abgleich der Kapitalstromgrößen und der Vermögensbestände des Euro-Währungsgebiets erfordert eine Unterscheidung der Wertänderungen nach Preisänderungen, Wechselkursschwankungen sowie sonstigen Vermögensänderungen.

Die Abgrenzung des Auslandsvermögensstatus sollte sich möglichst eng an das Schema für die vierteljährlichen Zahlungsbilanzstromgrößen halten. Konzepte, Definitionen und Gliederungen stimmen mit jenen, die bei den vierteljährlichen Zahlungsbilanzstromgrößen verwendet werden, überein. Daten zum Auslandsvermögensstatus sollten so weit wie möglich konsistent mit anderen Statistiken sein, wie beispielsweise mit der Geld- und Bankenstatistik, der Finanzierungsrechnung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die NZBen müssen in ihren monatlichen und vierteljährlichen Zahlungsbilanzstatistiken beim Auslandsvermögensstatus zwischen Beständen gegenüber teilnehmenden Mitgliedstaaten und Beständen gegenüber allen übrigen Ländern unterscheiden. Bei den Wertpapieranlagen ist folgende Unterscheidung erforderlich: zum einen Wertpapierbestände, bei denen der Emittent im Euro-Währungsgebiet ansässig ist, zum anderen Wertpapierbestände, bei denen der Emittent außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig ist. Die Statistik über Nettotransaktionen in Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets wird wie folgt erstellt: Auf der Aktivseite durch Aggregation der gemeldeten Nettoforderungen in Wertpapieren, deren Emittenten außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässig sind; auf der Passivseite durch Saldierung der gesamten nationalen Nettoverbindlichkeiten aus und Nettobestände an Wertpapieren, deren Emittenten/Erwerber im Euro-Währungsgebiet ansässig sind.

Die NZBen müssen Vierteljahresbestände und Jahresbestände nach der gleichen Gliederung nach Sektoren für „Direktinvestitionen“, „Wertpapieranlagen auf der Aktivseite“ und „Übrigen Kapitalverkehr“ vorlegen wie für die vierteljährlichen Zahlungsbilanzstromgrößen.

Zur Erstellung einer Gliederung der Nettoverbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets nach Sektoren durch die EZB entsprechen die von den NZBen zu erfüllenden Anforderungen bezüglich der Daten des Auslandsvermögensstatus denjenigen Anforderungen, die für Zahlungsbilanzstromgrößen gelten, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 2 Absatz 6 der Leitlinie EZB/2004/15.

Die Aktiva und Passiva an „Wertpapieranlagen“ des Auslandsvermögensstatus werden auf der Basis von reinen Bestandsdaten erfasst.

Ab Ende März 2008 erheben die NZBen (und gegebenenfalls andere zuständige nationale Statistikbehörden) mindestens vierteljährliche Bestandsstatistiken von Wertpapieranlagen auf der Aktiv- und Passivseite auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen gemäß einem der in der in Anhang VII Tabelle genannten Modelle.

---

## ANHANG III

## VORGESCHRIEBENE GLIEDERUNG

TABELLE 1

Monatliche nationale Beiträge zur Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets <sup>(1)</sup>

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
Warenhandel	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Dienstleistungen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Erwerbs- und Vermögenseinkommen			
Erwerbseinkommen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Vermögenseinkommen			
— aus Direktinvestitionen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
— aus Wertpapieranlagen	<i>extra</i>		<i>national</i>
— übrige Vermögenseinkommen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Laufende Übertragungen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
<b>II. Vermögensübertragungen</b>	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
<b>III. Kapitalbilanz</b>			
Direktinvestitionen			<i>extra</i>
Im Ausland			<i>extra</i>
— Beteiligungskapital			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Reinvestierte Gewinne			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Sonstige Anlagen			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
Im Berichtsland			<i>extra</i>
— Beteiligungskapital			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>

	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
— Reinvestierte Gewinne			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Sonstige Anlagen			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
Wertpapieranlagen <sup>(2)</sup>	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Dividendenwerte	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	—	
ii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) Nicht-MFI	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Schuldverschreibungen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	—	
ii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) Nicht-MFI	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	—	
ii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) Nicht-MFI	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Finanzderivate			<i>national</i>
Übriger Kapitalverkehr	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Währungsbehörden	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
Staat	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
Darunter:			
Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— langfristig	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— kurzfristig	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
Übrige Sektoren	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
Darunter:			
Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
Währungsreserven	<i>extra</i>		

(<sup>1</sup>) „*extra*“ — bezeichnet Transaktionen mit Gebietsfremden (bei Forderungen aus Wertpapieranlagen und damit verbundenen Vermögenseinkommen wird damit auf die Gebietsansässigkeit des Emittenten Bezug genommen).

„*intra*“ — bezeichnet Transaktionen zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.

„*national*“ — bezeichnet alle grenzüberschreitenden Transaktionen von Gebietsansässigen eines teilnehmenden Mitgliedstaats (wird nur im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen und dem Netto-Saldo der Position „Finanzderivate“ verwendet).

(<sup>2</sup>) Gliederung nach Sektoren nach i) gebietsansässigen Inhabern bei Forderungen aus Wertpapieranlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets und ii) nach gebietsansässigen Emittenten bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen im Euro-Währungsgebiet.

TABELLE 2

Vierteljährliche nationale Beiträge zur Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets <sup>(1)</sup>

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
Warenhandel	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Dienstleistungen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Erwerbs- und Vermögenseinkommen			
Erwerbseinkommen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
Vermögenseinkommen			
— aus Direktinvestitionen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
— Erträge aus Beteiligungskapital	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
— Zinsen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
— aus Wertpapieranlagen	<i>extra</i>		<i>national</i>
— Einnahmen aus Dividendenwerten	<i>extra</i>		<i>national</i>
— Zinsen	<i>extra</i>		<i>national</i>
— auf Anleihen	<i>extra</i>		<i>national</i>
— auf Geldmarktpapiere	<i>extra</i>		<i>national</i>
— Übrige Vermögenseinkommen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
<i>Laufende Übertragungen</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
<b>II. Vermögensübertragungen</b>	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
<b>III. Kapitalbilanz</b>			
Direktinvestitionen			<i>extra</i>
Im Ausland			<i>extra</i>
— Beteiligungskapital			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Reinvestierte Gewinne			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Sonstige Anlagen			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
Im Berichtsland			<i>extra</i>
— Beteiligungskapital			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
— Reinvestierte Gewinne			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>

	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
— Sonstige Anlagen			<i>extra</i>
i) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>extra</i>
ii) Übrige Sektoren			<i>extra</i>
Wertpapieranlagen <sup>(?)</sup>	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Dividendenwerte	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	—	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	—	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Schuldverschreibungen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Finanzderivate			<i>national</i>
i) Währungsbehörden			<i>national</i>
ii) Staat			<i>national</i>
iii) MFI (ohne Zentralbanken)			<i>national</i>
iv) Übrige Sektoren			<i>national</i>
Übriger Kapitalverkehr	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
i) Währungsbehörden	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
ii) Staat	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	

	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
iv) Übrige Sektoren	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
Währungsreserven	<i>extra</i>		
Gold	<i>extra</i>		
SZRe (Sonderziehungsrechte)	<i>extra</i>		
Reserveposition beim Internationalen Währungs- fonds (IWF)	<i>extra</i>		
Devisenreserven	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— bei Währungsbehörden	<i>extra</i>		
— bei MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
— Wertpapiere	<i>extra</i>		
— Dividendenwerte	<i>extra</i>		
— Anleihen	<i>extra</i>		
— Geldmarktpapiere	<i>extra</i>		
— Finanzderivate	<i>extra</i>		
Sonstige Forderungen	<i>extra</i>		

(<sup>1</sup>) „*extra*“ — bezeichnet Transaktionen mit Gebietsfremden (bei Forderungen aus Wertpapieranlagen und damit verbundenen Vermögenseinkommen wird damit auf die Gebietsansässigkeit des Emittenten Bezug genommen).

„*intra*“ — bezeichnet Transaktionen zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.

„*national*“ — bezeichnet alle grenzüberschreitenden Transaktionen von Gebietsansässigen eines teilnehmenden Mitgliedstaats (wird nur im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen und dem Netto-Saldo der Position „Finanzderivate“ verwendet).

(<sup>2</sup>) Gliederung nach Sektoren nach i) gebietsansässigen Inhabern bei Forderungen aus Wertpapieranlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets und ii) nach gebietsansässigen Emittenten bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen im Euro-Währungsgebiets.

TABELLE 3

### Monatliche Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität des Eurosystems; reservenbezogene Verbindlichkeiten des Euro-Währungsgebiets

#### I. Währungsreserven und sonstige Fremdwährungsaktiva (ungefährer Marktwert)

##### A. Währungsreserven

##### 1) Devisenreserven (von konvertiblen Fremdwährungen)

##### a) Wertpapiere

— deren Emittenten ihren Hauptsitz im Euro-Währungsgebiet haben

##### b) Sorten und Einlagen bei

i) anderen NZBen, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und dem IWF

ii) außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässigen Niederlassungen von Geschäftsbanken mit Hauptsitz im Euro-Währungsgebiet

iii) außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässigen Niederlassungen von Geschäftsbanken mit Hauptsitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets

##### 2) Reserveposition beim IWF

##### 3) SZRe

##### 4) Gold (einschließlich Goldeinlagen und Gold-Swaps)

- 5) Übrige Währungsreserven
  - a) Finanzderivate
  - b) Kredite an außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässige Nichtbanken
  - c) Übrige

B. Sonstige Fremdwährungsaktiva

- a) nicht in die Währungsreserven einbezogene Wertpapiere
- b) nicht in die Währungsreserven einbezogene Einlagen
- c) nicht in die Währungsreserven einbezogene Kredite
- d) nicht in die Währungsreserven einbezogene Finanzderivate
- e) nicht in die Währungsreserven einbezogenes Gold
- f) Übrige

II. Feststehende kurzfristige Netto-Abflüsse von Fremdwährungsaktiva (Nominalwerte)

	Insge-samt	Gliederung nach Laufzeit (Restlaufzeit, soweit zutreffend)		
		Bis zu 1 Monat einschließlich	Mehr als 1 Monat bis zu 3 Monaten einschließlich	Mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr einschließlich
<b>1. In Fremdwährung denominierte Kredite, Wertpapiere und Einlagen</b>				
— Abflüsse (–) Kapital				
Zinsen				
— Zuflüsse (+) Kapital				
Zinsen				
<b>2. Gesamte Short- und Long-Positionen aus Termingeschäften in Fremdwährung gegenüber der inländischen Währung (einschließlich Terminpositionen bei Devisenswaps)</b>				
a) Short-Positionen (–)				
b) Long-Positionen (+)				
<b>3. Sonstige Zu- und Abflüsse (bitte erläutern)</b>				
— Abflüsse im Zusammenhang mit Repogeschäften (–)				
— Zuflüsse im Zusammenhang mit Reverse-Repos (+)				
— Handelskredite (–)				
— Handelskredite (+)				
— Sonstige Verbindlichkeiten (–)				
— Sonstige Forderungen (+)				

## III. Kurzfristige Eventualnetto-Abflüsse von Fremdwährungsaktiva (Nominalwerte)

	Insge-samt	Gliederung nach Laufzeit (Restlaufzeit, soweit zutreffend)		
		Bis zu 1 Monat einschließlich	Mehr als 1 Monat bis zu 3 Monaten einschließlich	Mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr einschließlich
1. Eventualverbindlichkeiten in Fremdwährung				
a) Bürgschaften für innerhalb eines Jahres fällig werdende Verbindlichkeiten				
b) Sonstige Eventualverbindlichkeiten				
2. Begebene Wertpapiere in Fremdwährung mit Gläubigerkündigungsoption				
3.1. Freie und uneingeschränkt verfügbare Kreditlinien von				
a) anderen Währungsbehörden, der BIZ, dem IWF und anderen internationalen Organisationen				
— anderen nationalen Währungsbehörden (+)				
— BIZ (+)				
— IWF (+)				
b) Banken und anderen Finanzinstituten mit Hauptsitz im Berichtsland (+)				
c) Banken und anderen Finanzinstituten mit Hauptsitz außerhalb des Berichtslandes (+)				
3.2. Freie und uneingeschränkt verfügbare Kreditlinien, gewährt an				
a) andere nationale Währungsbehörden, die BIZ, den IWF und andere internationale Organisationen				
— andere nationale Währungsbehörden (-)				
— BIZ (-)				
— IWF (-)				
b) Banken und andere Finanzinstitute mit Hauptsitz im Berichtsland (-)				
c) Banken und sonstige Finanzinstitute mit Hauptsitz außerhalb des Berichtslandes (-)				
4. Gesamte Short- und Long-Positionen an Optionen in Fremdwährung gegenüber der inländischen Währung				
a) Short-Positionen				
i) Erworbene Verkaufsoptionen				
ii) Stillhalterpositionen aus Kaufoptionen				
b) Long-Positionen				
i) Erworbene Kaufoptionen				
ii) Stillhalterpositionen aus Verkaufsoptionen				

	Insgesamt	Gliederung nach Laufzeit (Restlaufzeit, soweit zutreffend)		
		Bis zu 1 Monat einschließlich	Mehr als 1 Monat bis zu 3 Monaten einschließlich	Mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr einschließlich
NACHRICHTLICHER AUSWEIS: Optionen, die sich „in-the-money“ befinden				
1) zu aktuellen Wechselkursen				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				
2) +5 % (Abwertung von 5%)				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				
3) - 5 % (Aufwertung von 5%)				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				
4) +10 % (Abwertung von 10%)				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				
5) - 10 % (Aufwertung von 10%)				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				
6) Übrige (bitte erläutern)				
a) Short-Positionen				
b) Long-Positionen				

#### IV. Sonstige Angaben

1. Regelmäßig und fristgerecht zu melden sind:

- a) kurzfristige, in inländischer Währung denominierte Verbindlichkeiten, wechselkursindiziert;
- b) in Fremdwährung denominierte Finanzinstrumente, deren Erfüllung in anderer Weise (zum Beispiel in inländischer Währung) erfolgt:
  - nicht lieferfähige Devisentermingeschäfte:
    - i) Short-Positionen,
    - ii) Long-Positionen;
  - übrige Instrumente;
- c) verpfändete Aktiva:
  - in den Währungsreserven enthalten,
  - in anderen Fremdwährungsbeständen enthalten;
- d) verliehene oder im Rahmen von Repos vorübergehend verkaufte Aktiva:
  - verliehene oder im Rahmen von Repos vorübergehend verkaufte und in Abschnitt I enthaltene Aktiva,
  - verliehene oder im Rahmen von Repos vorübergehend verkaufte, jedoch nicht in Abschnitt I enthaltene Aktiva,
  - geliehene oder im Rahmen von Repos vorübergehend erworbene und in Abschnitt I enthaltene Aktiva,
  - geliehene oder im Rahmen von Repos vorübergehend erworbene, jedoch nicht in Abschnitt I enthaltene Aktiva;
- e) Finanzderivate (netto, Marktwerte):
  - Devisentermingeschäfte,
  - Futures,
  - Swaps,
  - Optionsgeschäfte,
  - Übrige;

- f) Finanzderivate (Devisentermingeschäfte, Futures und Optionenkontrakte) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, die Margin-Zahlungen („margin payments“) unterliegen:
- gesamte Short- und Long-Positionen aus Devisentermingeschäften und Futures in Fremdwährung gegenüber der inländischen Währung (einschließlich Terminpositionen bei Devisen-Swaps):
    - i) Short-Positionen,
    - ii) Long-Positionen;
  - gesamte Short- und Long-Positionen aus Optionsgeschäften in Fremdwährung gegenüber der inländischen Währung
    - i) Short-Positionen:
      - erworbene Verkaufsoptionen,
      - Stillhalterpositionen aus Kaufoptionen;
    - ii) Long-Positionen:
      - erworbene Kaufoptionen,
      - Stillhalterpositionen aus Verkaufsoptionen.
2. In größeren Zeitabständen offen zu legen (z. B. einmal im Jahr) sind:
- a) Struktur der Währungsreserven (nach Währungsgruppen):
- Währungen aus dem SZR-Währungskorb,
  - sonstige Währungen.

TABELLE 4

**Vierteljährliche nationale Beiträge zum Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets (¹)**

	Aktiva	Passiva	Saldo
<b>I. Direktinvestitionen</b>			<i>extra</i>
<i>Im Ausland</i>	<i>extra</i>		
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne	<i>extra</i>		
i) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
ii) Übrige Sektoren	<i>extra</i>		
— Sonstige Anlagen	<i>extra</i>		
i) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
ii) Übrige Sektoren	<i>extra</i>		
<i>Im Berichtsland</i>		<i>extra</i>	
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne		<i>extra</i>	
i) MFI (ohne Zentralbanken)		<i>extra</i>	
ii) Übrige Sektoren		<i>extra</i>	
— Sonstige Anlagen		<i>extra</i>	
i) MFI (ohne Zentralbanken)		<i>extra</i>	
ii) Übrige Sektoren		<i>extra</i>	
<b>II. Wertpapieranlagen (²)</b>			
<i>Dividendenwerte</i>	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	—	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	—	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	

	Aktiva	Passiva	Saldo
<i>Schuldverschreibungen</i>	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
i) Währungsbehörden	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
ii) Staat	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
<b>III. Finanzderivate</b>	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
i) Währungsbehörden	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
ii) Staat	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
iv) Übrige Sektoren	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
<b>IV. Übriger Kapitalverkehr</b>	<i>extra</i>	<i>extra</i>	<i>extra</i>
i) Währungsbehörden	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
ii) Staat	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
<b>V. Währungsreserven</b>	<i>extra</i>		
<i>Gold</i>	<i>extra</i>		
<i>SZRe</i>	<i>extra</i>		
<i>Reserveposition beim IWF</i>	<i>extra</i>		
<i>Devisenreserven</i>	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— bei Währungsbehörden	<i>extra</i>		
— bei MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		

	Aktiva	Passiva	Saldo
— Wertpapiere	<i>extra</i>		
— Dividendenwerte	<i>extra</i>		
— Anleihen	<i>extra</i>		
— Geldmarktpapiere	<i>extra</i>		
— Finanzderivate	<i>extra</i>		
Sonstige Forderungen	<i>extra</i>		

(<sup>1</sup>) „*extra*“ — bezeichnet Positionen mit Gebietsfremden (bei Forderungen aus Wertpapieranlagen wird damit auf die Gebietsansässigkeit des Emittenten Bezug genommen).  
„*intra*“ — bezeichnet Positionen zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.  
„*national*“ — bezeichnet alle grenzüberschreitenden Positionen von Gebietsansässigen eines teilnehmenden Mitgliedstaats (wird nur im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen und dem Netto-Saldo der Position „Finanzderivate“ verwendet).

(<sup>2</sup>) Gliederung nach Sektoren nach i) gebietsansässigen Inhabern bei Forderungen aus Wertpapieranlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets und ii) nach gebietsansässigen Emittenten bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen im Euro-Währungsgebiet.

TABELLE 5

**Jährliche nationale Beiträge zum Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets (<sup>1</sup>)**

	Aktiva	Passiva	Saldo
<b>I. Direktinvestitionen</b>			<i>extra</i>
<i>Im Ausland</i>	<i>extra</i>		
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne	<i>extra</i>		
i) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
ii) Übrige Sektoren	<i>extra</i>		
Darunter:			
Beteiligungskapitalbestände von ausländischen börsennotierten Unternehmen (Marktwerte)	<i>extra</i>		
Beteiligungskapitalbestände von ausländischen nicht börsennotierten Unternehmen (Buchwerte)	<i>extra</i>		
Nachrichtliche Position:			
Beteiligungskapitalbestände von ausländischen börsennotierten Unternehmen (Buchwerte)	<i>extra</i>		
— Sonstige Anlagen	<i>extra</i>		
i) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
ii) Übrige Sektoren	<i>extra</i>		
<i>Im Berichtsland</i>		<i>extra</i>	
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne		<i>extra</i>	
i) MFI (ohne Zentralbanken)		<i>extra</i>	
ii) Übrige Sektoren		<i>extra</i>	

	Aktiva	Passiva	Saldo
Darunter:			
Beteiligungskapitalbestände von börsennotierten Unternehmen des Euro-Währungsgebiets (Marktwerte)		extra	
Beteiligungskapitalbestände von nicht börsennotierten Unternehmen des Euro-Währungsgebiets (Buchwerte)		extra	
Nachrichtliche Position:			
Beteiligungskapitalbestände von börsennotierten Unternehmen des Euro-Währungsgebiets (Buchwerte)		extra	
— Sonstige Anlagen		extra	
i) MFI (ohne Zentralbanken)		extra	
ii) Übrige Sektoren		extra	
<b>II. Wertpapieranlagen <sup>(2)</sup></b>			
<i>Dividendenwerte</i>	extra/intra	national	
i) Währungsbehörden	extra/intra	—	
ii) Staat	extra/intra	—	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	extra/intra	national	
iv) Übrige Sektoren	extra/intra	national	
<i>Schuldverschreibungen</i>	extra/intra	national	
— Anleihen	extra/intra	national	
i) Währungsbehörden	extra/intra	national	
ii) Staat	extra/intra	national	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	extra/intra	national	
iv) Übrige Sektoren	extra/intra	national	
— Geldmarktpapiere	extra/intra	national	
i) Währungsbehörden	extra/intra	national	
ii) Staat	extra/intra	national	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	extra/intra	national	
iv) Übrige Sektoren	extra/intra	national	
<b>III. Finanzderivate</b>	extra	extra	extra
i) Währungsbehörden	extra	extra	extra
ii) Staat	extra	extra	extra
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	extra	extra	extra
iv) Übrige Sektoren	extra	extra	extra
<b>IV. Übriger Kapitalverkehr</b>	extra	extra	extra
i) Währungsbehörden	extra	extra	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	extra	extra	
— Sonstige Aktiva/Passiva	extra	extra	

	Aktiva	Passiva	Saldo
ii) Staat	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
iv) Übrige Sektoren	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Handelskredite	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
— Kredite	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Sonstige Aktiva/Passiva	<i>extra</i>	<i>extra</i>	
<b>V. Währungsreserven</b>	<i>extra</i>		
<i>Gold</i>	<i>extra</i>		
<i>SZRe</i>	<i>extra</i>		
<i>Reserveposition beim IWF</i>	<i>extra</i>		
<i>Devisenreserven</i>	<i>extra</i>		
— Sorten und Einlagen	<i>extra</i>		
— Bei Währungsbehörden	<i>extra</i>		
— Bei MFI (ohne Zentralbanken)	<i>extra</i>		
— Wertpapiere	<i>extra</i>		
— Dividendenwerte	<i>extra</i>		
— Anleihen	<i>extra</i>		
— Geldmarktpapiere	<i>extra</i>		
— Finanzderivate	<i>extra</i>		
<i>Sonstige Forderungen</i>	<i>extra</i>		

(<sup>1</sup>) „*extra*“ — bezeichnet Positionen mit Gebietsfremden (bei Forderungen aus Wertpapieranlagen wird damit auf die Gebietsansässigkeit des Emittenten Bezug genommen).

„*intra*“ — bezeichnet Positionen zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.

„*national*“ — bezeichnet alle grenzüberschreitenden Positionen von Gebietsansässigen eines teilnehmenden Mitgliedstaats (wird nur im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen und dem Netto-Saldo der Position „Finanzderivate“ verwendet).

(<sup>2</sup>) Gliederung nach Sektoren nach i) gebietsansässigen Inhabern bei Forderungen aus Wertpapieranlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets und nach ii) gebietsansässigen Emittenten bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen innerhalb des Euro-Währungsgebiets.

TABELLE 6

Statistik über Schuldverschreibungen für die Analyse der internationalen Rolle des Euro als Anlagewährung <sup>(1)</sup>

Euro	<b>Transaktionen in den ersten/letzten sechs Monaten des Jahres</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	<b>Positionen Ende Juni/Ende Dezember</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
— Anleihen	<i>extra /intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra /intra</i>	<i>national</i>	
US-Dollar	<b>Transaktionen in den ersten/letzten sechs Monaten des Jahres</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
	— Anleihen	<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
	— Geldmarktpapiere	<i>extra /intra</i>	<i>national</i>
	<b>Positionen Ende Juni/Ende Dezember</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
Sonstige Währungen	<b>Transaktionen in den ersten/letzten sechs Monaten des Jahres</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
	<b>Positionen Ende Juni/Ende Dezember</b>		
	Schuldverschreibungen	Aktiva	Passiva
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
		<i>extra/intra</i>	<i>national</i>
— Anleihen	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	
— Geldmarktpapiere	<i>extra/intra</i>	<i>national</i>	

(1) „*extra*“ — bezeichnet Transaktionen/Positionen mit Gebietsfremden (bei Forderungen aus Wertpapieranlagen und damit verbundenem Vermögenseinkommen wird damit auf die Gebietsansässigkeit des Emittenten Bezug genommen).  
 „*intra*“ — bezeichnet Transaktionen/Positionen zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.  
 „*national*“ — bezeichnet alle grenzüberschreitenden Transaktionen/Positionen von Gebietsansässigen eines teilnehmenden Mitgliedstaats (wird nur im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen und dem Netto-Saldo der Position „Finanzderivate“ verwendet).

TABELLE 7

**Vierteljährliche nationale Beiträge zur Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets mit geografischer Gliederung<sup>(1)</sup>**

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
Warenhandel	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
Dienstleistungen	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
Erwerbs- und Vermögenseinkommen			
Erwerbseinkommen	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
Vermögenseinkommen			
— aus Direktinvestitionen	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
— aus Wertpapieranlagen	Stufe 3		
— übrige Vermögenseinkommen	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
Laufende Übertragungen	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
<b>II. Vermögensübertragungen</b>	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
	Nettoforderungen	Nettoverbindlichkeiten	Saldo
<b>III. Kapitalbilanz</b>			
Direktinvestitionen			Stufe 3
Im Ausland			Stufe 3
— Beteiligungskapital			Stufe 3
— Reinvestierte Gewinne			Stufe 3
— Sonstige Anlagen			Stufe 3
Im Berichtsland			Stufe 3
— Beteiligungskapital			Stufe 3
— Reinvestierte Gewinne			Stufe 3
— Sonstige Anlagen			Stufe 3
— Wertpapieranlagen	Stufe 3		
Dividendenwerte	Stufe 3		
Schuldverschreibungen	Stufe 3		
— Anleihen	Stufe 3		
— Geldmarktpapiere	Stufe 3		
Finanzderivate			
Übriger Kapitalverkehr	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
i) Währungsbehörden	Stufe 3	Stufe 3	
ii) Staat	Stufe 3	Stufe 3	
— Handelskredite	Stufe 3	Stufe 3	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	Stufe 3	Stufe 3	
— Kredite	Stufe 3		
— Sorten und Einlagen	Stufe 3		
— Sonstige Aktiva/Passiva	Stufe 3	Stufe 3	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	Stufe 3	Stufe 3	
iv) Übrige Sektoren	Stufe 3	Stufe 3	
— Handelskredite	Stufe 3	Stufe 3	
— Finanzkredite und Bankeinlagen	Stufe 3	Stufe 3	
— Kredite	Stufe 3		
— Sorten und Einlagen	Stufe 3		
— Sonstige Aktiva/Passiva	Stufe 3	Stufe 3	
Währungsreserven			

<sup>(1)</sup> Stufe 3 bezieht sich auf die geografische Gliederung, die in Tabelle 9 näher dargestellt wird.

TABELLE 8

**Jährliche nationale Beiträge zum Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets mit geografischer Gliederung <sup>(1)</sup>**

	Aktiva	Passiva	Saldo
<b>I. Direktinvestitionen</b>			
<i>Im Ausland</i>	Stufe 3		
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne	Stufe 3		
— Sonstige Anlagen	Stufe 3		
<i>Im Berichtsland</i>		Stufe 3	
— Beteiligungskapital und reinvestierte Gewinne		Stufe 3	
— Sonstige Anlagen		Stufe 3	
<b>II. Wertpapieranlagen</b>			
<i>Dividendenwerte</i>	Stufe 3		
<i>Schuldverschreibungen</i>	Stufe 3		
— Anleihen	Stufe 3		
— Geldmarktpapiere	Stufe 3		
<b>III. Finanzderivate</b>			
<b>IV. Übriger Kapitalverkehr</b>	Stufe 3	Stufe 3	Stufe 3
i) Währungsbehörden	Stufe 3	Stufe 3	
ii) Staat	Stufe 3	Stufe 3	
— Handelskredite	Stufe 3		
— Finanzkredite und Bankeinlagen	Stufe 3		
— Kredite	Stufe 3		
— Sorten und Einlagen	Stufe 3		
— Sonstige Aktiva/Passiva	Stufe 3	Stufe 3	
iii) MFI (ohne Zentralbanken)	Stufe 3	Stufe 3	
iv) Übrige Sektoren	Stufe 3	Stufe 3	
— Handelskredite	Stufe 3		
— Finanzkredite und Bankeinlagen	Stufe 3		
— Kredite	Stufe 3		
— Sorten und Einlagen	Stufe 3		
— Sonstige Aktiva/Passiva	Stufe 3		
<b>V. Währungsreserven</b>			

<sup>(1)</sup> Stufe 3 bezieht sich auf die geografische Gliederung, die in Tabelle 9 näher dargestellt wird.

TABELLE 9

**Geografische Gliederung der EZB in Bezug auf die vierteljährliche Zahlungsbilanz und den jährlichen Auslandsvermögensstatus**

---

— Dänemark
— Schweden
— Vereinigtes Königreich
— EU-Institutionen <sup>(1)</sup>
— Sonstige EU-Mitgliedstaaten (d. h. die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei) <sup>(2)</sup>
— Schweiz
— Kanada
— Vereinigte Staaten
— Japan
— Offshore-Zentren <sup>(3)</sup>
— Internationale Organisationen ohne EU-Institutionen <sup>(4)</sup>
— Sonstige <sup>(5)</sup>

---

<sup>(1)</sup> Siehe Tabelle 12 für Zusammensetzung. Keine Einzelaufgliederung erforderlich.

<sup>(2)</sup> Keine Einzelaufgliederung erforderlich.

<sup>(3)</sup> Nur für die Kapitalbilanz in der Zahlungsbilanz, dem damit verbundenen Vermögenseinkommen und den Auslandsvermögensstatus verbindlich. Stromgrößen der Leistungsbilanz (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen) gegenüber Offshore-Zentren können entweder getrennt oder zusammengefasst unter der Kategorie „Sonstige“ gemeldet werden. Siehe Tabelle 11 für Zusammensetzung. Keine Einzelaufgliederung erforderlich.

<sup>(4)</sup> Siehe Tabelle 12 für Zusammensetzung. Keine Einzelaufgliederung erforderlich.

<sup>(5)</sup> Als „Sonstige“ berechnet (wobei bei den nationalen Beiträgen insgesamt zur Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets/zum Auslandsvermögensstatus die den oben aufgezählten Gegenwerten entsprechenden Beträge nicht einbezogen werden).

---

TABELLE 10

**Zu Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gehörende Gebiete bzw. mit Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets assoziierte Länder**

---

**Zum Euro-Währungsgebiet gehörende Gebiete:**

— Helgoland: Deutschland
— Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla: Spanien
— Monaco, französische Überseedepartments Guyana, Guadeloupe, Martinique, Réunion, Saint Pierre und Miquelon, Mayotte: Frankreich
— Madeira, Azoren: Portugal
— Åland-Inseln: Finnland

---



---

**Mit Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets assoziierte, in die übrige Welt einzuschließende Gebiete:**

— Büsingen (nicht Deutschland)
— Andorra (weder Spanien noch Frankreich)
— Niederländische Antillen und Aruba (nicht die Niederlande)
— Französisch Polynesien, Neukaledonien sowie die Wallis- und die Futuna-Inseln (nicht Frankreich)
— San Marino und Vatikanstadt (nicht Italien)

---

TABELLE 11

**Liste der Offshore-Zentren für die geografische Gliederung der EZB in Bezug auf die vierteljährlichen Zahlungsbilanzstromgrößen und die jährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus**

ISO-Code	Eurostat + OECD Offshore-Finanzzentrum
AD	Andorra
AG	Antigua und Barbuda
AI	Anguilla
AN	Niederländische Antillen
BB	Barbados
BH	Bahrain
BM	Bermuda
BS	Bahamas
BZ	Belize
CK	Cook-Inseln
DM	Dominica
GD	Grenada
GG	Guernsey
GI	Gibraltar
HK	Hongkong
IM	Isle of Man
JE	Jersey
JM	Jamaica
KN	Saint Kitts und Nevis
KY	Cayman-Inseln
LB	Libanon
LC	Saint Lucia
LI	Liechtenstein
LR	Liberia
MH	Marshall-Inseln
MS	Montserrat
MV	Malediven
NR	Nauru
NU	Niue
PA	Panama
PH	Philippinen
SG	Singapur
TC	Turks- und Caicos-Inseln
VC	Saint Vincent und die Grenadinen
VG	Britische Jungferninseln
VI	Amerikanische Jungferninseln
VU	Vanuatu
WS	Samoa

TABELLE 12

**Liste der internationalen Organisationen<sup>21</sup> für die geografische Gliederung der EZB in Bezug auf die vierteljährlichen Zahlungsbilanzstromgrößen und den jährlichen Auslandsvermögensstatus****1. Institutionen der Europäischen Union****1.1. Wichtige Institutionen, Organe und Einrichtungen der Europäischen Union (ohne die EZB)**

EIB (Europäische Investitionsbank)  
EC (Europäische Kommission)  
EDF (Europäischer Entwicklungsfonds)  
EIF (Europäischer Investitionsfonds)

**1.2. Sonstige aus dem allgemeinen Haushalt finanzierte Institutionen, Organe und Einrichtungen der Europäischen Union**

Europäisches Parlament  
Rat der Europäischen Union  
Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften  
Europäischer Rechnungshof  
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Ausschuss der Regionen  
Sonstige Institutionen, Organe und Einrichtungen der Europäischen Union

**2. Internationale Organisationen****2.1. Internationale Währungsorganisationen**

IWF (Internationaler Währungsfonds)  
BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich)

**2.2. Internationale Nicht-Währungsorganisationen****2.2.1. Wichtige Organisationen der Vereinten Nationen**

WTO (Welthandelsorganisation)  
IBWE (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)  
IDA (Internationale Entwicklungsorganisation)

**2.2.2. Sonstige Organisationen der Vereinten Nationen**

Unesco (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)  
FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)  
WHO (Weltgesundheitsorganisation)  
IFAD (Internationaler Agrarentwicklungsfonds)  
IFC (Internationale Finanzkorporation)  
MIGA (Multilaterale Investitions-Garantie Agentur)  
Unicef (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)  
UNHCR (Amt des Flüchtlingsbeauftragten (des Hohen Flüchtlingskommissars) der Vereinten Nationen)  
UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten)  
IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation)  
IAO (Internationale Arbeitsorganisation)  
ITU (Internationale Fernmelde-Union)

### 2.2.3. Sonstige wichtige Institutionen, Organe und Einrichtungen (ohne die EZB)

OECD (Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit)

IADB (Inter-Amerikanische Entwicklungsbank)

AfDB (Afrikanische Entwicklungsbank)

AsDB (Asiatische Entwicklungsbank)

EBWE (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

IIC (Inter-Amerikanische Investitionsbank)

NIB (Nordische Investitionsbank)

IBEC (International Bank for Economic Co-operation)

IIB (International Investment Bank)

CDB (Karibische Entwicklungsbank)

AMF (Arabischer Währungsfonds)

BADEA (Arabische Bank für Entwicklung in Afrika)

CASDB (Central African States Development Bank)

ADF (Afrikanischer Entwicklungsfonds)

AsDF (Asiatischer Entwicklungsfonds)

Fonds spécial unifié de développement

CABEI (Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration)

ADC (Andean Development Corporation)

### 2.2.4. Sonstige internationale Organisationen

NATO (Nordatlantikvertragsorganisation)

Europarat

IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)

ESA (Europäische Weltraumorganisation)

EPO (Europäische Patentorganisation)

Eurocontrol (Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt)

EUTELSAT (Europäische Fernmeldesatellitenorganisation)

INTELSAT (Internationale Fernmeldesatellitenorganisation)

EBU/UER (Union der Europäischen Rundfunkorganisationen)

EUMETSAT (European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites)

ESO (Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre)

EZMW (Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage)

EMBL (Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie)

CERN (Europäische Organisation für Kernforschung)

IOM (Internationales Amt für Wanderungsbewegungen)

TABELLE 13

**Zusammenfassung der Anforderungen und Fristen**

Position	Erster Referenzzeitraum/erste Referenzzeiträume	Erste Übertragung/Frist	Relevante Bestimmung(en) der vorliegenden Empfehlung sowie der Leitlinie EZB/2004/15
<b>Geografische Gliederung (ohne sonstige Anlageinstrumente)</b>			Leitlinie Art. 2 Abs. 4, Empfehlung IV Abschnitt 2
Vierteljährliche Zahlungsbilanz	Q1 2003 bis Q1 2004	Ende Juni 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 7
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2002 und 2003	Ende September 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 8
<b>Geografische Gliederung für sonstige Anlageinstrumente</b>			Leitlinie Art. 2 Abs. 4, Empfehlung Anhang IV Abschnitt 2
Vierteljährliche Zahlungsbilanz	Q1 2004 bis Q2 2005	Ende September 2005	Empfehlung Anhang III, Tabelle 7
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2003 und 2004	Ende September 2005	Empfehlung Anhang III, Tabelle 8
<b>Vierteljährlicher Auslandsvermögensstatus</b>	Q4 2003 bis Q3 2004	Ende Dezember 2004	Leitlinie Art. 3 Abs. 4
<b>Wertpapieranlagen (s-b-s)</b>			
Vierteljährlicher Auslandsvermögensstatus	Position von Q4 2007	Ende März 2008	Leitlinie Art. 2 Abs. 6
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2007	Ende September 2008	Leitlinie Art. 2 Abs. 6
<b>Forderungen aus Wertpapieranlagen innerhalb des Euro-Währungsgebiets, gegliedert nach Sektor des Emittenten</b>			Leitlinie Art. 2 Abs. 3
Monatliche Zahlungsbilanz	Januar bis April 2006	Juni 2006	Empfehlung Anhang III, Tabelle 1
Vierteljährliche Zahlungsbilanz	Q1 2006	Ende Juni 2006	Empfehlung Anhang III, Tabelle 2
Vierteljährlicher Auslandsvermögensstatus	Q4 2005 und Q1 2006	Ende Juni 2006	Empfehlung Anhang III, Tabellen 4—5
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2005	Ende September 2006	Empfehlung Anhang III, Tabellen 4—5
Ausländische Direktinvestitionen, zusätzliche Gliederung nach Bewertung der Beteiligungskapitalbestände			Empfehlung Anhang IV, Abschnitt 1.3
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2004 und 2005	Ende September 2006	Empfehlung Anhang III, Tabelle 5 und Anhang IV, Tabelle 1
<b>Gliederung nach Krediten/Einlagen</b>			
Monatliche Zahlungsbilanz	Januar und Februar 2004	April 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 1
Vierteljährliche Zahlungsbilanz	Q1 2004	Ende Juni 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 2
Vierteljährlicher Auslandsvermögensstatus	Q4 2003 bis Q3 2004	Ende Dezember 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 4
Jährlicher Auslandsvermögensstatus	2003	Ende September 2004	Empfehlung Anhang III, Tabelle 5

Position	Erster Referenzzeitraum/erste Referenzzeiträume	Erste Übertragung/Frist	Relevante Bestimmung(en) der vorliegenden Empfehlung sowie der Leitlinie EZB/2004/15
<b>Gliederung von Schuldverschreibungen nach Währung (EUR/Währungen außer EUR)</b> Im Zeitraum von sechs Monaten stattfindende Transaktionen Positionen Ende Juni/Ende Dezember	Juli bis Dezember 2004  2004	Ende Juni 2005  Ende Juni 2005	Leitlinie Art. 3 Abs. 6  Empfehlung Anhang III, Tabelle 6  Empfehlung Anhang III, Tabelle 6
<b>Gliederung von Schuldverschreibungen nach Währungen (EUR/USD/sonstige Währungen)</b> Im Zeitraum von sechs Monaten stattfindende Transaktionen Positionen Ende Juni/Ende Dezember	Juli bis Dezember 2007  2007	Ende Juni 2008  Ende Juni 2008	Leitlinie Art. 3 Abs. 6  Empfehlung Anhang III, Tabelle 6  Empfehlung Anhang III, Tabelle 6

## ANHANG IV

**KONZEPTE UND DEFINITIONEN, DIE DER ZAHLUNGSBILANZ, DEM AUSLANDSVERMÖGENSSTATUS UND DEM OFFENLEGUNGSTABLEAU ZUGRUNDE LIEGEN**

Um aussagekräftige aggregierte außenwirtschaftliche Statistiken für das Euro-Währungsgebiet erstellen zu können, wurden die Konzepte und Definitionen für die Bereiche Zahlungsbilanzstatistik (Erwerbs- und Vermögenseinkommen, Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz), Auslandsvermögensstatus und Offenlegungstableau festgelegt. Diesen Konzepten und Definitionen liegen das so genannte „Implementation Package“ (Juli 1996) und ergänzende, vom EZB-Rat verabschiedete Dokumente zugrunde. Die Festlegung der Konzepte und Definitionen erfolgte in Anlehnung an die geltenden internationalen Standards wie die 5. Auflage des Zahlungsbilanzhandbuchs des Internationalen Währungsfonds (IWF) (nachfolgend als „BPM5“ bezeichnet) und das IWF/Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)-Offenlegungstableau. Die wichtigsten Harmonisierungsvorschläge sind im Folgenden in Übereinstimmung mit den Anmerkungen zur Methodik der EZB in Bezug auf „Balance of payments and international investment position of the euro area (including reserves)“ aufgelistet, die auf der Website der EZB unter <http://www.ecb.int> abrufbar sind. Weitere Anhaltspunkte bieten die Kapitel 2 und 3 der EZB-Veröffentlichung „European Union balance of payments/international investment position statistical methods“ (nachfolgend als „B.o.p. Book“ bezeichnet), die jährlich aktualisiert wird und sowohl auf der Website der EZB abrufbar als auch in gedruckter Form erhältlich ist.

**1. Konzepte und Definitionen ausgewählter Positionen****1.1. Vermögenseinkommen (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.4)**

Als Vermögenseinkommen gelten Einkommen Gebietsansässiger aus Kapitalanlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets (Einnahmen) sowie umgekehrt Einkommen Gebietsfremder aus Kapitalanlagen innerhalb des Euro-Währungsgebiets (Ausgaben). Wo diese Positionen getrennt bestimmt werden können, werden Gewinne und Verluste aus (Kapital-)Anlagen nicht als Einkommen aus Vermögensanlagen, sondern als Änderungen des Werts der Vermögensanlagen aufgrund von Marktpreisänderungen verbucht.

In der Position „Vermögenseinkommen“ werden Einnahmen im Zusammenhang mit Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und übrige Vermögenseinkommen sowie Erträge aus Währungsreserven des Eurosystems erfasst. Die mit Zinsderivaten verbundenen Nettokapitalflüsse werden jedoch in der Kapitalbilanz unter „Finanzderivate“ erfasst. Reinvestierte Gewinne werden unter „Vermögenseinkommen aus Direktinvestitionen“ erfasst. Sie werden definiert als der auf den Direktinvestor entfallende Teil an den konsolidierten, vom jeweiligen Direktinvestitionsempfänger im betreffenden Referenzzeitraum erwirtschafteten Gesamtgewinnen (nach Abzug von Steuern, Zinsen und Abschreibungen) abzüglich von im Referenzzeitraum zur Zahlung fälligen Dividenden, auch wenn diese Dividenden sich auf Gewinne beziehen, die in früheren Referenzzeiträumen erwirtschaftet wurden.

Die Anforderungen für die monatlichen und vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten decken sich nahezu vollständig mit den im Zahlungsbilanzhandbuch des IWF (BPM5) definierten Standardkomponenten. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die EZB bei den Vermögenseinkommen aus Direktinvestitionen keine Gliederung der Erträge aus Beteiligungskapital in ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne verlangt.

Zinserträge werden auf Periodenabgrenzungsbasis erfasst (für monatliche Daten nicht erforderlich). Dividenden werden zu dem Zeitpunkt erfasst, zu dem sie ausgeschüttet werden. Reinvestierte Gewinne werden in dem Berichtszeitraum erfasst, in dem sie anfallen.

**1.2. Vermögensübertragungen (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.6)**

Die Vermögensübertragungsbilanz besteht aus den Positionen „Vermögensübertragungen“ und „Erwerb/Veräußerung von immateriellen, nicht produzierten Vermögensgütern“. Die „Laufenden Übertragungen“ werden in der Leistungsbilanz erfasst. Die Position „Vermögensübertragungen“ umfasst i) Eigentumsübertragungen von Anlagevermögen, ii) Übertragungen von mit dem Erwerb/der Veräußerung von Anlagevermögen verbundenen oder davon abhängigen Kapitalmitteln und iii) den Erlass von Verbindlichkeiten durch Gläubiger, ohne dass hierfür eine Gegenleistung erbracht wird. Vermögensübertragungen können in Geld- oder Sachform erfolgen (wie zum Beispiel der Erlass von Schulden). Die Unterscheidung zwischen laufenden Übertragungen und Vermögensübertragungen richtet sich in der Praxis nach der Verwendung der übertragenen Vermögenswerte im Empfängerland. Die Position „Erwerb/Veräußerung von immateriellen, nicht produzierten Vermögensgütern“ umfasst hauptsächlich immaterielle Vermögensgegenstände wie zum Beispiel Patente, Miet-/Leasing- oder sonstige übertragbare Verträge. Lediglich der Erwerb/die Veräußerung entsprechender Vermögensgüter im Rahmen dieser Position der Vermögensübertragungsbilanz werden erfasst, nicht jedoch deren Verwendung.

Während gemäß den Standardkomponenten des IWF die Vermögensübertragungsbilanz nach Sektoren in die Positionen „Staat“ und „Übrige Sektoren“ (und darunter jeweils funktional) gegliedert ist, erhebt die EZB nur den Saldo der Vermögensübertragungen insgesamt; es wird keine Untergliederung verlangt.

### 1.3. Direktinvestitionen (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.7)

Direktinvestitionen formen eine Unterkategorie des Auslandsvermögens und spiegeln das Ziel eines in einer Volkswirtschaft ansässigen Rechtssubjekts wider, ein langfristiges Interesse an einem in einer anderen Volkswirtschaft ansässigen Unternehmen zu erwerben. Im Falle der Zahlungsbilanz/des Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets wird in Übereinstimmung mit internationalen Standards (IWF) vom Kriterium einer 10%igen Beteiligung auf das Vorhandensein einer Direktinvestitionsbeziehung, d. h. eines langfristigen Interesses, geschlossen. Auf der Basis dieses Kriteriums kann eine Direktinvestitionsbeziehung zwischen einer Reihe von verbundenen Unternehmen bestehen, unabhängig davon, ob die Verflechtungen nur einen einzigen Beteiligungsstrang oder mehrere Beteiligungsstränge betreffen, und kann sich auf die Tochtergesellschaften, Einzelgesellschaften und andere verbundene Unternehmen des Unternehmens, das eine Direktinvestition tätigt, erstrecken. Ist die Direktinvestition einmal getätigt, so werden alle nachfolgenden Finanztransaktionen/-anlagen zwischen/gegenüber den verbundenen Rechtssubjekten als Direktinvestitionstransaktionen/-positionen <sup>(1)</sup> erfasst.

Nach den IWF-Standards bzw. den Eurostat-/OECD-Richtlinien werden Direktinvestitionsbeziehungen des Euro-Währungsgebiets nach den zugrunde liegenden Eigentumsverhältnissen („directional principle“) erfasst; dies bedeutet, dass die Finanztransaktionen zwischen einem im Euro-Währungsgebiet ansässigen Direktinvestor und den außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässigen Direktinvestitionsempfängern als „Direktinvestitionen im Ausland“ erfasst werden. Umgekehrt werden Finanztransaktionen zwischen im Euro-Währungsgebiet ansässigen Direktinvestitionsempfängern und außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässigen Direktinvestoren unter der Position „Direktinvestitionen im Berichtsland“ der Zahlungsbilanz für das Euro-Währungsgebiet erfasst.

Unter Direktinvestitionen fallen „Beteiligungskapital“, „Reinvestierte Gewinne“ und „Sonstige Anlagen“ im Zusammenhang mit den verschiedenen Arten von unternehmensinterner Fremdkapitalfinanzierung. Zum „Beteiligungskapital“ zählen das Beteiligungskapital von Zweigniederlassungen sowie Beteiligungen an Tochtergesellschaften und anderen verbundenen Unternehmen. Die Position „Reinvestierte Gewinne“ umfasst die Gegenbuchung für den auf den Direktinvestor entfallenden Teil an den nicht als Dividende ausgeschütteten Erträgen von Tochtergesellschaften oder anderen verbundenen Unternehmen und Erträgen von Zweigniederlassungen, die dem Direktinvestor nicht zugeflossen sind und die unter „Vermögenseinkommen“ erfasst wurden. Unter die Position „Sonstige Anlagen“ fallen alle Finanztransaktionen zwischen verbundenen Unternehmen (aus der Aufnahme und Gewährung von Fremdkapitalmitteln) — einschließlich Schuldverschreibungen und Lieferantenkredite (d. h. Handelskredite) — zwischen Direktinvestoren und Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen und anderen verbundenen Unternehmen.

Zur Bewertung von Direktinvestitionsbeständen werden nach dem international empfohlenen Ansatz die Marktpreise zugrunde gelegt. Dieser Ansatz findet bei der Bewertung der Beteiligungskapitalbestände von an der Börse notierten Unternehmen, in die Direktinvestitionen getätigt werden, Anwendung. Umgekehrt erfolgt die Bewertung der Beteiligungskapitalbestände von nicht an der Börse notierten Unternehmen, in die Direktinvestitionen getätigt werden, auf Grundlage von Buchwerten, wobei eine einheitliche Abgrenzung verwendet wird, die folgende Bilanzposten umfasst:

- i) das eingezahlte Kapital (ohne eigene Aktien und einschließlich Aktien (Agio)),
- ii) Rücklagen jeglicher Art (einschließlich Investitionszuschüsse, wenn sie nach den Bilanzierungsrichtlinien als Unternehmensrücklagen anzusehen sind) sowie
- iii) nicht ausgeschüttete Gewinne nach Abzug von Verlusten (einschließlich der Ergebnisse für das laufende Jahr).

Die Buchwerte der Beteiligungskapitalbestände von an der Börse notierten Unternehmen, in die Direktinvestitionen getätigt werden, werden als nachrichtliche Positionen benötigt, wobei dieselbe einheitliche Abgrenzung angewendet wird.

Das Ergebnis der Arbeit der gemeinsamen Task Force der EZB und der Europäischen Kommission (Eurostat) hinsichtlich Direktinvestitionen waren einige Empfehlungen, die auf die Harmonisierung der Methoden und Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten abzielen. Tabelle 1 bietet eine Übersicht über die wichtigsten Empfehlungen.

### 1.4. Wertpapieranlagen (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.8)

Die Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets umfassen i) Dividendenwerte und ii) Schuldverschreibungen in Form von Anleihen und Geldmarktpapieren, sofern diese nicht unter der Position „Direktinvestitionen“ oder „Währungsreserven“ erfasst sind. Finanzderivate sowie Repos und Wertpapierkredite gehören nicht zu den Wertpapieranlagen.

Die Position „Dividendenwerte“ erfasst alle Instrumente, die Forderungen auf den Liquidationswert von Kapitalgesellschaften darstellen, nachdem die Forderungen aller Gläubiger befriedigt wurden. Aktien, Kapitalanteile, Vorzugsaktien, Beteiligungen und ähnliche Dokumente bezeichnen den Besitz von Dividendenwerten. Transaktionen in bzw. der Besitz von Anteilen an Investmentfonds werden hier ebenfalls erfasst.

Anleihen sind begebene Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr, die dem Inhaber üblicherweise i) das uneingeschränkte Recht auf feste monetäre Einkünfte bzw. auf vertraglich festgelegte, variable monetäre Einkünfte (wobei die Zinszahlung unabhängig vom Gewinn des Schuldners ist), sowie ii) das uneingeschränkte Recht auf Rückzahlung eines festgelegten Betrags zu einem bestimmten Zeitpunkt verleihen.

Im Unterschied zu Anleihen sind Geldmarktpapiere begebene Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr einschließlich. Im Allgemeinen verleihen sie dem Inhaber das uneingeschränkte Recht, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen vereinbarten, festen Geldbetrag zu erhalten. In der Regel werden diese Instrumente mit einem Abschlag an organisierten Märkten gehandelt, wobei sich der Abschlag nach dem Zinssatz und der Restlaufzeit richtet.

Dem Bericht der „Task Force on Portfolio Investment Data Collection Systems“ folgten nationale Studien über die Durchführbarkeit der Datenerhebung auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen für das gesamte Euro-Währungsgebiet. Diese Studien wurden von den damals 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt und führten zu der Vereinbarung, mindestens vierteljährliche Bestandsangaben der Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen zu erheben. Diese Vereinbarung enthält vier gültige Modelle für die Erstellung von Statistiken über Wertpapieranlagen; diese sind in der in Anhang VII enthaltenen Tabelle dargestellt.

<sup>(1)</sup> Ausnahmen bilden Transaktionen und Positionen in Finanzderivaten zwischen verbundenen Unternehmen, die, wie auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets vereinbart, in der Kategorie „und nicht unter“ „Direktinvestitionen/ sonstige Anlagen“ erfasst werden.

Für die Gliederung der Nettoverbindlichkeiten aus Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets nach Sektoren gelten dieselben Anforderungen bezüglich der Daten über den Auslandsvermögensstatus wie für die Zahlungsbilanzstromgrößen.

Transaktionen in Wertpapieranlagen werden in der Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets erfasst, wenn der im Euro-Währungsgebiet ansässige Gläubiger oder Schuldner die Forderungen oder Verbindlichkeiten in seinen Büchern erfasst hat. Die Transaktionen werden zum tatsächlich gezahlten oder vereinnahmten Preis abzüglich Kosten und Provisionen erfasst. Bei verzinslichen Wertpapieren wird daher der seit der letzten Zinszahlung aufgelaufene Zins, bei abgezinsten Wertpapieren der seit der Ausgabe akkumulierte Zins eingeschlossen. Aufgelaufene Zinsen sind für die Kapitalbilanz der vierteljährlichen Zahlungsbilanzstatistik und des Auslandsvermögensstatus einzuschließen; in der monatlichen Zahlungsbilanzstatistik sollte ebenso vorgegangen werden: diese Erfassungen müssen in der vierteljährlichen (und monatlichen) Kapitalbilanz Gegenbuchungen in der jeweiligen Position „Erwerbs- und Vermögenseinkommen“ aufweisen.

#### 1.5. Finanzderivate (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.9)

Finanzderivate sind Finanzinstrumente, die an einen bestimmten Basiswert (Finanzinstrument, Index oder Ware) gekoppelt sind und mittels derer bestimmte finanzielle Risiken eigenständig auf den Finanzmärkten gehandelt werden können. Transaktionen in Finanzderivaten werden als eigenständige Geschäfte und nicht als integraler Bestandteil des Werts der Basistransaktionen behandelt, auf den sie sich beziehen.

In dieser Position der Zahlungsbilanz, der Währungsreserven und Fremdwährungsliquidität und des Auslandsvermögensstatus werden Transaktionen/Positionen im Zusammenhang mit Devisentermingeschäften, Futures, Swaps, Optionsgeschäften, Kreditderivaten und eingebetteten Derivaten erfasst. Aus praktischen Gründen wird nicht zwischen eingebetteten Derivaten und den ihnen zugrunde liegenden Basisinstrumenten unterschieden.

Die mit Zinsderivaten verbundenen Nettokapitalflüsse werden im Einklang mit dem neuesten internationalen Standard als „Finanzderivate“ und nicht als „Vermögenseinkommen“ erfasst. Die Klassifizierung spezifischer Instrumente von Kreditderivaten sollte nach Maßgabe des jeweiligen Einzelfalls erfolgen.

Einschüsse („initial margins“) werden als zusätzliche Einlage angesehen und sollen, soweit identifizierbar unter der Position „Übriger Kapitalverkehr“ erfasst werden. Die Verbuchung von Nachschüssen („variation margins“) hängt von der Art der Nachschusszahlung ab: Nachschusszahlungen bei Optionsgeschäften gelten grundsätzlich als Veränderung der Einlagen und sollten, soweit identifizierbar, unter der Position „übriger Kapitalverkehr“ erfasst werden. Nachschusszahlungen bei Futurespositionen gelten grundsätzlich als Transaktionen in Derivaten und sollten deshalb unter der Position „Finanzderivate“ erfasst werden.

Bei Optionen wird die volle Prämie (d. h. der Kauf-/Verkaufspreis einer Option und die enthaltene Bearbeitungsgebühr) erfasst.

Die Bewertung von Finanzderivaten sollte nach dem Marktwertprinzip erfolgen.

Die Erfassung der Finanztransaktionen erfolgt in dem Zeitraum, in dem sowohl der im Euro-Währungsgebiet ansässige Gläubiger als auch der im Euro-Währungsgebiet ansässige Schuldner die Forderung bzw. die Verbindlichkeit verbuchen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, bei gewissen Derivaten in der Praxis Forderungen und Verbindlichkeiten voneinander zu trennen, werden sämtliche Transaktionen in Finanzderivaten in der Zahlungsbilanz des Euro-Währungsgebiets netto verbucht. Für den Auslandsvermögensstatus werden Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Finanzderivaten hingegen brutto erfasst, mit Ausnahme der Finanzderivate, die unter die Kategorie „Währungsreserven“ fallen und netto verbucht werden.

#### 1.6. Übriger Kapitalverkehr (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.10)

Der „Übrige Kapitalverkehr“ wird als eine Restgröße definiert, unter die sämtliche nicht als „Direktinvestitionen“, „Wertpapieranlagen“, „Finanzderivate“ oder „Währungsreserven“ klassifizierte Finanztransaktionen fallen.

Unter den „Übrigen Kapitalverkehr“ fallen „Handelskredite“, „Finanzkredite und Bankeinlagen“ sowie „Sonstige Aktiva“/„Sonstige Passiva“. Ebenso enthalten sind die Gegenbuchungen für periodengerecht abgegrenzte Erträge aus Instrumenten, die unter „Übriger Kapitalverkehr“ eingestuft werden.

Die Position „Handelskredite“ umfasst Forderungen oder Verbindlichkeiten aus der direkten Gewährung von Krediten durch bzw. an im Euro-Währungsgebiet ansässige Lieferanten bzw. Käufer aufgrund von wares- und dienstleistungsbezogenen Transaktionen und Vorauszahlungen für laufende (oder anstehende) Arbeiten in Verbindung mit solchen Transaktionen.

Unter „Finanzkredite und Bankeinlagen“ fallen Transaktionen/Anlagen im Zusammenhang mit folgenden Finanzinstrumenten: Kredite, d. h. im Wege der direkten Kreditgewährung durch einen Gläubiger (Kreditgeber) an einen Schuldner (Kreditnehmer) geschaffene Finanzanlagen, bei denen der Kreditgeber entweder keine Sicherheiten oder ein nicht frei übertragbares Dokument bzw. Instrument erhält, Repo- und Repo-ähnliche Geschäfte und Bankeinlagen, einschließlich unter anderem Handelsfinanzierungen, sonstige Kredite und Vorauszahlungen (einschließlich Hypotheken) und Leasingfinanzierungen. Die Unterscheidung zwischen „Krediten“ und „Bankeinlagen“ erfolgt aufgrund der Art des Kreditnehmers. Dies bedeutet, dass auf der Aktivseite Geld, das der geldhaltende Sektor des Euro-Währungsgebiets an Banken außerhalb des Euro-Währungsgebiets gewährt hat, als „Bankeinlagen“ klassifiziert wird und Geld, das der geldhaltende Sektor des Euro-Währungsgebiets an Nichtbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets (d. h. institutionelle Einheiten außer Banken) gewährt hat, als „Kredite“ klassifiziert wird. Auf der Passivseite wird von nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Nichtbanken (d. h. Nicht-MFI) aufgenommenes Geld immer als „Kredit“ verbucht. Diese Unterscheidung bedeutet letztendlich, dass alle Transaktionen, an denen MFI des Euro-Währungsgebiets und ausländische Banken beteiligt sind, als „Bankeinlagen“ klassifiziert werden.

Sämtliche Repo- und Repo-ähnlichen Geschäfte, d. h. Rückkaufsvereinbarungen, „Sell- and Buy-back“-Geschäfte und Wertpapierkredite (mit dem Austausch von Geld als Sicherheit) werden im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik/des Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets als besicherte Kredite und nicht als reine Wertpapierkauf- und -verkaufsgeschäfte behandelt und unter „Übriger Kapitalverkehr“ innerhalb des im Euro-Währungsgebiet ansässigen Sektors erfasst, der das Geschäft durchführt. Durch diese Behandlung, die auch der Bilanzierungspraxis von Banken und anderen Finanzgesellschaften entspricht, sollen die hinter diesen Finanzinstrumenten stehenden ökonomischen Beweggründe besser zum Ausdruck gebracht werden.

Die Position „Sonstige Aktiva“/„Sonstige Passiva“ umfasst alle sonstigen Posten, bei denen es sich nicht um Handels- oder Finanzkredite und Bankeinlagen handelt.

Der Sektor „Währungsbehörden“ des Euro-Währungsgebiets unter „Übriger Kapitalverkehr“ umfasst Nettopositionen des Eurosystems mit den nationalen Zentralbanken (NZB) von nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Betrieb des TARGET-Systems. Diese innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) bestehenden auf Euro lautenden Salden/Konten sind vergleichbar mit den Bewegungen auf den Nostro-/Vostro-Konten der monetären Finanzinstitute (MFI) und sind der EZB daher auf Nettobasis unter „Verbindlichkeiten“ zu melden.

Die Grundsätze „Eigentumsübergang“, „Zeitpunkt der Abrechnung“ und „Zeitpunkt der Zahlung“ stimmen mit den IWF-Standards überein.

Im Vergleich zu den BPM5-Standardkomponenten besteht ein Unterschied bezüglich der Darstellung der Gliederung (d. h. primäre Gliederung nach Sektoren). Diese Gliederung nach Sektoren ist allerdings mit der im BPM5 enthaltenen vereinbar, die BPM5-Instrumenten Priorität einräumt. Für die Aufstellung der monatlichen Zahlungsbilanzdaten wird zwischen kurzfristigen und langfristigen Anlagen des MFI-Sektors unterschieden. Analog zum BPM5-Präsentationsschema werden Sorten und Einlagen getrennt von Krediten und dem übrigen Kapitalverkehr ausgeführt.

#### 1.7. Währungsreserven (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.11)

Die Währungsreserven des Euro-Währungsgebiets bestehen aus den Währungsreserven des Eurosystems, d. h. den Währungsreserven der EZB und der NZB.

Währungsreserven müssen i) unter der uneingeschränkten Verfügungsberechtigung der betreffenden Währungsbehörde des Eurosystems oder einer NZB stehen und ii) es muss sich um hochgradig liquide und marktfähige Forderungen einwandfreier Bonität, die vom Eurosystem gegenüber Gebietsfremden gehalten werden und auf Fremdwährung (d. h. nicht auf Euro) lauten, Gold, die Reservepositionen beim IWF oder Sonderziehungsrechte (SZRe) handeln.

Nach dieser Definition sind Fremdwährungsforderungen gegenüber Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets und auf Euro lautende Forderungen gegenüber Gebietsfremden ausdrücklich davon ausgeschlossen, als Währungsreserven auf nationaler Ebene oder der Ebene des Euro-Währungsgebiets angesehen zu werden. Ebenso sind Fremdwährungspositionen von Zentralregierungen und/oder Finanzbehörden gemäß den institutionellen Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft nicht in der Definition der Währungsreserven für das Euro-Währungsgebiet enthalten.

Die Währungsreserven der EZB sind diejenigen Reserven, die gemäß Artikel 30 der Satzung des ESZB zusammengelegt und daher als unter der unmittelbaren und uneingeschränkten Verfügungsberechtigung der EZB stehend angesehen werden. Solange keine weitere Übertragung der Beteiligung stattfindet, stehen von den NZBen zurückbehaltene Währungsreserven unter deren unmittelbaren und uneingeschränkten Verfügungsberechtigung und werden als Währungsreserven der betreffenden NZB behandelt.

Der Ausweis der internationalen Währungsreservetransaktionen des Eurosystems erfolgt in Form einer monatlichen Gesamtsumme. Zusätzliche Informationen zu den Transaktionen des Eurosystems in Gold, Fremdwährungen, SZRe-Beständen und den Reservepositionen beim IWF werden vierteljährlich entsprechend den BPM5-Standardkomponenten zur Verfügung gestellt. Im Einklang mit der aktuellen Empfehlung des IWF in diesem Bereich werden Finanzderivate im Rahmen einer eigenen Kategorie ausgewiesen.

Die Währungsreserven des Eurosystems werden brutto ausgewiesen, d. h. ohne Verrechnung von reservenbezogenen Verbindlichkeiten (mit Ausnahme der in der Unterkategorie „Finanzderivate“ erfassten Reserven, die auf Nettobasis erfasst werden).

Die Bewertung beruht auf Marktpreisen, wobei i) für Transaktionen die jeweils zum Zeitpunkt der Ausführung der Transaktion gültigen Marktkurse und ii) für Bestände der mittlere Marktschlusskurs am Ende des entsprechenden Berichtszeitraums zugrunde gelegt wird. Die Umrechnung in Euro von Transaktionen in bzw. Beständen von auf Fremdwährung lautenden Reserven erfolgt jeweils zu den zum Zeitpunkt der Ausführung der Transaktion gültigen Wechselkursen am Markt und zum mittleren Marktschlusskurs am Ende des entsprechenden Berichtszeitraums.

Einkommen aus Währungsreserven wird ohne weitere Unterscheidung unter der Position „übrige Vermögenseinkommen“ der Vermögenseinkommensbilanz erfasst, einschließlich Zinserträge aus Währungsreservebeständen an Schuldverschreibungen, und mindestens vierteljährlich periodengerecht abgegrenzt.

Die Auffassung, dass so genannte verfügbare Reserven (Summe der Währungsreserven und sonstigen Auslandsforderungen abzüglich der Auslandsverbindlichkeiten einer Währungsbehörde) besseren Aufschluss über die Fähigkeit eines Landes zur Erfüllung seiner Fremdwährungsverpflichtungen geben könnten als die in der Zahlungsbilanz und im Auslandsvermögensstatus ausgewiesenen Bruttowährungsreserven, hat breitere Akzeptanz gefunden und wurde in den „Special Data Dissemination Standard“ (SDDS) des IWF aufgenommen. Zur Berechnung der verfügbaren Reserven müssen die Daten über Bruttowährungsreserven um Angaben über „Sonstige Fremdwährungsaktiva“ sowie „reservenbezogene Verbindlichkeiten“ ergänzt werden. Dementsprechend werden die monatlichen Daten zu den (Brutto-)Währungsreserven des Eurosystems um Daten über sonstige Fremdwährungsaktiva sowie feststehende kurzfristige Netto-Abflüsse und kurzfristige Eventualnetto-Abflüsse von Bruttowährungsaktiva, die nach Restlaufzeiten eingeteilt sind, ergänzt. Darüber hinaus wird eine Aufteilung der Währungen in Bruttowährungsaktiva, die auf die im SZR-Währungskorb enthaltenen Währungen (insgesamt) lauten und solchen, die auf andere Währungen (insgesamt) lauten, im Abstand von drei Monaten verlangt.

Im Hinblick auf bestimmte Positionen sollen Bestände an Gold bei allen liquiditätsentziehenden Goldtransaktionen (Goldswapgeschäfte, Repos, Finanzkredite und Bankeinlagen) unverändert bleiben. Repos bei auf Fremdwährung lautenden Wertpapieren führen zu Erhöhungen des Gesamtbetrags der Währungsreserven der kreditnehmenden NZB, was darauf zurückzuführen ist, dass die im Rahmen von Repos vorübergehend verkauften Wertpapiere weiterhin in der Bilanz erscheinen. Bei Reverse-Repos verzeichnet die kreditgewährende Währungsbehörde keine Veränderung im Gesamtbetrag der Währungsreserven, wenn es sich bei dem außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässigen Geschäftspartner ebenfalls um eine Währungsbehörde oder ein Finanzinstitut handelt, da in diesem Fall die Forderung gegenüber dem Kreditnehmer als Währungsreserve angesehen wird.

## 2. Methoden zur Umsetzung der geographischen Gliederung

Für die Erstellung der geografisch gegliederten Zahlungsbilanzstatistik und der Statistik über den Auslandsvermögensstatus wurde ein stufenweiser Ansatz verfolgt. Dieser Ansatz umfasste drei Stufen, mittels derer die statistischen Anforderungen, deren Anspruch kontinuierlich anstieg, erfüllt werden.

Stufe 1: Aggregationsmethode auf Ebene des Euro-Währungsgebiets: Addition der nationalen Gesamtsalden der Nettotransaktionen/-positionen.

Stufe 2: Aggregationsmethode auf Ebene des Euro-Währungsgebiets: Getrennte Addition der Transaktionen/Positionen mit Gebietsfremden für Einnahmen und Ausgaben oder für Nettowerte der Forderungen und Verbindlichkeiten (Zahlungsbilanz)/Aktiva und Passiva (Auslandsvermögensstatus).

Datenanforderungen auf NZB-Ebene: Getrennte Erfassung der Transaktionen/Positionen von Gebietsansässigen und Gebietsfremden wie in Anhang III (Tabellen 1, 2, 4 und 5) dargelegt.

Stufe 3: Aggregationsmethode auf Ebene des Euro-Währungsgebiets und Datenanforderungen auf Ebene der NZBen: analog zu Stufe 2, darüber hinaus geografische Gliederung dieser Transaktionen/Positionen nach Ländern außerhalb des Euro-Währungsgebiets. Stufe 3 ist lediglich für die vierteljährliche Zahlungsbilanz sowie die jährliche Statistik über den Auslandsvermögensstatus erforderlich wie in Anhang III (Tabellen 7 und 8) dargelegt.

Datenanforderungen auf NZB-Ebene: Getrennte Erhebung von Transaktionen/Positionen zwischen Gebietsansässigen des Euro-Währungsgebiets und Gebietsansässigen der Länder, die in der vereinbarten Liste der Partnerländer/-regionen in Anhang III (Tabellen 9 bis 12) aufgeführt sind.

## 3. Klassifizierung nach institutionellem Sektor in den Aggregaten des Euro-Währungsgebiets (vgl. „B.o.p. Book“, Abschnitt 3.1.6)

Die sektorale Gliederung der Aggregate des Euro-Währungsgebiets erfolgt nach „Währungsbehörden“, „Staat“, „monetären Finanzinstituten (MFI)“ und „übrigen Sektoren des Euro-Währungsgebiets“.

### Währungsbehörden

In der Statistik des Euro-Währungsgebiets umfasst der Sektor „Währungsbehörden“ das Eurosystem.

### Staat

In der Statistik des Euro-Währungsgebiets stimmt der Sektor „Staat“ mit der Definition dieses Sektors nach dem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (SNA 93) und dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) überein und beinhaltet daher folgende Einheiten:

- Zentralstaat,
- Länder,
- Gemeinden,
- Sozialversicherung.

## MFI ohne Währungsbehörden

Dieser Sektor „MFI ohne Währungsbehörden“ deckt sich mit dem MFI-Sektor der Geld- und Bankenstatistik (ohne Währungsbehörden). Er umfasst:

- i) Kreditinstitute im Sinne des Gemeinschaftsrechts, d. h. Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder der Öffentlichkeit entgegenzunehmen (einschließlich der Erlöse aus dem Verkauf von Bankschuldverschreibungen an die Öffentlichkeit) und Kredite auf eigene Rechnung zu gewähren sowie
- ii) alle anderen gebietsansässigen Finanzinstitute, deren wirtschaftliche Tätigkeit darin besteht, Einlagen bzw. Einlagensubstitute im engeren Sinne von anderen Stellen außer den MFI entgegenzunehmen und, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht, auf eigene Rechnung Kredite zu gewähren bzw. in Wertpapiere zu investieren.

## Übrige Sektoren

Die Kategorie „übrige Sektoren“ in der Statistik des Euro-Währungsgebiets umfasst unterschiedliche institutionelle Einheiten, insbesondere:

- i) sonstige Finanzinstitute, die nicht von der MFI-Definition erfasst werden, wie beispielsweise nicht zu den Geldmarktfonds zählende Investmentfonds, Immobilieninvestmentfonds, Wertpapierhändler, Hypothekenkreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Pensionskassen, Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten sowie
- ii) Nicht-Finanzinstitute, wie zum Beispiel nicht finanzielle Unternehmen des öffentlichen und privaten Sektors, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

## Nicht-MFI

Der Nicht-MFI-Sektor der Statistik für das Euro-Währungsgebiet umfasst die Sektoren i) „Staat“ und ii) „Sonstige Sektoren“.

TABELLE 1

**Empfehlungen bezüglich ausländischer Direktinvestitionstransaktionen einschließlich des verbundenen Vermögenseinkommens und Beständen <sup>(1)</sup>**

Priorität	Maßnahme
<b>Kurzfristig</b>	
<b>Hoch</b>	Alle mittelbaren ausländischen Direktinvestitionsbeziehungen <sup>(2)</sup> werden gemäß der Auslegung der internationalen statistischen Standards, die in Kapitel 1 des Berichts der Task Force hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen dargelegt sind, behandelt.
	Alle (mittelbaren) Transaktionen/Positionen im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen werden geografisch dem direkten Tochter- oder Mutterunternehmen zugeordnet <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup> .
	Alle Mitgliedstaaten erfassen Beteiligungskapitalbestände im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen sowie reinvestierte Gewinne auf Basis der Ergebnisse der Umfragen zu ausländischen Direktinvestitionen (die Erhebung erfolgt mindestens jährlich) <sup>(4)</sup> <sup>(5)</sup> .
	Beteiligungskapitalbestände im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen werden getrennt nach börsennotierten Unternehmen (sowohl Buch- als auch Marktwerte erforderlich) und nach nicht börsennotierten Unternehmen erfasst.
<b>Niedrig</b>	Beiträge zur Abdeckung von Verlusten von Direktinvestitionsempfängern werden in der Kapitalbilanz erfasst.
<b>Mittelfristig</b>	
<b>Hoch</b>	Das „Current Operating Performance Concept“ (nach dem nur regelmäßig wiederkehrende, betriebsbezogene Aufwendungen und Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden) wird in allen Mitgliedstaaten angewendet, um reinvestierte Gewinne zu erfassen <sup>(6)</sup> .
	Sonstige Kapitalkomponenten werden gemäß den Empfehlungen des Berichts der Task Force hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen klassifiziert.

Priorität	Maßnahme
<b>Mittelfristig</b>	
<b>Mittel</b>	Die Zahlung von Dividenden aus außerordentlichen Kapitalgewinnen wird in der Kapitalbilanz erfasst (und fließt somit nicht mit in die Berechnung der reinvestierten Gewinne ein).
<b>Langfristig</b>	
<b>Hoch</b>	Mittelbare ausländische Direktinvestitionsbeziehungen erfassen (mindestens) entweder i) indirekte Beteiligungen von über 50 % oder ii) direkte und indirekte Beteiligungen von über 10 %, wobei die Werte als die Produkte der folgenden Beteiligungen in der Kette berechnet werden.

<sup>(1)</sup> Stand: Ende 2003.

<sup>(2)</sup> Diese Empfehlung bezieht sich nicht auf die Notwendigkeit, mittelbare Beziehungen zu erfassen, sondern auf die anzuwendende Methode. Siehe hierzu auch langfristige Maßnahmen für die praktische Erfassung von mittelbaren ausländischen Direktinvestitionsbeziehungen.

<sup>(3)</sup> Diese Empfehlung bezieht sich nur auf reinvestierte Gewinne (Stromgrößen) und Beteiligungskapitalbestände im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen. Für eine nähere Erläuterung der Verzerrungen, die jedes andere Kriterium beinhalten könnte, siehe Kapitel 2 des Berichts der Task Force hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen.

<sup>(4)</sup> Ausnahmen hierbei sind die erste Bewertung des Auslandsvermögensstatus (die zum Zeitpunkt T + 9 geliefert wird) und Investitionen in Immobilien. Folgende Vorgehensweisen sind nicht akzeptabel: i) den Berichtspflichtigen die Wahl der Bewertungskriterien zu überlassen (Marktwerte oder Buchwerte) und ii) die Anwendung der Perpetual-Inventory-Methode/die Kumulation der Stromgrößen der Zahlungsbilanz zur Erstellung von Beständen.

<sup>(5)</sup> Während eines von beiden Seiten vereinbarten Übergangszeitraums werden bestmögliche Schätzwerte für die neuen Anforderungen, die innerhalb der vereinbarten Fristen gemeldet werden, akzeptiert.

<sup>(6)</sup> Mitgliedstaaten können bei der Unterscheidung zwischen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Gewinnen und Verlusten den Schwerpunkt auf eine begrenzte Anzahl von Unternehmen (die größten Unternehmen und/oder Holdingunternehmen) legen.

## ANHANG V

**Übermittlung der Daten an die Europäische Zentralbank**

Die nationalen Zentralbanken (NZBen) nutzen für die elektronische Übermittlung der von der Europäischen Zentralbank (EZB) geforderten statistischen Daten die Einrichtungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), die sich auf das Telekommunikationsnetz „ESZB-Netz“ stützen, wobei dem innerhalb des ESZB durchgeführten Datenaustausch ein einheitliches konzeptuelles Datenmodell zugrunde liegt. Für diesen elektronischen Austausch statistischer Daten wurde das statistische Nachrichtenformat „GESMES/TS“ entwickelt. Als Notfall-Lösung steht der Nutzung anderer Medien zur Übermittlung statistischer Daten an die EZB jedoch nichts entgegen.

Die NZBen berücksichtigen die nachstehenden Empfehlungen, um sicherzustellen, dass die Datenübermittlung reibungslos funktioniert:

- Vollständigkeit: Die NZBen melden sämtliche Reihen mit den vorgesehenen Kennungen. Keine Meldungen bzw. Meldungen mit nicht verzeichneten Reihen Kennungen gelten als unvollständig. Wenn ein Beobachtungswert fehlt, soll dies dadurch gekennzeichnet werden, dass ein entsprechender Statusparameter gesetzt wird. Wenn sich darüber hinaus Revisionen nur auf bestimmte Reihen Kennungen beziehen, muss die gesamte Zahlungsbilanz gemäß den Validierungsregeln überprüft werden.
- Vorzeichenregelung: Die Übermittlung von Daten durch die NZBen an die EZB und die Europäische Kommission (Eurostat) erfolgt gemäß einer vereinbarten einheitlichen Vorzeichenregelung für alle zu meldenden Daten. Nach dieser Vorzeichenregelung müssen Einnahmen und Ausgaben in der Leistungsbilanz und in der Vermögensübertragungsbilanz mit einem Pluszeichen gemeldet werden, während Salden als Einnahmen minus Ausgaben berechnet und gemeldet werden müssen. In der Kapitalbilanz müssen Verringerungen in Nettoforderungen/Erhöhungen in Nettoverbindlichkeiten mit einem Pluszeichen versehen sein, während Erhöhungen in Nettoforderungen/Verringerungen in Nettoverbindlichkeiten durch ein Minuszeichen gekennzeichnet sein müssen. Salden müssen als Nettoänderungen in Forderungen zuzüglich Nettoänderungen in Verbindlichkeiten berechnet und gemeldet werden.  
Bei der Übermittlung des Auslandsvermögensstatus müssen die Nettobestände als Bestände an Forderungen abzüglich der Bestände an Verbindlichkeiten berechnet und gemeldet werden.
- Saldenmechanische Identitäten der Daten: Vor der Übermittlung an die EZB müssen die NZBen die Richtigkeit der Daten durch eine Prüfung anhand der einschlägigen Validierungsregeln sicherstellen. Diese Validierungsregeln wurden verteilt und sind auf Anfrage erhältlich.

Wenn Revisionen vorzunehmen sind, können die NZBen einen aktualisierten Datensatz an die EZB senden. Sämtliche Revisionen werden wie folgt übermittelt:

- Revisionen der monatlichen Zahlungsbilanzdaten werden mit Meldung i) der Daten für den Folgemonat, ii) der entsprechenden vierteljährlichen Daten und iii) der entsprechenden revidierten vierteljährlichen Daten zur Verfügung gestellt.
- Revisionen der vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten werden mit Meldung der Daten für das folgende Quartal zur Verfügung gestellt.
- Revisionen der vierteljährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus werden mit Meldung der Daten für das folgende Quartal zur Verfügung gestellt.
- Revisionen der jährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus werden mit Meldung der Daten für die Folgejahre zur Verfügung gestellt.

Sämtliche Revisionen von monatlichen und vierteljährlichen Zahlungsbilanzdaten, die sich auf ganze Jahre beziehen, werden der EZB von den NZBen jeweils Ende März und Ende September zur Verfügung gestellt, in letzterem Fall zusammen mit der Meldung der jährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus.

Revisionen von vierteljährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus, die sich auf ganze Jahre beziehen, werden der EZB von den NZBen Ende September zusammen mit der Meldung der jährlichen Daten zum Auslandsvermögensstatus zur Verfügung gestellt.

Die Daten zum Offenlegungstableau können gegebenenfalls laufend revidiert werden. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Positionen zum Ende des Berichtszeitraums und die maßgeblichen Positionen in den Beiträgen zum (vierteljährlichen und jährlichen) Auslandsvermögensstatus des Euro-Währungsgebiets konsistent sind.

## ANHANG VI

**Überwachung der Methoden zur Erstellung der Statistiken**

Die Europäische Zentralbank (EZB) überwacht die Methoden zur Erstellung der Zahlungsbilanzstatistik und der Statistik zum Auslandsvermögensstatus, auf denen die Meldungen zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus beruhen, sowie die Konzepte und Definitionen, die die teilnehmenden Mitgliedstaaten regelmäßig anwenden. Die Überwachung wird im Rahmen der Aktualisierung der EZB-Veröffentlichung mit dem Titel „European Union balance of payments/international investment position statistical methods“ (nachfolgend als „B.o.p. Book“ bezeichnet) erfolgen. Neben der Überwachungsfunktion zielt das „B.o.p. Book“ darauf ab, die betreffenden Stellen, welche die Zahlungsbilanzdaten für das Euro-Währungsgebiet erheben, über Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu informieren.

Das „B.o.p. Book“ umfasst Angaben zur Struktur statistischer Daten zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus aller Mitgliedstaaten. Es enthält detaillierte Beschreibungen der Methoden zur Erstellung der Statistiken und der verwendeten Konzepte und Definitionen sowie Informationen über nationale Abweichungen von den für die Zahlungsbilanz und den Auslandsvermögensstatus vereinbarten Definitionen.

Das „B.o.p. Book“ wird in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten jährlich aktualisiert.

---

## ANHANG VII

**Datenerhebung im Bereich der Wertpapieranlagen**

Aufgrund der Schwierigkeiten, die mit der Erstellung von Statistiken über Wertpapieranlagen verbunden sind, wurde es für erforderlich erachtet, gemeinsame Ansätze für die Erhebung dieser Daten im gesamten Euro-Währungsgebiet zu definieren.

Wie in Abschnitt 1.4 des Anhangs IV erläutert, wurden nationale Studien erstellt, die sich mit der Durchführbarkeit der Erhebung der Daten für das gesamte Euro-Währungsgebiet auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen befassen. Diese Studien führten zu der folgenden Vereinbarung: Bis Ende März 2008 werden die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets mindestens vierteljährliche Bestandsstatistiken von Wertpapieranlagen auf der Aktiv- und Passivseite auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen erstellen. Bis dahin werden einige Mitgliedstaaten lediglich in der Lage sein, bestmögliche Schätzungen für einige bestimmte Wertpapieranlagengliederungen abzugeben, insbesondere für die Gliederungen nach Sektor des Emittenten oder nach Emissionswährung/Emissionsland.

Das zur Verfügung Stehen einer funktionierenden zentralisierten Wertpapierdatenbank („Centralised Securities Database“ — CSDB) gilt als wesentliche Voraussetzung dafür, dass die neuen Datenerhebungssysteme den Betrieb aufnehmen können. Sofern daher das „Dokument über den Projektabschluss“ für die Phase 1 des CSDB-Projekts dem EZB-Rat nicht bis Ende März 2005 über den Ausschuss für Statistik des Europäischen Systems der Zentralbanken vorgelegt wird, verschiebt sich diese Frist um denselben Zeitraum, um den die Vorlage zu spät erfolgte.

Das Erfassungsziel wird wie folgt definiert: Wertpapierbestände, die den nationalen Erhebungsstellen zusammengefasst — das heißt ohne die Verwendung von Standardkennnummern (ISIN oder dergleichen) — gemeldet werden, dürfen nicht mehr als 15 % der gesamten Bestandsstatistiken von Wertpapieranlagen auf der Aktiv- und Passivseite betragen. Dieser Schwellenwert wird als Leitfaden bei der Beurteilung der Abdeckung der Systeme der Mitgliedstaaten verwendet. Um die Erstellung von Statistiken auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen zu ermöglichen, muss die CSDB die Wertpapieranlagen weltweit ausreichend erfassen.

Die Bestandsstatistiken von Wertpapieranlagen auf der Aktiv- und Passivseite innerhalb des Auslandsvermögensstatus werden ausschließlich auf Basis von Bestandsdaten erfasst.

Ab März 2008 entsprechen die Datenerhebungssysteme im Bereich Wertpapieranlagen des Euro-Währungsgebiets einem der in der folgenden Tabelle enthaltenen Modelle (beginnend mit den Daten über Transaktionen im Januar 2008 und über Positionen zum Jahresende 2007):

Gültige Modelle für die Datenerhebung im Bereich Wertpapieranlagen

- 
- Monatliche Bestände [s-b-s] + monatliche Stromgrößen [s-b-s]
  - Vierteljährliche Bestände [s-b-s] + monatliche Stromgrößen [s-b-s]
  - Monatliche Bestände [s-b-s] + abgeleitete monatliche Stromgrößen [s-b-s]
  - Vierteljährliche Bestände [s-b-s] + monatliche Stromgrößen [aggregiert]
- 

Anmerkungen:

„s-b-s“ („security by security data collection“) = Datenerhebung auf der Basis von Einzelwertpapiermeldungen.

„Abgeleitete Stromgrößen“ = Differenz zwischen Bestandsgrößen (bereinigt um Wechselkurs- und Preisschwankungen und andere festgestellte Volumenänderungen).

---

## III

(Bekanntmachungen)

## KOMMISSION

## AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN VP/2004/017

## Haushaltslinie 04.02.10

**Innovative Maßnahmen, die gemäß Artikel 6 der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds durchgeführt werden: „Transfer und Verbreitung von Innovationen aus Projekten, die im Rahmen von Artikel 6 der ESF-Verordnung durchgeführt wurden“**

(2004/C 292/06)

Nach Artikel 6 der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds<sup>(1)</sup> werden innovative Maßnahmen unterstützt, die darauf abzielen, neue Ansätze zu fördern und Beispiele vorbildlicher Praktiken aufzuzeigen, die anschließend zu einer verbesserten Durchführung der vom ESF unterstützten Interventionen führen können.

Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen betrifft den Transfer und die Verbreitung von innovativen Ansätzen und Methoden, die im Rahmen von Artikel-6-Projekten im Programmplanungszeitraum 2000-2006 entwickelt worden sind.

Die im Zuge dieser Aufforderung eingereichten Vorschläge sollen aufschlussreiche Erkenntnisse aus einem oder mehreren der Artikel-6-Projekte aufzeigen und einem breiteren Publikum gezielt zugänglich machen.

Für die Einreichung der Anträge im Rahmen dieser Aufforderung gelten folgende zwei Fristen:

- Frist für die erste Antragsrunde ist der 16. Februar 2005. Die Projekte können zwischen dem 1. und dem 30. September 2005 beginnen. Die Projektlaufzeit beträgt maximal 12 Monate.
- Frist für die zweite Antragsrunde ist der 16. Februar 2006. Die Projekte können zwischen dem 1. und dem 30. September 2006 beginnen. Die Projektlaufzeit beträgt maximal 12 Monate.

Ausführliche Informationen zu dem Antragsverfahren, den verfügbaren Mitteln, den Förder-, Auswahl- und Gewährungskriterien sowie der Leitfaden für Antragsteller, die Projektbeschreibung, der Finanzplan und weitere Anhänge können von folgender Website heruntergeladen werden:

[http://forum.europa.eu.int/Public/irc/empl/vp\\_2004\\_017/library](http://forum.europa.eu.int/Public/irc/empl/vp_2004_017/library)

Alle Unterlagen und Informationen, die sich auf dieser Website befinden, sind fester und verbindlicher Bestandteil dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen.

---

<sup>(1)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 66).